



Die Frau, das konformistische Wesen

Woher kommt der weibliche Hang zur Anpassung?

Von Philipp Gut und Beatrice Schlag

Armut ist Diebstahl

Wie uns die «Armen» ruinieren. *Von René Zeyer*

Briefträger Blocher

Fall Hildebrand: Neue Fakten entlasten den SVP-Vize.

Von Alex Baur



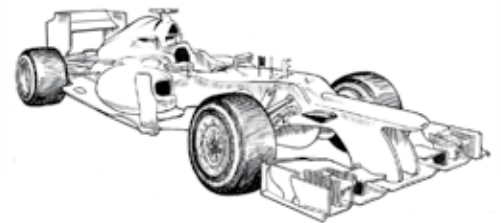
ES GIBT SIEGER. UND ES GIBT CHAMPIONS.



Ingenieur Automatic AMG Black Series Ceramic. Ref. 3225: Sieger haben es mindestens einmal an die Spitze geschafft – wahre Champions sind für immer dort. Das Gehäuse und weitere Bauteile der Ingenieur Automatic AMG Black Series sind aus schwarzem Zirkonoxid, einer Hochleistungskeramik, die im Rennsport zum Beispiel für Bremscheiben verwendet wird. Durch den Saphirglas-Sichtboden ist der Antrieb der Uhr zu sehen: eines der robustesten

IWC-Werke – das Kaliber 80110 mit integriertem Schockabsorber. Denn ein Champion leistet sich keine Schwächen. **IWC. ENGINEERED FOR MEN.**

Mechanisches Uhrwerk, Automatischer Pellaton-Aufzug, Gangreserve nach Vollaufzug 44 Stunden, Integriertes Schockabsorbersystem, Datumsanzeige mit Schnelleinstellung über die Krone, Zentrumssekunde mit Stoppvorrichtung, Verschraubte Krone, Saphirglas, flach, beidseitig entspiegelt, Sichtboden mit Saphirglas, Wasserdicht 12 bar, Gehäusehöhe 14,5 mm, Durchmesser 46 mm



Offizieller Partner des
MERCEDES AMG PETRONAS
Formel 1™ Teams

IWC Schaffhausen Boutique Zürich
Bahnhofstrasse 61, 8001 Zürich
Tel. 044 211 00 55

IWC Schaffhausen Boutique Schaffhausen
Baumgartenstrasse 15, 8201 Schaffhausen
Tel. 052 630 50 30

IWC Schaffhausen Boutique Genève
Rue du Rhône 2, 1204 Genève
Tél. 022 310 36 86

iwc.com

IWC
SCHAFFHAUSEN

Intern

Geld ist ein magisches Kulturgut: Alle vertrauen darauf, dass sie für ein letztlich wertloses Papier oder für Zahlen in einem Kontoauszug heute und morgen Güter und Dienstleistungen kaufen können. Manchmal wird dieses Grundvertrauen erschüttert. Man muss nicht bis in die Zeit der Grossen Depression in den 1930er Jahren zurückgehen. Auch die Euro-Krise hat bei vielen Menschen Befürchtungen geweckt, dass es mit dem stabilen Geld nicht allzu weit her ist. Die Schweiz war in der jüngeren Vergangenheit ein Hort der Stabilität, doch auch hierzulande ist auf dem Bankplatz jüngst vieles in Bewegung. Die *Weltwoche*



Grosses Dossier: Magie des Geldes

bietet in ihrem grossen Dossier, das Florian Schwab konzipiert hat, zur «Magie des Geldes» profilierten Autoren in Sachen Geld und Finanzplatz eine Plattform. Seite 48–73

«Ah, der Herr Schär – er hat es immer noch nicht verstanden»: So begrüsst Thomas Stocker den Journalisten der *Weltwoche*, als die führenden Schweizer Klimaforscher am Montag im Berner «Bellevue Palace» ihrer Wissenschaftsgemeinde den neuen Bericht des Unoklimarates IPCC vorstellten. «Faktenwidrig» sei die Berichterstattung der *Weltwoche* dazu, beklagte sich Professor Stocker. Damit ist das Blatt allerdings in guter Gesellschaft. Dem Journalisten des renommierten Wirtschaftsmagazins *Economist* sagte Stocker schon bei der Medienkonferenz in Stockholm, die Journalisten verstünden vieles nicht. In den internationalen Medien hagelt es denn auch Kritik, dass es der Klimarat selber mit den Fakten nicht so

genau nehme. Aber Markus Schär nimmt Stockers Einladung gerne an: «Kommen Sie doch wieder einmal vorbei, dann erkläre ich Ihnen, wie es ist.» Seite 36

In der Ausgabe Nr. 37/13 veröffentlichte Rico Bandle unter dem Titel «Die dunkle Seite des Emigrantentheaters» die bewegende Geschichte des Schauspielhaus-Direktors Ferdi-



Gerechtigkeit: Theaterunternehmer Rieser.

and Rieser, der das Theater in den dreissiger Jahren ohne Subventionen auf privater Basis führte. Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 holte er verfolgte Schauspieler nach Zürich, zum Teil direkt aus dem Konzentrationslager. Rieser schuf gegen den Widerstand aus Politik und Kultur eine strikt antifaschistische Bühne, die in der Bevölkerung als «Juden- und Kommunistentheater» verschrien war. Bandle zeigte auf, wie hinter den Kulissen die kommunistischen Künstler jenen Mann fertigmachten, der ihnen das Leben gerettet hatte – für sie blieb Rieser immer der raffgierige Kapitalist. 1938 emigrierte der Theaterunternehmer frustriert in die USA. Nie wurde seine Leistung gewürdigt, weder vom Theater noch von der Stadt. Nun hat die Direktion des Schauspielhauses Zürich beschlossen, eine Gedenktafel für den couragierten Direktor am Schauspielhaus anzubringen und ihm damit nach 75 Jahren endlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Folgende Leserinnen und Leser haben bei einer Verlosung des *Weltwoche* Platin-Clubs Tickets für einen Auftritt der Geigerin Anne-Sophie Mutter gewonnen: Peter Bachmann, Diessenhofen; Kristin Bronz, Orselina; Felix Diem, Meilen; Robert Frei, Winterthur; Fred Gurtner, Uttigen. Wir gratulieren herzlich. Ihre *Weltwoche*

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (Leitung Inland)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:

Rico Bandle (Leitung Kultur),

Alex Baur, Urs Gehrigler,

Christoph Landolt, Christian Mundt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (Los Angeles),

Lucien Scherrer, Florian Schwab,

Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Pierre Heumann, Peter Holenstein,

Hansrudolf Kamer, Peter Keller,

Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscionico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (New York),

Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Laura Kolodziej (Leitung),

Joël Hunn, Raffaella Bachmann (Assistentin)

Layout: Silvia Ramsay (Leitung a. i.)

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (Leitung), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (Leitung),

Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (Leitung)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (Leitung),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (Leitung)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Hypothekenberatung mit Augenmass und Präzision. UBS Hypo Check.



Jetzt Termin vereinbaren:
www.ubs.com/hypotheken
oder Telefon 0800 868 402

Finanzieren ist unser Handwerk seit 1862.

Der Kauf von Wohneigentum ist eine Entscheidung mit grosser Tragweite. Der UBS Hypo Check bringt Sie Schritt für Schritt zuverlässig zum Ziel. Wir beraten Sie fundiert und kompetent bei Ihrem finanziellen Spielraum, bei der Wahl des Objektes und des richtigen Hypothekarproduktes bis hin zu Absicherungs- und Steuerfragen. So können Sie sicher sein, dass nicht nur Ihr Eigenheim perfekt in Ihr Leben passt, sondern auch die Finanzierung.

Best Bank in
Switzerland



Wir werden nicht ruhen



Frau und Mann

Ein paar grundsätzliche Überlegungen zur aktuellen Titelgeschichte.

Von Roger Köppel

Männer müssen Frauen lieben, Frauen müssen Männer zivilisieren. So lautet seit Jahrtausenden ungefähr die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Männer kämpfen offen im Wettbewerb, territorial herausgefordert durch Rivalen, die ihren Platz erobern wollen. Frauen wirken auf Umwegen, verschlungen durch den Einfluss, den sie auf Männer ausüben.

Berühmte Feldherren haben alles stehen und liegen lassen, weil ihnen die Angebetete davongeliegt. Kriege sind entfesselt worden wegen Frauen. Der Mann ist ein simpel gestricktes Tier. Er reagiert auf Primärreize und knurrt und schlägt zurück, wenn man ihn angreift. Frauen beherrschen die Kunst der indirekten Konfliktaustragung. Sie spüren Konstellationen, die sie zu raffinierten Manövern verleiten. Frauen empfinden die Wirklichkeit. Männer analysieren sie nur.

Frauen sind wie Königinnen. Sie steigen nicht selber in den Kampf. Sie halten sich zurück. Sie regen an, sie inspirieren, verführen, intrigieren, manchmal treiben sie an; teilen und herrschen. Sie geben dem Mann Befehle, manchmal dezent, manchmal weniger. Widerstand wird mit Liebesentzug bestraft. Auf Dauer hält das kein Mann aus. Also gehorcht er. Oder er flieht zu einer anderen Frau, die ihn subtiler beherrscht.

Das sind keine wertenden Aussagen, sondern nüchterne Beschreibungen der Realität. Jedes Geschlecht hat seine Vor- und Nachteile. Männer beeindrucken durch das, was sie oder was ihre Vorfahren erreicht haben. Frauen beeindrucken durch das, was sie sind. Schönheit ist ihr Kapital, und die Natur ist nicht gerecht. Keine Kraft ist grösser als die Macht der weiblichen Schönheit. Diese Macht prallt mit voller Wucht auf den Mann. Der schwach ist. Die Schwäche der Frau: ihre Überempfindlichkeit. Sie nimmt das Leben zu persönlich.

Schwierig wird es, wenn die Frau nach vorne tritt. Männer ertragen es schlecht, wenn Frauen frontal das Kommando übernehmen. Frauen haben ebenfalls Mühe, andere Frauen in überlegenen Positionen zu sehen. Die Frau in der Führung weckt stärkere Gegenkräfte als der Mann in gleicher Position. Das ist interessant, aber es ist so. Was man dem Mann als der Funktion angemessenes Imponierverhalten zur Herstellung von Charisma durchgehen lässt, kristallisiert sich bei der Frau zum Vor-



«Das eigene Rätsel in Gestalt.»

wurf, sie sei «kalt», «unmenschlich», eine «Lady aus Eisen» oder aus Eis. Frauen, die in Politik oder Beruf eine Führungsrolle übernehmen, zahlen einen höheren Preis als Männer. Darum werden Frauen selten Chefs.

Es folgt eine unangenehme Wahrheit. Wer sie nicht hören will, sollte nicht weiterlesen: Männer, die beruflich Karriere machen, werden sexuell attraktiver. Frauen, die im Beruf aufsteigen, werden sexuell weniger attraktiv. Das schreibt der Philosoph Peter Singer. Er hat recht. Wenn wir das Leben als Urtrieb zur Fortschreibung der DNA betrachten, dann erhalten alle menschlichen Handlungen erst in Be-

Auf dem Weg seines Scheiterns, die Frau zu verstehen, erkennt er immerhin sich selbst.

zug auf dieses Ziel ihren Sinn. Der Mann macht nicht Karriere, weil er will, sondern weil er muss, um eine Frau zu finden. Die Frau macht Karriere, weil sie will. Wer muss, strengt sich mehr an.

Die Frauen sind die unbestechliche Jury, vor welcher der Mann das Drama seiner Existenz aufführt. Seine Handlungen und seine Unterlassungen bleiben darauf abgezirkelt, die grösstmögliche Zustimmung einer grösstmöglichen Zahl von Frauen zu finden. Ohne dieses streng richtende Publikum fiel es dem Mann schwer, am Morgen aufzustehen. Zu kreativen Leistungen wäre er schon gar nicht in der Lage. Gäbe es die Frauen nicht, es gäbe weder Weltreiche noch kulturelle Meisterwerke. Ohne die Möglichkeit, die Frauen zu beeindrucken, wäre der Mann nie aus der Ur-

Höhle gekrochen, in die er von Gott geworfen wurde.

Zwischen den Geschlechtern kann es nie Übereinstimmung und schon gar keine Harmonie geben. Das Missverständnis ist der Dauerzustand, der das Zusammenleben von Mann und Frau erst interessant und sinnvoll macht. Die Frau ist für den Mann das eigene Rätsel in Gestalt. Sie ist die ihm gestellte Aufgabe, die er niemals löst. Auf dem Weg seines Scheiterns, die Frau zu verstehen, erkennt er immerhin sich selbst. Diesen Prozess fortschreitender Erkenntnis, die nicht an ihr Ende kommt, aber eine Verfeinerung der Sitten bringt, nennen wir Zivilisation.

Genauso wenig, wie es im christlichen Sinn Erlösung auf Erden geben kann, gibt es harmonische Beziehungen zwischen Mann und Frau. Der Kommunismus war der Versuch, die Menschen in die Herde des Kollektivs zurückzudrängen, um sie vom Kampf der Daseinssicherung zu erlösen. Der Feminismus war das nicht minder ehrgeizige Bestreben, den dialektischen Kampf der Geschlechter durch Nivellierung aufzuheben. Erlösung durch Gleichschaltung auch hier: Aus Mann mach Frau, aus Frau mach Mann. Der Kommunismus war getrieben vom Neid der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Der Feminismus ist der Kommunismus der Frauen, die unter der Tatsache ungleich verteilter Schönheit leiden. Beide Experimente verkannten den Menschen und mussten scheitern. Ein kolossales Durcheinander resultierte.

Allmählich kehren wir zurück zu einem normalen, dem Leben angemessenen Verständnis. Wer zum Beispiel Frauen gewaltsam in männliche Führungspositionen schieben will mit Quoten und Zwang, bleibt einem historisch widerlegten Weltbild verhaftet, das keine Unterschiede akzeptiert. Frauen und Männer aber sind nicht gleich. Sie leben und denken anders, sie handeln unterschiedlich und verfolgen andere Strategien, ihre Ziele zu erreichen oder sich im Leben zu verwirklichen. Der Versuch, die Differenzen einzuebnen, ist anstrengend, teuer und letztlich sinnlos. Männer und Frauen sind interessant, weil sie so verschieden sind.

Der Mensch muss die Entfremdung aushalten, in die ihn die Moderne katapultiert hat. Es gibt keine irdische Erlösung und auch keine Harmonie zwischen den Geschlechtern, aber es gibt produktive Spannungen, die uns fordernd klüger und lebendiger machen. Frauen sind nicht mehr wert, wenn sie in männlichen Rollen aufgehen. Männer sind keine besseren Menschen, nur weil sie sich am Arbeitsplatz vor allem mit Frauen umgeben.

Männer müssen Frauen lieben, Frauen müssen Männer zivilisieren: Nicht der Krieg, das Ringen der Geschlechter ist der Urgrund aller Dinge.



Klimakämpfer: Professor Stocker. Seite 36



Tops und Flops: Herbstsession. Seite 18



Amüsant: Bestsellerautor Sedaris. Seite 82



Zwischen Krieg und Frieden: Tel Aviv. Seite 46

Kommentare & Analysen

5 Editorial

13 Kommentar Angstschweiss der Klimaforscher

13 Im Auge Ron Howard, Hollywood-Überlebender

14 Washington Laden dicht

14 Italien Ein Land als Geisel

15 Fernsehen Beschwipster Service public

15 Frankreich Taschengeld

16 Nachruf Paul Kuhn, Musiker

16 Personenkontrolle Rüttimann, Mörgeli, Riklin etc.

18 Grosser Sessions-Check

Drei Wochen Herbstsession im Zeitraffer

20 Die Deutschen Katerstimmung

20 Wirtschaft Bürger an die Macht

21 Ausland Der iranische Präsident bezirzt den Westen

22 Mörgeli Kapital- und andere Flüchtlinge

22 Bodenmann «Söll er oder söll er nöd»

25 Medien Und wieder spricht der Börsenonkel

25 Gesellschaft Merkels Knopf

26 Leserbriefe/Darf man das?

30 Schweiz Insel der Seligen

32 Sparen lohnt sich nicht

AHV- und IV-Rentner, die möglichst wenig arbeiten und sich alle Vergnügen leisten, sind finanziell im Vorteil

34 Strassburgs seltsames Folter-Urteil

Statt auf Beweise stützt sich der Menschenrechtsgerichtshof auf Vorurteile gegenüber der Polizei

36 Politische Wissenschaft

Die steile Karriere des Berner Klimaforschers Thomas Stocker

38 Energie Was Sie über AKW wissen sollten

39 Zürich Stadtwohnung für CVP-Millionärin

40 Die Frau, das konformistische Wesen

44 Parteien Die Karrieren der Juso-Funktionäre

45 Briefträger Blocher Chronologie eines Skandals

46 Mein Leben in Israel

Korrespondentin Gisela Dachs über ihre Erkenntnisse in einer der umstrittensten Gegenden der Welt

Dossier: Magie des Geldes

48 Inhalt Themen und Autoren des Finanz-Specials

Hintergrund

28 Armut ist Diebstahl

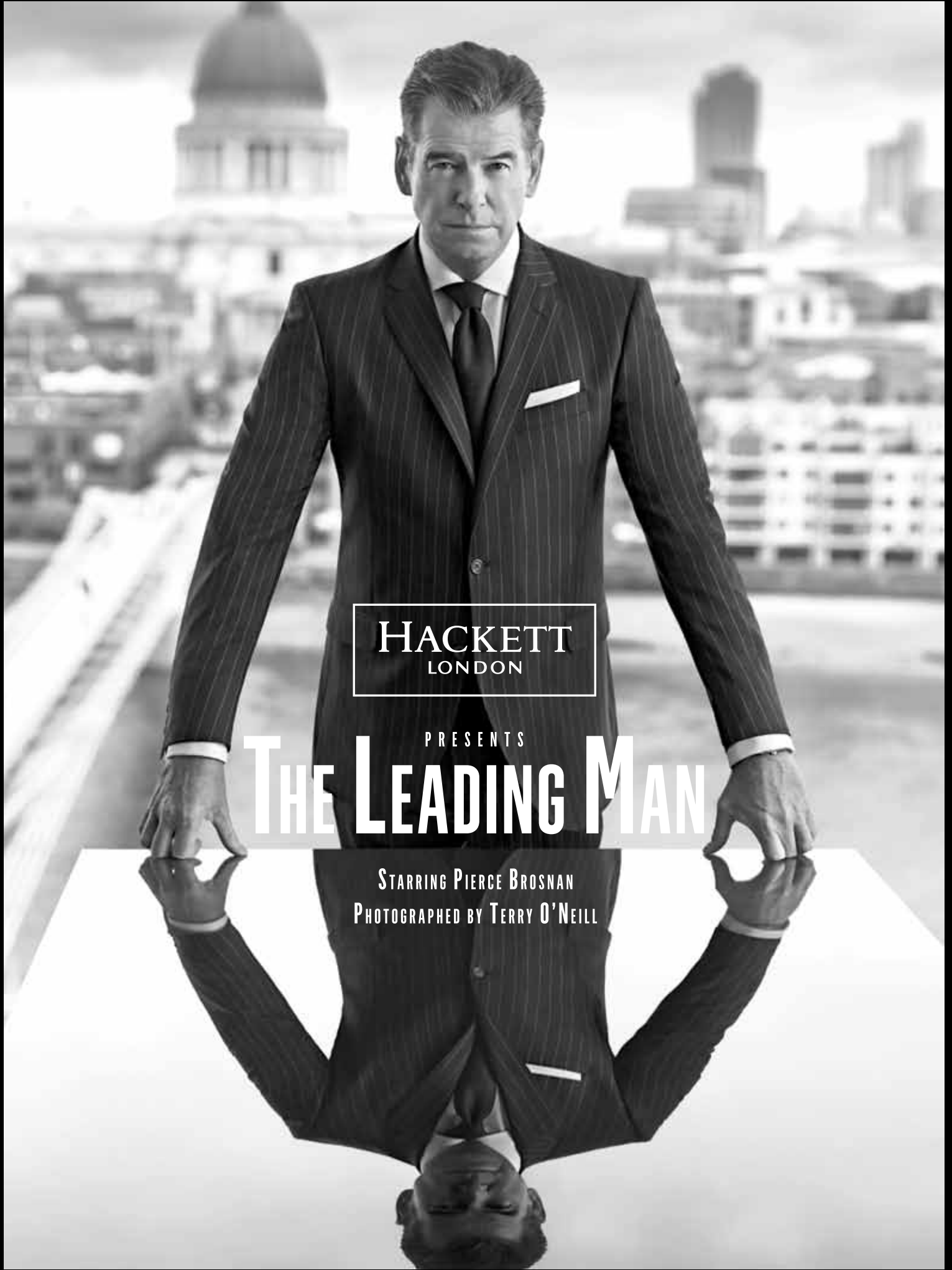
Warum uns die ständig steigenden Sozialausgaben ruinieren

HACKETT
LONDON

PRESENTS

THE LEADING MAN

STARRING PIERCE BROSNAN
PHOTOGRAPHED BY TERRY O'NEILL





«Moral kann man nicht kaufen»: alt Bundesrat Merz. Seite 72

Magie des Geldes

72 Einsichten über Geld am Rande des Staatshaushalts

Wie erlebt ein Finanzminister das Geld? Einblicke von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz

Stil & Kultur

74 Stil & Kultur Edvard Munch

76 Top 10

76 Kino «Prisoners»

77 Jazz Count Basie

78 Namen Jedem seine grosse Stunde

79 Hochzeit Valentina Caforio und Santo Gallo

79 Thiel Platzhirschkäfer

80 Wein Château de Chambrun Lalande de Pomerol 2010

80 Die Besten Bei Wasser und Brot

81 Auto Rolls-Royce Wraith

81 Zu Tisch Restaurant «Silvio Nickol», Wien

82 MvH trifft David Sedaris, Schriftsteller

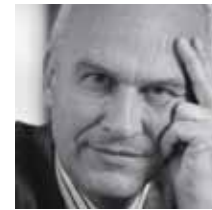
Autoren in dieser Ausgabe

Gisela Dachs



Die Journalistin hat Literatur und Philosophie an der Sorbonne in Paris studiert und ist seit 1994 Nahostkorrespondentin der *Zeit*. In dieser Ausgabe schreibt sie über ihre Erkenntnisse, ihre Zweifel, Hoffnung und Existenzängste in einer der meistumkämpften Regionen der Welt. Seite 46

René Zeyer



In seinem neuen Buch «Armut ist Diebstahl» wagt sich René Zeyer an ein Tabuthema: die Sozialhilfeindustrie. In der *Weltwoche* erklärt der Journalist und Buchautor, wie man den Armen seiner Meinung nach am wirkungsvollsten hilft: indem man sie nicht unterstützt. Seite 28

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung
DIE ZEITUNG FÜR KMU

Morgen Freitag in der KMU-Pressse:

- **Kartellgesetz**
Monströse Fehlkonstruktion
- **Brigitte Häberli**
Kein «Bundesrats-Material»
- **Berufsbildung**
Zuger Stifte sind very british

www.gewerbezeitung.ch



Harmonie Inneres und Äusseres im Gleichgewicht –
USM Möbelbausysteme vereinen Gestalt und Nutzen.

Fragen Sie nach detaillierten Unterlagen oder besuchen Sie unsere Showrooms.

USM U.Schärer Söhne AG, CH-3110 Münsingen, Tel. +41 31 720 72 72
Showrooms: Berlin, Bern, Düsseldorf, Hamburg, München, New York, Paris, Stuttgart, Tokio
info@usm.com, www.usm.com

USM
Möbelbausysteme



Britischer Chic, Schweizer Perfektion. Breitling for Bentley verbindet das Beste aus beiden Welten. Stil und Performance. Luxus und Spitzenleistung. Klasse und Unkonventionelles. Leistungsstärke und Raffinement. Im Chronografen Bentley B06, dem Emblem dieses ausserordentlichen Universums, tickt ein von der COSC (Offizielle Schweizerische Chronometerkontrolle) – der obersten Instanz in Sachen Zuverlässigkeit und Präzision – Chronometer-zertifiziertes Breitling Manufakturkaliber. Es zeichnet sich durch seinen exklusiven 30-Sekunden-Chronografen aus, der Zeitspannen äusserst genau misst. Der perfekte Mix aus grosser britischer Automobilkunst und grosser helvetischer Uhrmachertradition.

THE ESSENCE OF BRITAIN

Made in Switzerland by BREITLING



BENTLEY B06

BREITLING
— *for* —
BENTLEY



RADIO MONTE CARLO

C'EST CHIC

Im Kabelnetz, auf www.radiomontecarlo.ch
und jetzt neu auch auf dem iPhone

«Angstschweiss» und Klima

Von Alex Reichmuth — Der Weltklimarat warnt trotzig vor der Erderwärmung. Seine Weckrufe finden immer weniger Widerhall. Die «Klimakatastrophe» dürfte bald in Vergessenheit geraten.



Notstand: IPCC-Chef Pachauri.

Noch vor einem Jahr gestand kaum ein tonangebender Klimaforscher ein, dass sich die Erde seit 1998 nicht mehr weiter erwärmt. Erst im letzten Winter gaben namhafte internationale Forschungseinrichtungen die «Klimapause» zu (*Weltwoche* Nr. 4/13). Der Weltklimarat IPCC musste darum letzte Woche entscheiden, wie man im neuen Bericht den unbestreitbaren Temperaturstillstand erklärt. Denn dieser steht quer zu den IPCC-Prognosen einer rasanten Erwärmung. Tagelang stritten sich Wissenschaftler und Regierungsvertreter in Stockholm über jede einzelne Formulierung. Schliesslich entschied man, den Stillstand für unbedeutend zu erklären. Es gebe zwar «über kurze Perioden von zehn bis fünfzehn Jahren» Differenzen zwischen den beobachteten und den errechneten Temperaturen, steht nun im Bericht. Aber der langfristige Trend zeige dennoch klar nach oben. «Man riecht geradezu den Angstschweiss der Autoren», kommentierte Markus Somm in der *Basler Zeitung*.

Tatsächlich kann das IPCC nur schwer verbergen, dass es ein ernsthaftes Problem hat. Nur wenn der Wasserdampf und die Schmutzpartikeln in der Erdatmosphäre, die Wolken und die Ozeane temperaturtreibend auf die immer höheren CO₂-Konzentrationen wirken, droht allenfalls eine katastrophale Erwär-

mung. Kein Forscher kennt aber das komplexe Zusammenspiel von Meer, Luft und Wolken wirklich – allen Behauptungen zum Trotz. Verharrt das Thermometer nur noch wenige Jahre beim jetzigen Stand, sind alle Modellrechnungen des Weltklimarats Makulatur. Dann wäre auch allen Anstrengungen, den CO₂-Ausstoss zu senken, der Boden entzogen. Um die immer stärkeren Zweifeln zu über-tönen, verkündeten IPCC-Chef Rajendra Pachauri und sein Vize Thomas Stocker letzte Woche geradezu trotzig, dass die Erderwärmung weitergehe. Es sei nun sogar zu 95 Prozent statt wie vor sechs Jahren nur zu 90 Prozent klar, dass der Mensch überwiegend daran schuld sei.

Wie beim Waldsterben

Umso lauter zu rufen, je unsicherer man ist – das ist in der Umweltforschung nicht neu. 1988 war es in der Schweiz genauso. Damals ging es um das Waldsterben. Der Anteil der geschädigten Bäume hatte damals erstmals nicht weiter zugenommen. Die Behauptung, die Luftschadstoffe schädigten den Wald, kam unter Beschuss. Die verantwortlichen Waldforscher stemmten sich mit aller Kraft dagegen. «Die Schäden bleiben in der Schweiz ohne Verschmutzung nicht erklärbar», schrieben sie im Zustandsbericht Sanasilva. Es half nichts: Wenige Jahre später war klar, dass der Wald nicht stirbt.

Ein solcher Absturz droht auch dem Weltklimarat. Er kämpft derzeit aber nicht nur mit verharrenden Temperaturen, sondern auch mit dem sinkenden Interesse an seinen Weckrufen. Zwar sorgt sich die Bevölkerung immer noch stark um den Klimawandel, wie Umfragen zeigen – aber der Trend zeigt klar nach unten. Vor kurzem wurde etwa bekannt, dass 39 Prozent der Deutschen die globale Erwärmung fürchten. Vor sieben Jahren waren es noch 62 Prozent. Auch in der Schweiz nimmt die Aufmerksamkeit ab. 2007 verzeichnete die Schweizerische Mediendatenbank über 5200 Artikel mit dem Wort «Klimawandel». 2009 waren es noch 3700 Artikel. Dieses Jahr gab es bis Ende September nur etwas über 1500 solche Artikel. Bei anderen «Umwelt-Hypes» war es immer so, dass nach einer Phase des schwindenden Interesses diejenige des Vergessens folgte. Auch die «Klimakatastrophe» wird in der Öffentlichkeit bald kein Thema mehr sein – auch wenn der Weltklimarat noch so heftig dagegen ankämpft.

Das Kino im Leben



Ron Howard, Hollywood-Überlebender.

Er war mit fünf Jahren bereits ein Kinderstar, verbrachte seine Jugend sozusagen öffentlich als Teenie-Liebling in einer Sitcom, mit Stimmbruch und erstem Bartflaum, spielte mit neunzehn im wunderbaren Generationenfilm «American Graffiti» und war auf dem Set beim letzten Hurra des Westernhelden John Wayne. Man hat Ron Howard, 59, in unzähligen Rollen gesehen und sich das Gesicht gemerkt, aber nicht den Namen. Er hat Routiniertes und Grossartiges – wie «A Beautiful Mind» – gedreht als Regisseur, er ist eine Hollywood-Kreatur durch und durch und kann alles, auch Oscars. Aber in seiner Zivilstandsrubrik gibt es nur eine einzige Eintragung: verheiratet mit Cheryl Alley, seinem Highschool-Girlfriend, seit 1975.

Ein Gen seiner Vorfahren – irisch, schottisch, walisisch, englisch, deutsch, holländisch – hat ihm diesen roten Haarkranz vererbt. Er bekam auch eine seltsame, fast stoische Unaufgeregtheit in die Wiege gelegt, vielleicht war es der Irokese in seiner Ahnenkette. Seine Eltern waren beide Schauspieler, «aber völlig unhysterisch»; sie machten auch kein Drama, als er aus der Regieklasse der Universität in Los Angeles flog. Er dankte es ihnen mit Filmrollen. Und so lebt Ron Howard, das Kind von Hollywood, ein ziemlich normales, glückliches Familienleben mit seiner Cheryl. Sie haben vier Kinder, die Tochter Bryce Dallas heisst so, weil sie in Dallas gezeugt wurde, die Zwillingmädchen Jocelyn Carlyle und Paige Carlyle erinnern an die Nacht im Hotel «Carlyle» in New York. Howard hält nichts von Kritikern, aber er schickt seine Frau ins Kino, als anonyme Publikumsjury. Sie ist diplomierte Geriatrie-Psychologin und Schriftstellerin. Zum Festival in Zürich, das seinen neuen Film «Rush» zeigte, die epische Rivalität der Autorennfahrer James Hunt und Niki Lauda, ist Ron Howard nicht erschienen. Vielleicht sass im Dunkeln eine ältere Lady aus Amerika, die niemand erkannte. Aber das ist eher unwahrscheinlich, weil Cheryl Howard den Film schon in London in der Vorpremiere gesehen hatte, allein und unerkant. Natürlich hatte sie geweint, so viel Hollywood muss sein. *Peter Hartmann*

Laden dicht

Von Hansrudolf Kamer — Die neue Budget-Krise in den USA kommt Präsident Obama gelegen.

Es ist wieder so weit. Präsident Obama hat den Laden dichtgemacht. Zum Beginn des neuen Fiskaljahres, am 1. Oktober, erlebt Amerika seinen 18. *government shutdown*. Eigentlich müsste zu diesem Zeitpunkt der Kongress ein Staatsbudget beschließen und Obama es unterschreiben haben. Stattdessen spielen die beiden grossen Parteien Pingpong mit den Staatsausgaben und Obamas Gesundheitsreform.

Senator Harkin, Demokrat aus Iowa, verglich die Situation mit dem Zerfall der Union kurz vor dem Bürgerkrieg. Und der Republikaner aus Texas, Ted Cruz, nannte die Abgeordneten seiner eigenen Partei, die einem Kompromiss zuneigen, *Nazi appeasers*.

Trotz der Krise hatte der Senat sich den Sonntag freigenommen, und Obama verbrachte ihn mit Golfspielen. Wenn ein Budget noch nicht festgezurrert werden kann, verabschieden beide Kammern des Kongresses normalerweise eine weiterführende Entscheidung, die die Finanzierung der Staatstätigkeit für ein bis zwei Monate sicherstellt. Jetzt aber wird Politik vom Feinsten praktiziert, und in zwei Wochen kommt noch das Ringen um die Schuldenobergrenze hinzu.

Das ist alles bestens bekannt, seit sich Amerika Anfang 2012 über das berühmte «fiscal cliff» in die Tiefe stürzte. Es überlebte. Mit den automatischen Budgetkürzungen kam es zu den ersten heilsamen Einsparungen bei den Staatsausgaben seit Jahrzehnten. Auf normalem Weg war die Politik dazu nicht fähig.

Das Militär erhält weiter seinen Sold, die Renten werden ausbezahlt, die Post funktioniert, die Steuern werden eingezogen, und die Polizei bleibt im Dienst. Einige Amerikaner werden feststellen, dass es auch ohne Staat ganz gut geht, andere werden sich ärgern.

Parteientaktik ist das Gebot der Stunde. Obama will die Krise gar nicht abwenden, weil er hofft, sie wie Clinton 1996 den Republikanern in die Schuhe schieben zu können. Seine Umfragewerte sinken, und die unabhängigen Wähler tendieren hin zu den Republikanern, was vor den Kongresswahlen 2014 ein schlechtes Omen ist.

Die Republikaner sind mehr oder weniger gespalten – der Tea-Party-Flügel mit Ted Cruz als Galionsfigur will «Obamacare» verhindern und Sparmassnahmen erzwingen. Das Establishment dagegen sieht diese Strategie als kontraproduktiv an. Es meint, es wäre besser, Obama und die Demokraten im Saft ihres eigenen Ungenügens schmoren zu lassen.

Justiz-Opfer Berlusconi

Von Nicholas Farrell — Sollte Silvio Berlusconi demnächst aus dem Senat ausgeschlossen werden, wäre dies ein tragischer Tag für die italienische Justiz und die italienische Politik.

Hier ist eine kaum bekannte Tatsache: Italien wird nicht von dem Medienmogul und dreimaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi als Geisel genommen, sondern von den italienischen Richtern und Medien.

Wie kommt es also, dass die internationalen Medien uns Tag für Tag das Gegenteil erzählen? Das ist eine gute Frage. Um sie zu beantworten, muss man zwei weitere Fakten kennen: 1 — Die italienischen Richter sind nicht unparteiisch, weil sie eine politische Agenda haben und von Berlusconi zu Recht als «Krebsgeschwür der Demokratie» bezeichnet werden. Sie haben ihn, ohne Beweise vorzulegen, in einen Verbrecher verwandelt.

2 — Die italienischen Medien werden nicht von Berlusconi kontrolliert, sondern von den «Ex»-Kommunisten. Dass ihm drei von sieben nationalen Fernsehsendern gehören, ändert nichts daran. Ich wüsste keine einzige politische Sendung, die man als rechts bezeichnen könnte. Und was die Presse angeht – ihm gehören gerade mal zwei Tageszeitungen.

Es ist diese Allianz von linken Richtern und Journalisten, die Italien als Geisel genommen hat – nicht Silvio Berlusconi.

Seit zwanzig Jahren verfolgen diese Leute das Ziel, Berlusconi von der politischen Bühne zu verjagen, weil er ihre Macht bedroht, die Macht des Staates. Nun, nach Berlusconis erster rechtsgültiger Verurteilung wegen Steuerbetrug stehen diese Leute kurz vor dem Sieg.

Berlusconis Vertreibung aus der Politik wäre für die meisten Italiener, die in den letzten zwei Jahrzehnten demokratisch für ihn gestimmt haben, ein herber Verlust. Er allein hat diesen Millionen Italienern die Hoffnung gegeben, dass das Land, die Menschen und die Wirtschaft aus den Fängen des Staates befreit werden.

Trotz seiner Verurteilung und der daraus resultierenden politischen Krise genießt seine Partei, und seine Koalition, weiterhin mehr Unter-

stützung (27 Prozent) als jede andere Partei (die grösste Oppositionspartei, die «Ex»-Kommunisten, kommen auf 26 Prozent). Sollte Berlusconi von der politischen Bühne verjagt werden, würde dies den Zerfall seiner Partei und seiner Koalition bedeuten. Wer betreibt hier Geiselnahme?

Ich fresse einen Besen, wenn mir jemand einen stichhaltigen Beweis für Berlusconis Schuld in einem der zahlreichen gegen ihn angestregten Gerichtsverfahren liefert. Sollten die Richter einen solchen Beweis haben (wie er von einem ordentlichen Gericht in einem normalen Land anerkannt würde), würde ich ihn gern sehen.

In dem speziellen Fall (Steuerbetrug) – das einzige Verfahren, in dem Berlusconi bislang tatsächlich schuldig gesprochen wurde (vier Jahre Haft sowie dreijähriger Ausschluss von öffentlichen Ämtern) – hatte er nicht einmal die juristische Verantwortung für das beschuldigte Unternehmen Mediaset, weil er zur fraglichen Zeit nicht Chef des Unternehmens, ja nicht einmal Mehrheitsaktionär war. Und der Mediaset-Buchhalter, der tatsächlich juristische Verantwortung hatte, wurde vom Vorwurf des Steuerbetrugs freigesprochen!

Von den internationalen Medien ist dazu nichts zu hören. Nichtitalienische Journalisten wiederholen einfach, was italienische Journalisten sagen: Berlusconi sei ein Mafioso, ein Faschist, einer, der sich an Minderjährigen vergehe, der besteche, ein Steuerflüchtling und so weiter. Sie rechtfertigen das vor sich selbst mit dem Argument: Ohne Beweis würde doch kein Staatsanwalt jemanden anklagen, und kein Richter würde den Betroffenen verurteilen!

Nun ja, in Italien schon. Berlusconi ist einfach das berühmteste Opfer der italienischen Justiz und ihrer Komplizen in den Medien. Letztlich sind auch all die Italiener Opfer, die sich nach Freiheit und Marktwirtschaft sehnen.

Diese Italiener wissen viel mehr über die italienische Justiz als die nichtitalienischen Medien, und deswegen geben sie Berlusconi ihre Stimme, ungeachtet der zahllosen Prozesse, die gegen ihn geführt werden.

Wenn der italienische Senat an diesem Freitag Berlusconi aus dem Senat ausschliesst, dann wird das ein tragischer Tag für die italienische Demokratie. Aber erinnern wir uns: Der Chef der neuen «sauberen» Kraft in der italienischen Politik, der Komiker Beppe Grillo (der nie für einen Parlamentssitz kandidiert hat), ist ein Mann, der wegen Totschlags verurteilt wurde!



Allianz von linken Richtern: Berlusconi.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Beschwipster Service public

Von Rico Bandle — Wegen Busengrabschern und Alkoholkonsum in Jugendsendungen steht das Schweizer Fernsehen in der Kritik. Das Problem liegt anderswo.



Verhinderungstaktik: SRG-Chef de Weck.

Die SRF-Jugendsendungen kommen nicht mehr aus den Schlagzeilen. Da wird während eines Open-Air-Festivals jungen Frauen der Brustumfang gemessen («Busengrabsch-Affäre»), eine hoffnungsvolle Moderatorin lässt vor laufender Kamera die Bemerkung fallen: «Alte Leute stinken sowieso» («Stink-Gate»), und während Gesprächssendungen trinken Moderatoren und Gäste offensiv alkoholische Getränke («Missachtung der Vorbildfunktion»).

Pädagogisch-korrekte Empörung

Die jungen Sendungsmacher brauchen sich von der Kritik nicht beeindrucken lassen: Wenn der 72-jährige SRG-Ombudsman Achille Casanova (CVP) im Gleichklang mit dem *Blick* ihre Sendung als «geschmacklos und fragwürdig» taxiert, die 65-jährige Ständerätin Christine Egerszegi (FDP) ihre Empörung äussert und SRG-Generaldirektor Roger de Weck sich bei ihr für die Aktion entschuldigt, so spricht das eher für als gegen die Fernsehleute. Die Sendungen müssen den Jungen gefallen, nicht den Alten. Tatsächlich sind die drei Vorfälle der Aufregung nicht wert: Open-Air-Festivals sind zur Förderung des Körperkontakts geschaffen, das weiss man spätestens seit Woodstock. Wenn eine quirrlige Moderatorin einen Spruch über Alte macht, so kann

man auch darüber lachen. Und etwas Alkohol würde gewissen anderen Gesprächssendungen beim Schweizer Fernsehen ebenfalls nur guttun.

Die pädagogisch korrekte Empörung über Busengrabscher und Co. lenkt vom eigentlichen Problem ab: Die SRG zielt mit diesen Sendungen direkt auf die private Konkurrenz. Seit sich der Jugendsender Joiz mit seinem schrillen Programm erfolgreich im Markt positioniert hat, produziert SRF laufend neue Jugendsendungen, die von jenen des Mitbewerbers nicht zu unterscheiden sind. Geradezu dreist war, dass SRF wenige Monate nach dem Senderstart von Joiz dessen Hauptsendung «Living room» praktisch eins zu eins kopierte und ebenfalls ein Studio mit Sofa und zwei Moderatoren einrichtete.

Schawinski bekam es zu spüren

Dieses Vorgehen hat bei der SRG Tradition: Als Roger Schawinski das erste Privatrado mit einem 24-Stunden-Programm lancierte, führte die SRG sogleich das 24-Stunden-Programm ein; als mit 105 ein privates Jugendradio auf Sendung ging, rief die SRG mit Virus ebenfalls ein eigenes Jugendradio ins Leben; als mit Eviva ein privater Volksmusiksender startete, machte ihm die SRG sogleich mit der Musikwelle 531 Konkurrenz. Und als private Medienhäuser ihre Online-Redaktionen massiv ausbauten, zog die SRG sogleich nach und machte selbst eine Online-Zeitung. Die SRG reagiert immer dann, wenn ein privater Anbieter eine Marktlücke entdeckt – dank den Gebührenmillionen hat sie im Wettbewerb ein leichtes Spiel.

Die SRG-Führungskräfte betonen gerne den hehren Auftrag ihres Angebots: den Zusammenhalt des Landes zu stärken, Identität zu stiften, ein für die Demokratie unerlässliches Informationsangebot zu liefern. Subsumiert wird das alles unter dem Begriff Service public, der *alles* bedeuten kann, von Formel 1 über «Musikantenstadl» bis zur Übernahme von Unterhaltungsformaten aus dem Privatfernsehen. Vielleicht ist dies die grösste Leistung des SRG-Generaldirektors und -Cheffobbyisten Roger de Weck: dass er bisher erfolgreich verhindert hat, «Service public» exakt zu definieren. Denn dies würde zwangsläufig bedeuten, dass sich die SRG einschränken müsste. Die Busengrabscher und Sprücheklopfer sind nur ein Symptom dieser Verhinderungstaktik.

Roma, adieu

Von Stefan Brändle — Rabiatt geht die linke Regierung gegen die Fahrenden vor.

Die Zeiten ändern sich, die Wahlergebnisse auch. Nur für die Roma bleibt alles beim Alten. Sie werden in ihrem Heimatland – zum Beispiel Rumänien – offen diskriminiert, oft drangsaliert und reisen gerne in ein EU-Land mit humanitärer Tradition – zum Beispiel nach Frankreich. Dank der Personenfreizügigkeit dürfen sie dort drei Monate bleiben und vegetieren in elenden Holzhüttenlagern an der Peripherie von Paris. Klagen die Anwohner danach laut genug, sammelt die Polizei die Roma wieder ein und setzt sie mit einem Taschengeld von 300 Euro ins Flugzeug nach Bukarest. Von dort kehren sie bald wieder nach Paris zurück, womit das absurde Spektakel der europäischen Personenfreizügigkeit wieder von vorne beginnt. Der Stand von 17 000 Roma in Frankreich bleibt daher unter dem Strich mehr oder weniger stabil.

Nicolas Sarkozy liess pro Jahr etwa 10 000 Roma ausschaffen. Brüssel protestierte und drohte mit Sanktionen, weil kollektive Rückführungen gegen EU-Recht verstossen. Da die Roma ohnehin wieder nach Frankreich kommen, legte sich die Kritik bald wieder.

Jetzt regiert im Elysée der Sozialist François Hollande, der Sarkozys Roma-Politik als «unmoralisch» und «illegal» gescholten hatte. Generös wies er die Polizeichefs im Land an, Roma-Lager nur noch zu schleifen, wenn Ersatzlösungen für die Beherbergung, Einschulung oder Arbeitssuche bestünden.

Deutlicher, als Sarkozy es je war

Ein Jahr später zieht der nationale Ombudsman Dominique Baudis Bilanz: Das Rundschreiben an die Polizeidirektoren existiert, wird aber nicht befolgt. Wenn die Bulldozer die wilden Lager plantieren haben, werden die Roma häufiger denn je ausgewiesen. Im ersten Halbjahr verloren in Frankreich 10 200 Roma ihr Wellblechdach über dem Kopf; gar 12 800 wurden im letzten Zähljahr nach Rumänien und Bulgarien ausgeschafft. «Nur eine Minderheit der Roma will sich wirklich integrieren», begründet Innenminister Manuel Valls. Die Roma hätten nicht die gleiche Lebensart wie die Franzosen und seien «berufen, in ihr Land zurückzukehren», meinte er deutlicher, als Sarkozy es je geworden war. Brüssel protestiert und droht wieder. Doch Hollande lässt die Roma weiterhin ins Flugzeug nach Bukarest stecken. Um die Rückreise nach Paris zu erschweren, zahlt er ihnen nicht mehr 300, sondern nur noch 50 Euro. Die Linke schont eben die Staatskasse.

Nachruf



Witz und Beiläufigkeit: Musiker Kuhn.

Paul Kuhn (1928–2013) — In seinem letzten Spielfilm «Schenk mir dein Herz» sagt er, Zigarette rauchend, mit diesem wunderbar achselzuckenden Lächeln, zu einem Leidensgenossen den Satz, der so etwas wie das heimliche Motto seines Lebens war: «Wir machen ’n bisschen Musik – dann kann man das hier besser ertragen.» Sein Gesicht ähnelte schon immer einer zerknautschten Ledertasche, sein Blick war leichtthin traurig (nie sentimental), aber der Mann hatte eben das, was die Deutschen – immer noch – so dringend brauchen: Paul Kuhn hatte Witz und Beiläufigkeit in allem, was er tat. Als er nach dem Krieg nicht als Jazzmusiker reüssieren konnte, sang er halt vom «Mann am Klavier». So unnachahmlich lässig und trocken kam sein «Ge’m Se dem Mannamklavier noch ’n Bier, noch ’n Bier», dass man sich mit der Schwachsinnnummer tatsächlich identifizieren konnte, ohne sich zu schämen. Er leitete verschiedene Big Bands, tourte mit Peter Alexander, drehte Filme und jede Menge Fernsehshows, legte auch mal eine veritable Pleite hin, rappelte sich wieder auf und nahm am Ende noch eine verdammt gute Jazz-CD auf, mit den Musikern von Diana Krall. Seit über dreissig Jahren lebten er und seine Frau in der Schweiz, in den letzten Jahren folgte er seiner Leidenschaft und spielte er nur noch Swing-Nummern. Man mochte ihn, nein, das Publikum liebte «Paulchen», den Mann, der so nonchalant sein Charisma aus der zweiten Reihe entwickeln konnte. Paul Kuhn ist vergangene Woche mit 85 Jahren gestorben.

Thomas Würdehoff

Personenkontrolle

Rüttimann, Mörgeli, Riklin, Binswanger, Meyer, Ringier, Borer, Strehle, de Weck, Graf, Longchamp

Wie die Universität Zürich diese Woche mitteilte, hat eine geheime Untersuchung ergeben, dass die von den Professoren **Beat Rüttimann** und **Christoph Mörgeli** betreuten Doktorarbeiten zwar den wissenschaftlichen Standards genügten, die «Betreuung der Doktorierenden» aber «zu einem beträchtlichen Teil ungenügend» gewesen sei. Wie die Uni auf Anfrage bestätigte, haben die Geheimexperten weder die beiden Professoren noch deren Doktoranden je befragt – womit schleierhaft bleibt, wie sie zu ihrem Fazit kamen, zumal die Betreuung von Doktoranden in der



Geheimsache: Medizinhistoriker Mörgeli.

Regel mündlich erfolgt. Die Untersuchung war so geheim, dass Mörgeli vom Befund der Experten überrascht wurde – dies ganz im Gegensatz zu Nationalratskollegin **Kathy Riklin** (CVP), die in der Wandelhalle des Bundeshauses den Bericht eine Woche zuvor gegenüber einem Journalisten angekündigt haben soll. Riklin, die auch im Zürcher Universitätsrat sitzt, erklärte auf Anfrage, sie habe keineswegs Insiderwissen verbreitet – vielmehr habe sie dem Journalisten unverbindlich gesagt, der Bericht «sollte jetzt dann irgendwann mal kommen». Die Vorwürfe der TV-Sendung «Rundschau», die aufgrund anonymer Zeugenaussagen behauptete, die Doktorarbeiten seien mit Mörgelis Wissen von Dritten gegen Bezahlung verfasst worden, waren übrigens nicht Gegenstand der Geheimuntersuchung. (axb)

Die Schweizerische Mediendatenbank (SMD) erinnert bisweilen an das Bermuda-Dreieck: Ganze Artikel verschwinden plötzlich spurlos aus dem Archiv. So ist auch ein herrliches Porträt von **Michèle Binswanger** über **Frank A. Meyer** («Ringiers Schlossgespenst»), das auf Seite 35 der Zeitung *Bund* vom 13. September 2013 publiziert wurde, auf mysteriöse Weise verschollen. In den elektronischen Archiven findet sich nur eine – allerdings leicht veränderte



«Erotik des Geistes»: Journalistin Binswanger.

– Version des Artikels, die gleichentags im *Tages-Anzeiger* publiziert wurde. Wie gerüchteweise zu hören war, soll Meyer interveniert haben, weil Binswanger seine innige Verbindung zu Verleger **Michael Ringier** mit dem Prädikat «eine Erotik, aber eine Erotik des Geistes» umschrieben hatte. Das stimmt aber so nicht: In Wahrheit steht hinter der Zensurmassnahme Ex-Botschafter **Thomas Borer**, den Binswanger in einem mindestens so prickelnden Kontext erwähnte (Details müssen wir uns an dieser Stelle verkneifen, ansonsten auch diese Seite plötzlich verschwinden könnte). Während *Tagi*-Chef **Res Strehle** die ominöse Textpassage sofort entschärfte, dauerte es in Bern etwas länger, bis man reagierte – und da war der *Bund* halt schon gedruckt und ausgeliefert. (axb)

Ausgerechnet die «erste grüne Nationalratspräsidentin der Schweizer Geschichte», wie **Maya Graf** sich selbst bezeichnet, kann das Symposium eröffnen, an dem die führenden Schweizer Forscher im Berner «Bellevue» den neuen Bericht des Uno-Klimarates vorstellen. Graf freut sich: Die Erfolge der Grünen liefen ja parallel zum Alarm der Klimaforscher, und gegenwärtig beschäftige die Umweltfrage die Schweizer als zweitgrösste Sorge. Tatsächlich stehen beim kürzlich publizierten Wahlbarometer im Auftrag der SRG die Sorgen um Energie, Klima und Umwelt, alle in einem Topf, an zweiter Stelle, allerdings mit nur 6 Prozent Nennungen fast gleichauf mit fünf anderen Themen und weit hinter der Ausländerfrage mit 27 Prozent. Beim Sorgenbarometer, das ebenfalls vom Institut Gfs.bern von **Claude Longchamp** kommt, stehen die Umweltfragen auf dem zehnten Platz. (sär)



Nebensorgen: Grünen-Politikerin Graf.

Der erste Waschautomat
mit **Wärmepumpe**.

Gut erfunden:
Dampfglätten statt Bügeln.

Entscheiden Sie sich für Schweizer Qualität: die Adora mit der Weltneuheit Dampfglätten.

Die Adora SLQ WP ist der erste Waschautomat mit Wärmepumpentechnologie und zudem auch der erste, der die Wäsche mit Dampf entknittert – und zwar so gründlich, dass das Bügeln in den meisten Fällen überflüssig wird. Erfahren Sie mehr über unsere einzigartigen Innovationen und unsere 100-jährige Geschichte unter vzug.ch

100
JAHRE
VZUG



Führend in Küche und Waschraum

Grosser Sessions-Check

Von Philipp Gut und Peter Keller — Die Herbstsession ist vorbei. Welches waren die wichtigsten Geschäfte? Welche Abstimmung war die teuerste, und welche Vorlage wurde zum grössten Flop? Das Wichtigste aus drei Wochen im Zeitraffer.



Keine Zeit zum Feiern: VBS-Vorsteher Maurer (SVP).

Den ersten Boden-Luft-Kampf hat der Gripen einigermaßen schadlos überstanden. Am Schluss sprach sich eine deutliche Mehrheit (119 zu 71 Stimmen) im Nationalrat für die Beschaffung der 22 Kampfflugzeuge des schwedischen Herstellers Saab aus. FDP und SVP votierten geschlossen für den Gripen. Bei der CVP/EVP-Fraktion enthielten sich vier Mitglieder der Stimme, und zwei stimmten dagegen: Lucrezia Meier-Schatz (SG) und Jacques Neiryck (VD).

Der letztlich klaren Zustimmung gingen langwierige Querelen voraus. Insbesondere die Typenwahl wurde eingehend diskutiert und kritisiert. Im Rennen waren neben dem Gripen noch der französische Rafale und der Eurofighter des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS.

Die Finanzierung der 3,1 Milliarden Franken läuft über einen Spezialfonds. Bundesrat

Ueli Maurer hatte dieses Vorgehen nach Art. 52 des Finanzhaushaltsgesetzes beliebt gemacht. Damit stellte er einen Teil der Kritiker ruhig – wenigstens vorerst, denn der Spezialfonds lässt die Möglichkeit eines Finanzreferen-

Ueli Maurer stellte einen Teil der Kritiker ruhig – wenigstens vorerst.

dums offen. SP, Grüne und Grünliberale haben denn auch bereits angekündigt, das Gripen-Geschäft an der Urne bodigen zu wollen. Sie möchten weder einen Gripen noch einen Rafale, noch sonst einen Kampfflieger. Das Schweizer Volk wird nächstes Jahr an der Urne das letzte Wort haben.

Die nationalrätliche Gripen-Debatte wurde bereits am Mittwoch der ersten Sessionswoche

geführt. Die grosse Kammer stimmte überraschend deutlich für Eintreten. Damit war das Geschäft mit der meisten Brisanz bereits gegessen. Was sonst noch folgte in der Herbstsession, war weitgehend Routinearbeit. Auch das Rüstungsprogramm über 704 Millionen passierte ohne Abstriche die Ratsdebatte (mit 122 zu 47 Stimmen).

Der Selbstverteidigungsminister

Für den VBS-Vorsteher Ueli Maurer war trotz Gripen-Ja und Zustimmung zum Rüstungsprogramm noch keine Feierlaune angesagt. In der dritten Sessionswoche waren jene persönlichen Vorstösse traktandiert, die sein Departement VBS betrafen. Das Prozedere ist strikt geregelt: Wer den Vorstoss vertritt, hat fünf Minuten Zeit zur Begründung. Dann folgt die Antwort des Bundesrates. Im Zehnminutentakt geht es von Geschäft zu Geschäft. Kurz vor

Sitzungsschluss kommt es zu den gebündelten Abstimmungen.

Vierzehn Vorstösse zum VBS wurden während der Session abgearbeitet. Vierzehnmal wurde der Verteidigungsminister zum Selbstverteidigungsminister: Die Berner SP-Nationalrätin Evi Allemann forderte in ihrer Motion «Weniger militärischen Fluglärm», die grüne Fraktion «Keine Heimgabe der Ordonnanzwaffe» und selbst Maurers Parteikollege Rudolf Joder (SVP/BE) verlangte, dass die Kunstfliegerstaffel Patrouille Suisse nicht abgeschafft wird.

Die teuerste Abstimmung

Das Ja zur Finanzierung von Forschung und Innovation in den Jahren 2014–2020 kostet exakt 4389,3 Millionen. Mit diesem Geld beteiligt sich die Schweiz an den EU-Forschungsrahmenprogrammen. Der zuständige Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) bezeichnet die Teilnahme als «Erfolgsgeschichte». Neben den Geldern des Schweizerischen Nationalfonds seien die EU-Forschungsrahmenprogramme die wichtigste öffentliche Förderquelle. Zudem, rechnet der Departementsvorsteher vor, würde sogar mehr Geld in die Schweiz zurückfliessen, als unser Land in den Topf einschiess.

Der grösste Flop

Im Alkoholgesetz sollten neue Beschränkungen für den Ausschank und die Bewerbung von alkoholischen Getränken festgesetzt werden. Vom ursprünglichen Bevormundungsgesetz blieb wenig übrig: Der Nationalrat lehnte es ab, Detailhandelsgeschäften den Verkauf alkoholischer Getränke zwischen 22 und 6 Uhr zu verbieten. Auch die vom Ständerat als Präventionsmassnahme aufgenommenen Mindestpreisvorschriften für alkoholische Getränke lehnte die grosse Kammer ab. Ein Verbot der Happy Hours mit Spirituosen kippte der Nationalrat ebenfalls. Immerhin blieb von der ständerätlichen Version die gesetzliche Grundlage für Testkäufe, um den Verkauf von Alkoholika an Minderjährige zu bekämpfen.

Die seltsamste Allianz

Entwaffnend offen begann Motionär Matthias Aebischer (SP/BE) sein Votum für einen obligatorischen Schneesporttag in der Oberstufe: «Es ist mir klar, dass die Volksschule Sache der Kantone ist, und es ist mir auch klar, dass ein Vorstoss, der die Unterstützung eines Schneesporttages in der Volksschule fordert, einen populistischen Touch mit sich bringt.»

Obschon seine Motion gegen das föderalistische Prinzip verstösst und auch in der Umsetzung offene Fragen hinterlässt (Wer bezahlt die Schneesportausrüstung von Agglo-Kids mit Migrationshintergrund?), stimmte eine knappe Mehrheit von 89 gegen 87 National-

räten für den Vorstoss. Eine Allianz aus Linken, Grünen und Alpen-Bürgerlichen sorgte für das Ja. Für einmal erwiesen sich nur die Grünliberalen und die BDP als ordnungspolitisch sauber: Beide Mitteparteien lehnten das Vorhaben je zu null ab. Das Geschäft geht in den Ständerat.

Der grösste Eiertanz

«Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen», lauten das Anliegen und der Titel einer Volksinitiative der Opferorganisation Marche Blanche. Nach der Detailberatung im Nationalrat empfahl die grosse Kammer mit Stichentscheid der grünen Ratspräsidentin Maya Graf die Initiative zur Ablehnung (89 zu 88). Der Ständerat bekräftigte das Nein. Ein anderes Bild zeigte sich bei der Schlussabstimmung nur ein paar Tage später: Nun ist eine Mehrheit von 97 zu 91 für ein Ja zur Pädophilen-Initiative. Die «Familienpartei» CVP lief ins Lager der Befürworter über und liess ihren Kommissionssprecher im Regen stehen.

Die meisten Absenzen

1. Antonio Hodgers (Grüne, GE)	56 % ^{*1}	193 ^{*2}
2. Christoph Blocher (SVP, ZH)	41 %	140
3. Luc Barthassat (CVP, GE)	33 %	113
Christophe Darbellay (CVP, VS)	33 %	113
5. Oskar Freysinger (SVP, VS)	30 %	101
6. Jean-François Steiert (SP, FR)	27 %	92
7. Chantal Galladé (SP, ZH)	26 %	90
Jürg Stahl (SVP, ZH)	26 %	90
9. Lorenzo Quadri (Lega, TI)	26 %	88
10. Urs Gasche (BDP, BE)	25 %	85

^{*1} Anteil und ^{*2} Anzahl Abstimmungen. Quelle: Politnetz.ch

Als entschuldigte Abwesenheiten gelten Krankheiten und die Teilnahme an ausländischen Delegationen. Wer aus beruflichen Gründen fernbleibt oder beispielsweise an einer Beerdigung teilnimmt, wird in der Statistik als nicht anwesend erfasst. Insofern relativiert sich die Liste: Unternehmer wie der Altnationalrat Peter Spuhler oder aktuell Christoph Blocher fehlen naturgemäss häufiger als Berufspolitiker wie etwa Ursula Schneider Schüttel, Andi Gross oder Thomas Hardegger (alle SP und mit null Absenzen).

Lorenzo Quadri und Oskar Freysinger nehmen neben ihrem Mandat als Nationalrat noch ein kantonales Exekutivamt wahr: Quadri in Lugano, Freysinger als Staatsrat des Wallis. Jean-François Steiert befand sich in seinem Heimatkanton Freiburg im Wahlkampf um den frei werdenden Sitz der CVP-Regierungsrätin Isabelle Chassot, die von Alain Berset (SP-Bundesrat aus dem Kanton Freiburg) zur Vorsteherin des Bundesamts für Kultur berufen wurde.

Abgelehnt (–) und angenommen (+)

+ Als einziges Land der Welt kennen die USA eine globale Besteuerung. «US Tax Persons»

bleiben auch dann gegenüber ihrem Heimatstaat steuerpflichtig, wenn sie ausserhalb der USA wohnhaft sind. Mit dem Foreign Account Tax Compliance Act (Fatca) wollen die USA erreichen, dass sämtliche im Ausland gehaltenen Konten von Personen, die in den USA steuerpflichtig sind, besteuert werden können. Die Fatca ist eine unilaterale US-Regelung, die weltweit für alle Länder gilt. Artikel 2 des Fatca-Gesetzes hält fest: «Die Pflichten der

Ein Verbot der Happy Hours mit Spirituosen kippte der Nationalrat ebenfalls.

schweizerischen Finanzinstitute gegenüber der IRS richten sich nach dem anwendbaren US-Recht, sofern das Fatca-Abkommen keine ausdrücklich abweichenden Bestimmungen vorsieht.» Damit übernimmt die Schweiz automatisch US-Recht. Mit der Fatca werden die Schweizer Banken zum Informationsaustausch mit den US-Behörden verpflichtet. Nur die SVP lehnte das Abkommen ab mit der Begründung, ein souveräner Staat dürfe sich nicht ausländischem Recht unterstellen.

– Wie schon zuvor der Nationalrat lehnte auch der Ständerat die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung deutlich ab. Nur die Vertreter der SVP-Fraktion stimmten der Vorlage zu. Die Initiative ist nun bereit für die Volksabstimmung.

+ Noch immer sind einzelne Schweizer Bankinstitute so gross, dass sie die Volkswirtschaft gefährden, sollten sie ins Trudeln geraten (*too big to fail*). Insgesamt drei Vorstösse der Fraktionen SVP, SP und Grüne fanden im Nationalrat eine Mehrheit, die namentlich die Risiken von Investmentbanken minimieren wollen. Nun befindet der Ständerat über das geforderte Trennbankensystem.

– Der Ständerat empfiehlt die Mindestlohn-Initiative ohne Gegenvorschlag mit 31 zu 13 Stimmen zur Ablehnung. Die Gewerkschaften verlangen gesetzlich garantierte Mindestlöhne. Die Gegner warnen vor mehr Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich.

Vorstösse, Vorstösse, Vorstösse...

Ganz am Ende der drei Wochen lobte Nationalratspräsidentin Maya Graf das Parlament für die erfolgreiche Zusammenarbeit. In 28 Stunden seien rund 250 Motionen und Postulate bearbeitet worden. «Wir sind damit – ich weiss nicht, ob in letzter Zeit sogar zum ersten Mal – bezüglich EDA, VBS und Bundeskanzlei à jour mit den persönlichen Vorstössen.»

Das Protokoll vermerkt Beifall. Nach einer kleinen Pause fügt Graf an: «Wir wissen aber alle, dass bis heute fast gleich viele Vorstösse neu eingereicht worden sind.» Dieses Mal hält das Protokoll «Heiterkeit» fest. ○

Katerstimmung

Von Henryk M. Broder — Die verzweifelte Arithmetik der Wahlverlierer.



Schaut man sich nach den Wahlen die Landkarte der Bundesrepublik an, wird einem schwarz vor Augen. Von den 299 Direktmandaten hat die CDU/CSU 236 gewonnen, die SPD 58, die Linke 4 und die Grünen 1 – im grün-alternativen Fürstentum Berlin-Mitte. Einige Bundesländer, darunter Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, sind komplett schwarz, hier hat die SPD kein einziges Direktmandat geholt. Nur in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gibt es einige rote Cluster der SPD.

Gäbe es in der Bundesrepublik ein Mehrheitswahlrecht wie in Grossbritannien oder den USA, hätte die CDU/CSU eine fast achtzigprozentige Mehrheit der Sitze im Bundestag, die SPD, die Grünen und die Linke kämen zusammen auf etwas mehr als zwanzig Prozent. Eine Horrorvorstellung? Nein, die Realität.

Dennoch gibt es unter den Wahlverlierern fröhliche Naturen wie den Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi (IM «Notar»), die mit kreativer Arithmetik zu einem anderen Ergebnis kommen: Die CDU habe die Wahlen verloren, es gebe eine Mehrheit «links von der CDU». Tatsächlich hat die CDU die absolute Mehrheit der Stimmen knapp verfehlt, weswegen eine «rot-rot-grüne Koalition» aus SPD, Grünen und Linken aufgrund des Wahlrechts eine hauchdünne Mehrheit im Bundestag hätte. Geht man aber einen Schritt weiter und schlägt die unter den Tisch gefallenen Stimmen für die FDP und die «Alternative für Deutschland» den Unionsparteien zu, dann hätte das bürgerliche Lager eine satte Mehrheit – sowohl der Stimmen wie der Sitze.

So macht sich Katerstimmung breit wie nach einem gewonnenen Fussballspiel, bei dem das entscheidende Tor nachträglich für ungültig erklärt wurde. Die Gebildeten aller Stände sprechen von einem Pyrrhussieg und trauern der FDP nach. Man brauche sie doch, die Liberalen, und sei es nur als Stallburschen, um der Union in den Sattel zu helfen. Aber: Die FDP wäre nicht die erste Marke, die vom Markt verschwindet. Hertie und Horten erging es genauso. TV-Geräte von Saba gehörten zu den besten ihrer Art, es gibt sie nicht mehr. Ebenso wie Schuhe von Salamander, Autos von Saab, die alten Sofortbildkameras von Polaroid. Alles fliesst. Und Artenschutz gibt es nur für Juchtenkäfer.

Bürger an die Macht

Von Kurt Schiltknecht — Schuldenwirtschaft und Rechtsunsicherheit untergraben das Vertrauen in den Standort Schweiz. Das Wachstum der Ausgaben der öffentlichen Hand ist gefährlich.

Die Fakten sind eindeutig: In einem stabilen Wirtschaftsumfeld sind die Investitionen höher, und es werden mehr Unternehmen gegründet und Arbeitsplätze geschaffen. Für die Politik sollte das Grund genug sein, eine Strategie zu verfolgen, die Stabilität und Vertrauen in die künftige Wirtschaftsentwicklung bringt. Dies ist zurzeit nicht der Fall. Seit der Bankenkrise verfolgen die meisten Notenbanken und Regierungen eine Politik, die mehr verwirrt als Klarheit schafft. Wenn die Wirtschaft nicht weiss, wohin die Reise geht, bleiben selbst bei steigender Nachfrage grosse Investitionen aus. Da helfen weder tiefe Zinsen noch zusätzliche Staatsausgaben. Die Unternehmen reagieren auf eine höhere Nachfrage bestenfalls mit der Einstellung von meistens schlecht bezahlten temporären Arbeitskräften. Professor Allan Meltzer, der zu den profiliertesten Kritikern der amerikanischen Wirtschaftspolitik gehört, sieht darin einen der Hauptgründe für die rasch zunehmende Armut.

Obwohl immer weniger Experten glauben, dass die riesigen Käufe von Staatsschulden durch die amerikanische Notenbank sinnvoll sind, hält das Federal Reserve Board am Ankaufsprogramm fest. Es will nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Verunsicherung in der Wirtschaft mit jeder Verlängerung der Programme zunimmt. Alle wissen, dass die Käufe nicht ewig dauern können. Doch niemand weiss, was auf den Finanzmärkten und in der realen Wirtschaft passiert, wenn die Käufe gestoppt werden. Zur Verunsicherung trägt die Defizitwirtschaft der öffentlichen Hand bei. Selbst die dümmsten Politiker wissen, dass eine Defizitwirtschaft im bisherigen Stil nicht von Dauer sein kann und dass früher oder später Steuererhöhungen und/oder Ausgabenkürzungen unvermeidlich sind.

Die von den Notenbanken und Regierungen verursachte Verunsicherung ist der Hauptgrund, weshalb die Investitionen immer weniger auf die niedrigen Zinsen reagieren und keine dauerhaften neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist höchste Zeit, dass die USA zu einer Wirtschaftspolitik zurückkehren, die für die Wirtschaft klare Verhältnisse über die künftige Geld- und Fiskalpolitik schafft. Dies würde zwar eine Rezession auslösen, doch die höheren Wachstumsraten, die durch einen

solchen Schritt in den folgenden Jahren möglich werden, würden die Kosten einer Rezession mehr als wettmachen.

Verschlechterung des Standorts Schweiz

Nicht viel besser sieht es in Europa aus. Auch hier schaffen Geldpolitik und Defizitwirtschaft ein so unsicheres Umfeld, dass die mittelfristigen Wachstumsperspektiven und die Aussichten auf eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit trübe sind. Bis vor kurzem schien die Schweiz diese Probleme vermeiden zu können. Nun mehren sich die Anzeichen, dass auch die Schweiz zu einer Politik übergeht, die Unsicherheit verbreitet. Die Geschwindigkeit, mit der der Bundesrat dem Bankensektor den Boden unter den Füßen wegzog, war alles andere als vertrauensbildend. Kaum jemand glaubt, dass der Bundesrat weiterem Druck aus dem Ausland Widerstand leisten wird. Die Schweizer Wirtschaft

ist von der Politik zum Abschuss freigegeben. Die Leichtfertigkeit, mit der Politiker die Rechtsicherheit opfern, verringert das Vertrauen in den Standort zusätzlich. Es stimmt auch nachdenklich, dass praktisch nur Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor und im Gesundheitswesen geschaffen werden. Dieses Wachstum ist nicht nachhaltig.



Die Verschlechterung des Standorts Schweiz bremst die sprudelnden Steuereinnahmen. Die Defizite der öffentlichen Hand werden zunehmen. Es nützt nichts, wenn der Stadtrat von Zürich beim Vorlegen eines Budgetdefizits von über 200 Millionen Franken dessen Abbau in den nächsten drei Jahren verspricht. Ein Stadtrat, der sich eben noch für ein Stadion starkgemacht hat, das über 200 Millionen Franken gekostet hätte, hat keine Glaubwürdigkeit. Die Wirtschaft rechnet heute mit Steuererhöhungen. Zürich wird als Wirtschaftsstandort und als Wohnort für Reiche weniger attraktiv.

Die Verschlechterung des Standorts Zürich oder der Schweiz kann nur gestoppt werden, wenn die Bürger das Heft in die Hand nehmen und die Politiker zwingen, den Budgetausgleich durch eine Reduktion der Ausgaben zu erreichen. Wem gute Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Armut am Herzen liegen, muss sich für eine stabile und glaubwürdige Fiskal- und Geldpolitik starkmachen.

Twitterer mit Silberzunge

Von Hansrudolf Kamer — Der neue iranische Präsident Hassan Rohani bezirzt den Westen. Das Atomprogramm will er weiterführen, aber die unangenehmen Wirtschaftssanktionen aushebeln.



In die Enge getrieben, versuchen die geistlich-politischen Herren des Irans etwas Altes: eine Charmeoﬀensive. Dazu stehen die notwendigen Requisiten bereit. Der Holocaust-Leugner ist weg,

sein Nachfolger gratuliert den Juden zum Rosh Hashanah (Neujahr) und telefoniert mit Obama. Der Präsident spricht postwendend von einem historischen Ereignis.

Die Sanktionen wirken. Die iranische Wirtschaft ist am Boden, sie ist in den letzten beiden Jahren geschrumpft. Der Export ist eingebrochen, Arbeitslosigkeit und Inflation nehmen zu, die Realeinkommen sinken. Junge, gut ausgebildete Iraner verlassen das Land. Die Repression – Zensur und Hinrichtungen Oppositioneller – ist schärfer geworden.

Kein Wunder, dass selbst der Höchste aller Hohen in Teheran, Ali Khamenei, sich nicht mehr mit Sittenstrenge begnügen kann und einen Kurswechsel sucht. Seit August ist sein neuer Bannerträger Hassan Rohani. Der hat Erfahrung mit dem Westen. Die ersten Schritte sind getan.

Rohani ist die zivilisierte Version von Achmadinedschad. Der raue Strassenkämpfer ist durch einen – natürlich im Westen ausgebildeten – geschmeidigen Pragmatiker ersetzt worden, der weiss, welche rhetorischen Tasten er drücken muss, um im Westen Friedenssehnsüchte auszulösen. Seine Aufgabe ist es, die Isolation des Irans zu durchbrechen. Seine rhetorische Auffrischung umfasst allerdings Israel nicht. Auch er unterschreibt die These, die Juden hätten den Umfang des Holocaust übertrieben, um Palästina von den Arabern zu stehlen und die Amerikaner um ihr Geld zu bringen – klassischer Antisemitismus.

Die Geburtsstunde der Islamischen Republik war begleitet von der fundamentalen Fehlbeurteilung durch den damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter. Ayatollah Chomeini galt als Ehrenmann. Der damalige amerikanische Botschafter in Teheran verglich ihn mit Gandhi, ein Beamter im Aussenministerium nannte ihn einen Heiligen. Das war vor der Besetzung der Botschaft und der Geiselnahme, die dazu beitrug, dass Carter 1980 die Wahlen gegen Reagan verlor.

Der zweite Akt: Im Mai 1997 war der neugewählte Präsident Mohammed Chatami als Hoffnungsträger an der Reihe. Von ihm erwartete man, dass er das Regime und das Land transformieren würde. Es war eine Fata Morgana. Achmadinedschad folgte. Die Wahlen 2009 und die brutale Niederschlagung des Protestes zerschmetterten alle Hoffnungen auf Reformen.

Ein ganz moderner Liberaler?

Im iranischen Wahlkampf hatte Rohani den Militanten um Achmadinedschad vorgeworfen, sie hätten den Iran in die Isolation getrieben. Er behauptete, es wäre möglich gewesen, die nukleare Entwicklung voranzutreiben, ohne dass es zu den verschärften Sanktionen gekommen wäre. Dann prahlte er ganz offen damit, wie er persönlich zwischen 2003 und 2005 die britischen, deutschen und französischen Emissäre hinters Licht geführt hatte.

Der dritte Akt, der Versuch zur Spaltung der westlichen Anti-Iran-Front, ist im Gang. Vor der Uno-Generalversammlung kam es zum üblichen Schaulaufen. Rohani im weissen Turban machte eine Propagandatour durch die New Yorker Welt der Medien und Think-Tanks, verbreitete eine Aura der Konzilianz und versicherte, das Nuklearprogramm diene ausschliesslich friedlichen Zwecken.

Allerdings verweigerte er ein Treffen mit Obama im Rahmen der Uno, das die Administration mit einigem Aufwand gesucht hatte. Das Aussenministerium in Washington war sogleich mit «Verständnis» zur Stelle: die Lage im Iran sei eben kompliziert.

Dann jedoch kam es zum «historischen» Telefongespräch, doch nicht auf Initiative Teherans, sondern Washingtons. Klar machte das Twitter: «@HassanRouhani to @BarackObama: I express my gratitude for your #hospitality and your phone call. Have a good day Mr President.»

Ein iranischer Präsident, der twittert? Die Medienwelt geriet in helle Aufregung: Da muss kein Neandertaler, sondern ein ganz moderner Liberaler am Werk sein!

Was nun? Verhandlungen und nochmals Verhandlungen. Das tun die Obamisten ohnehin am liebsten. Sie erklären bereits, die Komplexität des Vorhabens sei sehr gross. Nach dem Debakel in der Syrien-Politik haben sie allerdings schlechte Karten, denn die militärische Option als Drohung ist praktisch vom Tisch. Niemand glaubt mehr an Obamas rote Linien.

Nicht vor der Uno, nur gegenüber dem israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu im Weissen Haus, erwähnte Obama noch die Militäroption. Seit das iranische Atomprogramm, das der Schah einst begonnen hatte, die Gemüter bewegt, ist man nicht wesentlich weitergekommen.

Wider besseres Wissen rätselt man immer wieder über die iranischen Motive und flüchtet sich ins Wunschdenken, dass Diplomatie die iranische Bombe verhindern werde. Das Beispiel Nordkorea, das ebenfalls mit Scheindiplomatie das erreichte, was es wollte, wird verdrängt. Historisch ist eben nur, was in den Kram passt.



«Have a good day, Mr President»: Irans Präsident Rohani.

Kapital- und andere Flüchtlinge

Von Christoph Mörgeli

Die Banken stehen nicht hoch im Kurs. Täglich Negativschlagzeilen. Ständig in der Defensive. Dazu Mediensprecher, die so unbeholfen stammeln, als würden sie von den Jungsozialisten bezahlt. Schon Luther wetterte gegen die «Fuggerey». Bertolt Brecht fragte böse: «Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?» Der Volksmund schmäht die Bank, die genau so lange Geld leihe, wie man keines brauche.

Wer die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kreditwesens nicht versteht, dämonisiert die Bankbranche als dunkle Macht. In diesem Rahmen haben wir die in- und ausländischen Angriffe auf unser Bankgeheimnis zu sehen. Dabei liegt die Moral eher in diesem Geheimnis als in dessen Preisgabe. Es geht darum, die Privatsphäre gegen die Schnüffelei von Mitmenschen und vom Staat zu schützen. Es geht niemanden etwas an, welche Krankheiten wir durchgemacht haben, welche Liebeserlebnisse uns zuteil geworden sind und wie viel auf unserem Bankkonto liegt. Wenn der Staat im Namen eines angeblichen «kollektiven Interesses» die Privatsphäre missachtet, wird er zum totalitären Staat.

Das Bankgeheimnis gehörte lange zum Vertrauenskapital unseres Landes. Dessen leichtfertige Preisgabe gegenüber dem Ausland ist ein Akt der Selbstverstümmelung. Dasselbe gilt für die Bereitschaft, mittels internationaler Verträge den Steuerbüttel für andere Staaten zu spielen. Was die «Kapital- und Steuerflucht» betrifft, so verdammen alle vernünftig und menschlich Denkenden niemanden, der nicht nur sich selber, sondern auch sein Geld vor dem Dritten Reich in Sicherheit gebracht hat. Warum gestehen wir allen Menschen das Recht zu Flucht und Asyl vor einem verhassten Regime zu, nicht aber, dass sie ihre Existenzmittel auf die Flucht schicken?

Die Umstände, die Menschen und Kapital zur Flucht treiben, sind tadelnswerter als jene, die in diese Flucht verwickelt sind. Staaten, die auf Enteignung, Planwirtschaft und schamlose Neidbesteuerung setzen, handeln nicht moralischer als jene, die sich dagegen auch ausserhalb der dortigen Gesetze wehren. Nur solange Menschen und Kapital die Möglichkeit haben, international zu wandern, gibt es einen letzten Schutzwall gegen die Staatswillkür. Warum nur gehört den Armutsflüchtlingen unser ganzes Herz, den Kapitalflüchtlingen aber unsere volle Verachtung?

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

«Söll er, oder söll er nöd?»

Von Peter Bodenmann — Die Juso-Initiative ist so löchrig wie ein Emmentaler. Und wäre trotzdem wirksam.



Normative Kraft des Direktdemokratischen.

Alle malen wegen der Initiative «1:12» den Teufel an die Wand. Neuerdings auch die sozialdemokratischen Stadtpräsidenten der Schweiz.

Wissenschaftler produzieren wieder einmal für viel Geld unsinnige Studien. Die Uni St. Gallen sieht wegen der Juso-Initiative die AHV in Gefahr. Andere langsam, aber sicher den Ruf der Uni St. Gallen.

An was erinnert uns das? Richtig, an die Panikmache im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative Minder. Auch damals warnte die rechte SP, warnte Ruedi Strahm vor der Annahme dieser angeblich brandgefährlichen Initiative. Sie würde Tür und Tor für die bösen Heuschrecken öffnen. Das Resultat: Die alles andere als wasserdichte Initiative Minder wurde haushoch angenommen. Zusätzliche Heuschreckenplagen sind keine zu verzeichnen. Niemand packt die Koffer.

Trotzdem hat die Annahme der Initiative die Stimmung und die Spitzensaläre im Land verändert. Der bessere Nachfolger von Vasella verdient nicht einmal mehr einen Drittel so viel wie Vasella. Ohne die Annahme der Initiative Minder hätte sich die Spirale weiter in die falsche Richtung gedreht.

Es gibt im Wasserundichten so etwas wie die normative Kraft des Direktdemokratischen. Die legitimierte Hegemonie der Vernünftigen. Auf Schweizerdeutsch übersetzt: «Söll er, oder

söll er nöd?» Leider wahr: Wenn die Manager so viel arbeiten, wie sie behaupten, dann können sie auch nach der Annahme der Juso-Initiative locker dreissigmal mehr verdienen als ihre Putzfrauen. Besonders dann, wenn sie noch Überstundenzuschläge geltend machen.

Ebenfalls wahr: Wenn die Manager die Hälfte des Jahres im Ausland unterwegs sind, dann gelten für ihre im Ausland geleisteten Arbeitsstunden die dort geltenden Gesetze. Genau wie dies die Gewerkschaften für polnische Arbeiter durchsetzen, die in Andermatt bügeln.

Das heisst, zwei bis drei Millionen Franken im Jahr liegen auch nach Annahme der Juso-Initiative locker drin. Niemand wird in Zürich, Zug oder Genf die Koffer packen und abdösen. Deshalb können alle, die noch die Hälfte ihrer Tassen im eigenen Schrank haben, risikolos ja stimmen. Trotz oder wegen der sozialdemokratischen weiblichen und männlichen Stapis.

Das Paradox: Es gibt bei der Regulierung des Kapitals bisher wenig bis keine wasserdichten Volksinitiativen. Umso mehr, als im Parlament, wo die Gesetze gemacht werden, die Freunde der Abzocker in der Mehrheit waren, sind und bleiben. Und trotzdem wirken angenommene Initiativen. Und erst noch positiv.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.



Die Wirkung macht den Unterschied.

Mit dem Werbebrief überzeugen Sie Ihre Zielgruppe persönlich und direkt. Ihrer Kreativität sind praktisch keine Grenzen gesetzt. Ihrem Erfolg auch nicht.

Fakten, Erfolgsgeschichten und Inspiration: post.ch/wirkung

DIE POST 



**Profitieren Sie
jetzt von einer
doppelten Portion
Fachwissen.**

Politik & Geschichte

Die Schweiz verstehen

Was Sie schon immer über das politische System und über die Geschichte der Schweiz wissen wollten: Silvano Moeckli und Joëlle Kuntz erklären es Ihnen!

Politisches System der Schweiz verstehen
Mit souveränem Überblick erklärt der Autor Entstehung, Strukturen und Prozesse des politischen Systems der Schweiz. Er räumt auf mit überholten Anschauungen, beispielsweise dass in der Demokratie das Volk regiere oder dass die Regierung die Exekutive sei. Er legt dar, wie der Staat organisiert ist, was er kostet, was er leistet, wie Entscheidungsprozesse ablaufen und wer darauf wie Einfluss nimmt. Behandelt werden auch Themen wie New Public Management, Staatsverschuldung, Steuerwettbewerb, demografische Herausforderung und Migration.

Schweizer Geschichte – einmal anders
Auf geistreiche, originelle und gelegentlich provozierende Art gelingt es der Autorin, dem Leser unser kleines und doch so kompliziertes Land verständlich zu machen. Sie schildert die spannendsten Epochen und zeigt, wie unser Land durch Zufälle, Glück und politische Kunst an Selbstverständnis gewonnen hat und wie sich politische Kulturen, Prosperität und die unverwechselbare Identität entwickelt haben. Anhand von Städteporträts macht sie deutlich, wie sehr die Schweiz schon immer von ökonomischen Prozessen bestimmt war und gesteuert wurde.

Weltwoche-Spezialangebot

Silvano Moeckli
Das politische System der Schweiz verstehen
Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage, 2012; 224 Seiten, broschiert; ISBN 978-3-85612-191-4.

Joëlle Kuntz
Schweizer Geschichte – einmal anders:
Vierte Auflage, 2013; 240 Seiten, broschiert; ISBN 978-3-85612-224-9

Preise:
Im Kombi-Paket:
Beide Bücher für nur Fr 39.– (statt Fr. 63.–)

Einzel:
«Das politische System der Schweiz verstehen»
für nur Fr. 30.– (statt Fr. 38.–)
«Schweizer Geschichte – einmal anders»
für nur Fr. 20.– (statt Fr. 25.–)

Alle Preise inkl. MwSt., exkl. Porto- und Versandkosten. Angebot gültig bis 31. Oktober 2013.

Bestellung:
Senden Sie Ihre Bestellung mit dem Aktionscode «Weltwoche» an info@klv.ch, oder rufen Sie uns an, Tel. 071 845 20 10.

www.weltwoche.ch/platinclub



Hier spricht der Börsenonkel

Von Kurt W. Zimmermann — Das finanzielle Wohlergehen unserer Leser hat Priorität. Darum ein paar Börsentipps zu Twitter & Co.

Auf den ersten Blick sind die Zahlen imposant. Über 550 Millionen User haben sich bei Twitter registriert. 200 Millionen davon sind regelmässige Nutzer des virtuellen Kurznachrichtendienstes. Sie verschicken pro Sekunde 9000 Tweets. Es sind Telegramme an ihre Leser, maximal 140 Anschläge lang.

Twitterer vermehren ihrer Umwelt primär zwei Sachverhalte. Zuerst einmal informieren sie über die eigene Befindlichkeit, etwa darüber, dass sie den Zug verpasst oder sich an einer Party amüsiert hätten. Noch wichtiger ist Twitter als globale Newsbörse, über die man sich die neusten Trends in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zuspielt.

Vermutlich im November geht Twitter nun an die Börse. Kommen wir also gleich zur zentralen Frage: Soll man die Aktie kaufen?

Damit sind wir mitten in der Diskussion, ob wir auf eine zweite Dotcom-Blase zusteuern. Die erste Blase platzte bekanntlich im Jahr 2000, als viele Internet-Start-ups an der Börse masslos überbewertet waren und viele Kleinanleger ins Elend rissen.

Diesmal nun geht es um die sogenannten Social Media. Social Media sind eher einfache Konstrukte. Es sind Netzwerke, auf denen Gleichgesinnte über Persönliches wie Berufliches kommunizieren können.

Die bisher beste Social-Story schrieb Facebook. 2012 ging die Freundeskreis-Vermittlung an die Börse und erlebte kurz darauf ein Kurs-Waterloo. Inzwischen ist der Aktienkurs zurück auf einem Höchststand. Das Unternehmen mit einem Umsatz von gerade mal sechs Milliarden Dollar ist an der Börse 125 Milliarden wert. Das ist beim Kurs-Umsatz-Verhältnis ein irrer Faktor von 20.

Ähnlich verhält es sich mit Business-Netzwerken wie LinkedIn und Xing. Auch sie erreichten diesen Sommer neue Rekordwerte beim Börsenwert. Auch sie haben im Vergleich dazu geradezu winzige Einnahmen.

Bei Twitter ist es ebenso. Twitter ist eigentlich ein bescheidenes KMU. Die kleine Firma kommt auf jährliche Werbeeinnahmen von 450 Millionen Franken. Das ist weniger als der Umsatz der *Neuen Zürcher Zeitung*. Dennoch wird Twitter nach dem Börsengang zwischen zehn und fünfzehn Milliarden Dollar wert sein.

Das einzige Problem besteht darin, dass bei Twitter wie bei anderen Social-Media-companies niemand weiss, ob sie je profitabel werden. Nicht einmal die Besitzer der Plattformen haben eine konkrete Idee, wie sie künftig Geld



Globale Newsbörse: Twitter in San Francisco.

verdienen könnten. Das deutet auf eine erneute Blase hin.

Bei Twitter etwa sind die sogenannten *promoted tweets* die einzige wichtige Einnahmequelle. Anbieter wie Airlines oder TV-Stationen zahlen für Marketingangebote, die von Twitter an ihre Kunden weitergeleitet werden. Ob dieses unausgelegene Geschäftsmodell in Zukunft profitabel wird, weiss keiner. Auch die prominenten Twitter-Mitbesitzer von Abenteuerer Richard Branson bis Schauspieler Ashton Kutcher wissen es nicht und verkaufen nun lieber beim Börsengang.

Sollen Sie also in Twitter investieren? Ich rate ab. Social Media sind aus soziologischer Sicht zwar hochinteressant, aus kapitalistischer Sicht aber nicht. Sie leben fast nur vom Prinzip Hoffnung. Ich rate zu konservativen Titeln wie Google.

Wer nun meine Eignung zum Börsenonkel bezweifelt, den muss ich kurz an den März 2012 erinnern. Beim damaligen Börsengang von Facebook riet ich ab und empfahl stattdessen ebenfalls Google. Seitdem hat Google um 46 Prozent zugelegt. Wer eine Million Franken in Google investierte, hat in anderthalb Jahren, auch währungsbereinigt, 460 000 Franken verdient.

Zugegeben, es war damals mein erster Börsentipp in dieser Kolumne. Anfängerglück, denken Sie nun.

Der Knopf

Von Beatrice Schlag — Frauen in Uniformen sind keine gute Idee.

Wenn man «Jackett» und «Knopf» sagt, fällt einem automatisch Angela Merkel ein. Die deutsche Bundeskanzlerin besitzt eine schier unendliche Palette von



Jacketts in allen Farben – und sieht in ihnen immer gleich aus: beengt und unvorteilhaft. Man fürchtet ständig um den Knopf. Wie wir dank dem unvergesslichen Bild von 2008 wissen, als die Kanzlerin bei der Eröffnung der Osloer Nationaloper mit bisher nie gesehenem freizügigem Décolleté erschien, hat sie einen wunderbar üppigen Busen. Es war ein einmalig-freundlicher Einblick. Die halbe Welt-pressen berichtete darüber. Dass sie seither wieder hochgeschlossen auftritt, zeugt von ihrem blitzgescheitern Umgang mit Medien. Nichts ist so spannend wie kurze, überraschende Enthüllungen. Man wartet auf Fortsetzung und ist entzückt, wenn sie nicht kommt.

Seither trägt Angela Merkel wieder die Jacketts mit dem Knopf, der elend spannt unter dem üppigen Busen. Es ist keine alltagstaugliche Alternative zum Décolleté, es sieht einfach nur schlecht aus. Genauso wie die Jacketts aller TV-Moderatorinnen schlecht aussehen, die mehr als vierzig Kilo wiegen und einen Ansatz von Busen haben. Es gab vor etwa dreissig Jahren eine Zeit, wo Geschäftsfrauen meinten, sie müssten dunkle Hosenanzüge tragen, um ernst genommen zu werden. Heute müssen das nicht einmal mehr weibliche Flight-Attendants, sondern nur noch Billettkontrolleurinnen und TV-Moderatorinnen. Es mag nicht so gemeint sein, aber die Uniformen wirken wie eine vorsätzliche Beleidigung der Frauen, die beim Arbeiten keine Privatkleidung tragen dürfen.

Moderatorinnen werden vom Fernsehen eingekleidet. Da das Zuknöpfen des Jacketts bei Sendungen Pflicht ist, sehen viele wie Presswürste aus. Offenbar ist das dem Fernsehen egal. Dass Angela Merkel nicht gestylt, sondern volkstümlich wirken will und deswegen meist wie eine Presswurst aussieht, ist ihre Wahl. Bei unfreiwillig kostümierten Frauen denkt man, jemand sei ihnen nicht gut gesinnt. Denn coole Alternativen zum Ein- oder Zweireiher für Frauen sind längst auf dem Markt. Zu besichtigen an französischen Moderatorinnen.

Leserbriefe

«Ich selber war einfach da, ziemlich vernachlässigt, aber irgendwie frei.» *Beatrix Kruger*



«Nagel auf den Kopf getroffen»: Cover-Illustration der letzten Ausgabe.

Es war fantastisch

Nr. 39 – «Wohlleben im Speckgürtel»; Philipp Gut und Lucien Scherrer über Therapien

Es ist nichts dagegen einzuwenden, an das Gute im Menschen zu glauben. Aber dass heute jeder Kriminelle, jeder Neurotiker und jeder schwierige Schüler mit Therapien überhäuft wird, ist besorgniserregend. Es fördert sogar krankes und abhängiges Verhalten, da man dafür noch belohnt wird und jede Menge Zuwendung erfährt. Man könnte auch direkt neidisch werden auf die heutigen, verwöhnten Kinder, denn zu meiner Zeit – vor über vierzig Jahren – gab es so was nicht. Ich selber war einfach da, ziemlich vernachlässigt, aber irgendwie frei. Das gab einem die Gelegenheit, sich früh mit der Tatsache vertraut zu machen, dass man alles im Leben selber erschaffen muss. Man war gezwungen, seine eigenen Ressourcen zu entwickeln und sich mit der Realität von Gefühlen wie Einsamkeit und Unsicherheit auseinanderzusetzen. Die sogenannten schwierigen Kinder von damals – ich war eines davon – wurden einfach in eine Art Sonderklasse gepfercht, wo wir den Lehrer mit unserem radikalen Verhalten in den Wahnsinn trieben. Es war fantastisch! Heute sind aus den verhaltensgestörten und ungeliebten Kindern eigenständige und starke Persönlichkeiten geworden – auch ohne Therapie! *Beatrix Kruger, Zürich*

Liebe *Weltwoche*, in deinen Titelbildern ist dir auch schon gelegentlich mal eine Geschmacks-

verirrung passiert, aber für das Cover der letzten Nummer verdienst du ein grosses Kompliment. Dein Zeichner hat den Nagel auf den Kopf getroffen! Manch einer, der sich mit ehrlicher Arbeit mühsam durchschleppt, muss da in seinen kargen vier Wänden ins Grübeln kommen. Das Rezept wäre geradezu einladend: «Man begehe einen saftigen Raubüberfall, bringe den Zaster in Sicherheit, mache, falls man erwischt wird, vor Gericht auf gaga und gelange dann in eine komfortable Therapie. Sollte es dann immer noch langweilig sein, vergewaltige oder ermorde man ein bisschen eine Therapeutin oder eine knackige Richterin. Im sauberen, geheizten Gefängniszimmer mit Fernseher und fliessendem Warm- und Kaltwasser wird man bei guter Verpflegung bequem auf Staatskosten ein Studium, Fitnesstraining, Reitstunden und Ähnliches absolvieren können und sich ob der Kuscheljustiz einen Ast lachen dürfen. Über die Opfer braucht man sich keine Gedanken zu machen, denn für diese bleiben vielleicht nach Abzug der eigenen Therapiekosten auch noch ein paar *Fränkli* übrig.» Dies ist zwar eine ätzende Satire, entspricht aber der schändlichen Realität. *Stefanie Randon, Winterthur*

Genderphilosophie, Relativierung des Familienbegriffs, Gleichstellung von Mann und Frau in der Arbeits- und Karrierewelt, 24-Stunden-Gesellschaft und Globalisierungsdenken sind einige Schlagworte und Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten dreissig

Jahren. Die *Weltwoche* legt nun die mit Kosten für die Steuerzahler gespickte Kehrseite klar und für jedermann verständlich dar. Anstatt sich für das Ansehen der Frau an sich und als Erzieherin des Nachwuchses zu einer leistungsgerechten Entlohnung starkzumachen, langweilen uns die Feministinnen mit dem jahrelangen Gezeter um Frauenquoten, die nun wirklich nur einen verschwindend kleinen Teil ihrer Geschlechtsgenossinnen betreffen können. Eine Erfolgsjournalistin verdient sich ein Zubrot mit der literarischen Wiedergabe der Lebensläufe von Erfolgsfrauen in den ursprünglichen Männerdomänen. In der hochgejubelten urbanen Welt bewegt sich der Begriff Hausfrau zwischen Unwort und Vergessen. Inmitten der bedauernswerten Produkte dieser Gesellschaft konnte sich die Gilde der Therapeuten ein Feld sichern, in dem man sich intensiver oder weniger intensiv mit den heraufbeschworenen Defiziten des Menschseins befasst. *Hans Christian Müller, Zürich*

Spannend geschrieben

Nr. 39 – «Das Salz der Erde»; Urs Gehrig über die Juden

Die Geschichte der Juden ist spannend geschrieben. Es ist der *Weltwoche* hoch anzurechnen, dass derartige Artikel regelmässig publiziert werden.

Andreas Schmied, Fräschels

Eine Frage der Haltung

Nr. 39 – «Das Leuthard-Paradox»; Wirtschaftskolumne von Silvio Borner

Herr Silvio Borner ist ein guter Ökonom, denn er weiss, was ein Rebound-Effekt ist. Wie viele gute Ökonomen macht er aber den bekannten kapitalen Fehler: «Man nehme zwei Punkte, verbinde sie mit einer Geraden und verlängere diese bis zum Gehtnichtmehr.»

Wir haben vor ein paar Jahren unser Haus isolieren lassen und verbrauchen nun etwas weniger als die Hälfte der Heizenergie. Gemäss Borner würden wir im Winter unser Haus auf mickrige 44 Grad heizen und im Sommer auf heimelige 10 Grad herunterkühlen. Es ist nicht ein Problem der Bornerschen Intelligenz, sondern seiner Grundeinstellung, sonst hätte er sich über folgende Binsenwahrheit vorgängig informiert: In einem schlechtisolierten Haus mit kalten Aussenwänden muss die Zimmerluft recht warm sein, um sich wohl zu fühlen. In einem gutisolierten Haus, wo auch die Aussenwände nicht allzu sehr auskühlen, genügt eine tiefere Zimmertemperatur. Das heisst, wenn ich nach dem Isolieren dieselbe Temperatur am Thermostat beibehalte, fühlt es sich wesentlich wohlgiger an.

Wenn der Spritverbrauch der Autos sinkt, kann ich mir zwar ein zweites Auto leisten. Wie fahre ich aber mit zwei Autos gleichzeitig?

Und fahre ich auf dem Weg an die Arbeit immer einen Umweg, nur weil ich es mir leisten kann? *Robert Jecklin, Igis*

Im Exil

Nr. 39 – «Regenten, Krieger und Verräter»; Urs Paul Engeler über die Familie von Wattenwyl

Hier müsste noch an Friedrich von Wattenwyl (Watteville, 1700–1777) erinnert werden, der als Freund und enger Begleiter von Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf Wesentliches zur Gründung und zum Ausbau der Herrnhuter Brüdergemeine beigetragen hat. Wattenwyls gleichnamiger Vater verzichtete im Berner Pietistenprozess seiner Überzeugung wegen auf Amt und Würden und begab sich ins Exil. Quelle: Rudolf Dellsperger, Zinzendorf und die Schweiz.

Niklaus Strolz, Zürich

Nicht die Sache einer Volksabstimmung

Nr. 39 – «Lex Nora Illi»; Kommentar von Alex Baur zum Tessiner Burka-Verbot

Der Autor vertritt in seinem Kommentar zum Tessiner Burka-Verbot die Auffassung, ein Menschenrecht auf Verhüllung gebe es nicht; deshalb sei der Entscheid der Tessiner Stimmberechtigten ohne Rücksicht darauf, ob dieser vernünftig sei, umzusetzen. Zwar garantiert kein internationaler Menschenrechtspakt wörtlich ein «Menschenrecht auf Verhüllung». Aber die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) garantiert in Art. 8, dass der Staat «das Privat- und Familienleben, die Wohnung und den Briefverkehr» achten muss, und sie garantiert in Art. 9 die «Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit». Zusätzlich sieht sie in beiden Artikeln ausdrücklich vor, dass diese Rechte nur dann eingeschränkt werden dürfen, wenn dies «eine Massnahme darstellt, die in einer demokratischen Gesellschaft für die nationale Sicherheit, die öffentliche Ruhe und Ordnung, das wirtschaftliche Wohl des Landes, die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen, zum Schutz der Gesundheit und der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig ist».

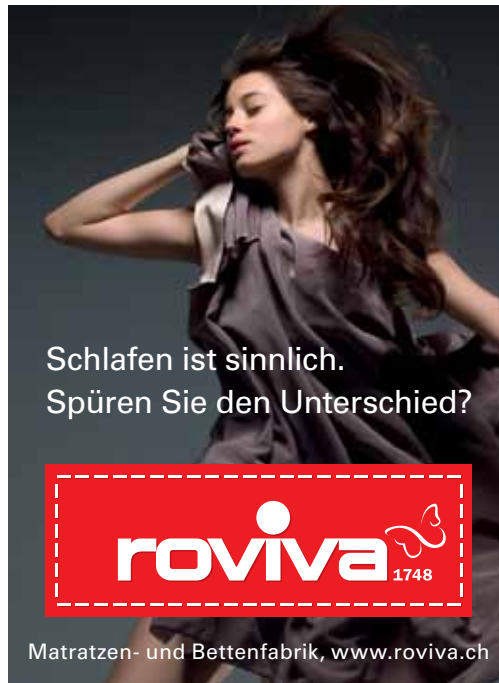
Wo immer auf irgendeiner staatlichen Stufe ein neues Verbot erlassen wird, stellt sich somit stets die Frage, ob es zum Schutze der aufgeführten Rechtsgüter in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist. Ist es das nicht, verstösst es gegen die garantierten Menschenrechte.

Dies jeweils im Konfliktfall zu beurteilen, ist nicht Sache irgendeiner Volksabstimmung, sondern der für Grundrechte zuständigen nationalen Gerichte, und darüber hinaus und genau dafür haben die 47 europäischen Länder, die zur EMRK gehören, den Strassburger Menschenrechtsgerichtshof geschaffen.

Es ist das Ziel der EMRK, die Einigkeit unter den Staaten und die individuelle Freiheit ihrer Bürger in Europa im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens nicht nur zu sichern, sondern zu erweitern. Dazu gehört, dass der Bereich der Freiheit des Einzelnen wächst, und nicht, dass er immer mehr eingeschränkt wird. *Ludwig A. Minelli, Forch*

Korrigenda

Beim Leserbrief von Catja Wyler van Laak «Unsinnig und unnötig» zum Interview mit der Kriminologin Henriette Haas (Ausgabe Nr. 38/13) haben wir fälschlicherweise Frau Wyler van Laaks Berufsbezeichnung, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist, weggelassen. Der korrekte Absender des Leser-



Schlafen ist sinnlich.
Spüren Sie den Unterschied?

roviva 1748

Matratzen- und Bettenfabrik, www.roviva.ch

briefs lautet: Dr. med. Catja Wyler van Laak, Forensische Psychiaterin SGFP, Zürich. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

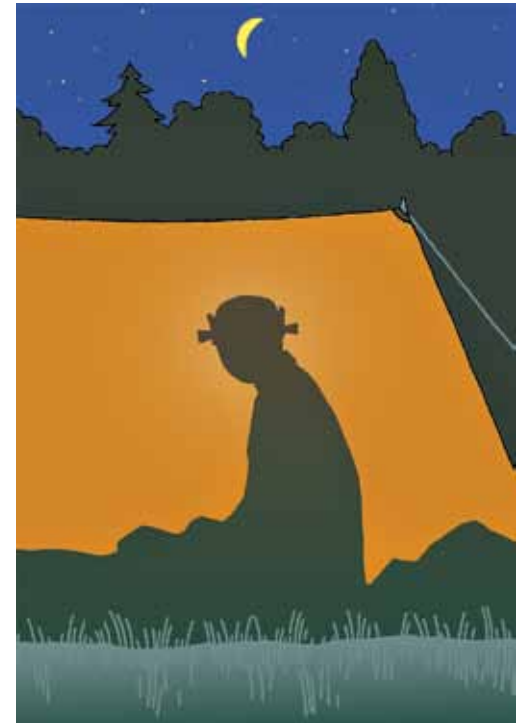
Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man sich auf dem Campingplatz beim laut schnarchenden Zeltneighbarn beschweren?

Fabian Andreas Räber, Jönköping

Man darf. Aber was erhoffen Sie sich davon? Gegen sein eigenes Schnarchen ist auch der rücksichtsvollste Zeltneighbarn machtlos. Er kann sich noch so höflich bei Ihnen entschuldigen – vom Sägen wird es ihn nicht abhalten. Zur ungestörten Nachtruhe verhilft nur ein Standortwechsel.

Beatrice Schlag

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Armut ist Diebstahl

Unter dem Vorwand, die Armut zu bekämpfen, hat sich eine gigantische Sozialverwaltungsmaschine mit der Fähigkeit entwickelt, sich selbst immer neue Geschäftsfelder zu eröffnen. Wer fordert, dass dieses kranke, unbezahlbare System abgeschafft werden muss, gilt als Unmensch. *Von René Zeyer*



Zu stark hat sich in den öffentlichen Diskurs das Recht des Armen auf Unterstützung eingebrannt.

Die Armen machen uns alle ärmer. Was zu ihrer Unterstützung aufgewendet wird, muss zuerst von der Gesellschaft, von uns allen, mit Wertschöpfung hergestellt, verdient werden. In den entwickelten Ländern verringert sich die Zahl der Bedürftigen nicht, sie steigt. Trotz den Multimilliarden, die für Armutsbekämpfung ausgegeben werden. Also ist die Methode falsch, nicht reparierbar, nutzlos, schädlich. Schlimmer noch: Die ständig steigenden Sozialausgaben ruinieren uns. Das Aussprechen dieser unbezweifelbaren Erkenntnis ist ein Sakrileg, dem mit indigniertem Schweigen oder schäumendem Widerspruch begegnet wird. Dabei ist es die reine Wahrheit.

Wer mehr hat, gebe dem, der weniger, zu wenig hat. Denn Armut ist schrecklich. Armut muss nicht sein. Jeder Arme verkörpert eine Schuld, die auf uns allen lastet. Armut muss bekämpft, ausgerottet werden. Das ist der

kategorische Imperativ der Armutsbekämpfung. Armsein verstösst gegen die Menschenrechte, ist unwürdig, ungerecht, macht unfrei.

Jede Kritik gilt als Tabubruch

Würde, Gerechtigkeit, Freiheit, die symbiotische Verbindung mit den drei strahlendsten Begriffen, die die menschliche Sprache kennt, machen jede grundsätzliche Kritik an Armutsbekämpfung zu einem Tabubruch. Dieses Tabu verstellt den Blick auf die Wirklichkeit. Seit mehr als 400 Jahren gibt es in Europa staatliche Armutsbekämpfung. Bereits 1786 kam der englische Universalgelehrte Joseph Townsend zum Schluss: «Nie gab es mehr Elend unter den Armen, nie kam mehr Geld zu ihrer Hilfe zusammen. Aber besonders verblüffend ist, dass Armut und Not in selbem Mass zunehmen wie die Anstrengungen, den Armen grosszügige Unterstützung zu gewähren.»

Noch verblüffender ist: Das ist bis heute richtig. Aber niemand wagt es, die Schlussfolgerung deutlich auszusprechen: Wenn es nichts nutzt, dann sollte man es lassen. Auch die Forderung nach Umverteilung, die ganz Reichen sollten doch den ganz Armen etwas abgeben, löst das Problem nicht und bietet keinen Ausweg aus der Situation relativ Armer, in der sich diese vor allem wenn nicht bequem, so doch erträglich einrichten können. Darüber hinaus mutiert Armutsbekämpfung im Rahmen einer sozialen Umverteilung zu Diebstahl; Wertschöpfung wird enteignet, um in Konsum verpulvert zu werden, ohne die Zielsetzungen der Armutsbekämpfung zu erreichen.

Seit Anfang der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts haben sich moderne Sozialstaaten entwickelt. Ihr grösster Ausgabenposten im Staatshaushalt lautet «Soziales». Er macht im Schnitt fünfzig Prozent aus und hat sich

allein zwischen 1980 und 2005, also vor der Finanzkrise 1, vervierfacht. Das geht einher mit einer Explosion der Staatsschulden. Zum Beispiel in Deutschland: Von 1950 bis 1970 wuchsen sie von 10 auf 64 Milliarden Euro an. Selbst wenn man niedrigeres Bruttoinlandsprodukt (BIP), höhere Kaufkraft und weitere Faktoren ausser Acht lässt, sind es geradezu niedliche Zahlen. Von 1970 bis 1990 explodierte die Staatsverschuldung auf 538 Milliarden Euro, im Jahre 2000 hatte sie sich nochmals auf 1211 Milliarden mehr als verdoppelt, und bis 2005 kletterte sie auf 1490 Milliarden Euro.

Trotz gewaltigen Sozialleistungen, trotz milliardenschwerer Armutsbekämpfung nimmt die Zahl der Armen in den entwickelten Ländern nicht ab. Sondern wächst. Allein in der EU spricht man von 120 Millionen Armen oder «Armutsgefährdeten». Das liegt zunächst einmal an einer unscharfen und beliebigen Definition des Begriffs «relative Armut». Man spricht von Armutsgefährdungsquote und nimmt dafür die Verfügbarkeit von weniger als sechzig Prozent des Durchschnittseinkommens (unter Verwendung des Mittel- oder Medianwerts). Dann fügt man noch materielle und soziale Deprivation hinzu und kommt zum Resultat, dass in Deutschland knapp zwanzig Prozent der Bevölkerung irgendwie «arm» sind, in der Schweiz jeder Siebte von Armut «bedroht» ist. Armut hat längst nichts mehr mit Existenzminimum zu tun, sondern ist zur Begriffswolke verkommen, aus der Armutsbekämpfer immer neue Tropfen auffangen, um neue «Armutslücken», Entbehrungen und «Skandale» zu beklagen.

In den USA bewegt sich die Anzahl Armer seit dem «Kampf gegen die Armut» durch Präsident Johnson Anfang der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts bis heute in einer Spanne zwischen 10 und 15 Prozent der Bevölkerung, unabhängig von grösseren oder kleineren Anstrengungen späterer Regierungen zur Armutsbekämpfung, unabhängig von Konjunktur, Wirtschafts- oder Finanzkrisen. Offensichtlich ist eine solche Sockelarmut eine Konstante in der Gesellschaft.

Deutschland verfügt über einen der am besten ausgebauten Sozialstaaten der Welt. Unter dem Begriff Sozialleistungen wurden 2012 laut Bundesregierung 782,4 Milliarden Euro verteilt. Fokussieren wir auf Hartz-IV-Empfänger. «Hartzen» wurde vom Duden gerade in den offiziellen deutschen Sprachschatz aufgenommen; als Synonym für «sich zu keiner Arbeit, Tätigkeit überwinden». Das wurde 2010 mit 44 Milliarden Euro finanziert. Weniger als die Hälfte davon kam bei «Hartzenden» an. Experten schätzen den Umsatz allein dieser Hilfsindustrie auf 25 Milliarden Euro. In Deutschland hat sich eine gigantische Sozialverwaltungsmaschine entwickelt. Bei staatlichen Beamten und Angestellten von privaten Einrichtungen wie Arbeiterwohlfahrt, Caritas oder Diakonie stehen rund 1,5 Millionen Mitarbeiter in Lohn

und Brot. Der hier erwirtschaftete Jahresumsatz beträgt insgesamt mehr als 100 Milliarden Euro. Es ist die einzige boomende Branche in Deutschland und wird, abgesehen von wenigen Spenden, staatlich finanziert. Obwohl wir hier vom grössten Arbeitgeber Deutschlands sprechen, der gleichzeitig jeglicher Kontrolle bezüglich Wirkung und Sinnhaftigkeit seiner Anstrengungen entzogen ist, hört man kaum ein kritisches Wort zu seiner Tätigkeit: zur beneidenswerten Fähigkeit, sich selbst immer neue Geschäftsfelder zu eröffnen, neue Armutslücken zu entdecken, neue Hilfsbedürftigkeit. Ein einmaliger Zustand, dass ein Wirtschaftszweig Produkte herstellen kann – ohne sich die geringsten Gedanken darüber machen zu müssen, ob denn überhaupt eine Nachfrage dafür existiert. Armutsbekämpfung wird zum Perpetuum mobile, das aus sich selbst die Energie zu seiner Aufrechterhaltung schöpft.

Alleine unter dem Stichwort «Familienhilfe» werden in Deutschland 200 Milliarden Euro ausgegeben, verteilt auf 156 «Leistungspakete» – eine Steigerung um fast 100 Prozent im Vergleich zu den 112 Milliarden im Jahr 2009. Was bewirkt diese Steigerung genau? – Falsche Frage, schliesslich sei es «zutiefst unmenschlich», Familienpolitik nach ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen zu beurteilen, lässt die deutsche Familienministerin Schröder Wissenschaftlern und Kritikern ausrichten, die grössere Teile dieser Ausgaben für schlicht unsinnig, wirkungslos und überflüssig halten. Auch in der Schweiz ringen die rund 150 privaten Organisationen in der

Das, was sich als Lösung ausgibt, stellt selbst das Problem dar, das es zu bekämpfen vorgibt.

Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) um die Deutungshoheit über den Begriff Existenzminimum. Mit der Behauptung: «Soziale Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenwürde sind Grundlagen eines modernen Verständnisses von Sozialhilfe», erweitern sie die «materielle Grundsicherung» zu einem «individuellen Unterstützungsbudget». Eine Vielzahl von Zusatzleistungen kann dazu führen, dass sie locker das Durchschnittseinkommen eines am Produktionsprozess Beteiligten übersteigen.

Effizienz, Return on Investment, Kosten und Nutzen, Optimierung – all diese im normalen Wirtschaftsleben völlig selbstverständlichen Begriffe verlieren schlagartig ihre Bedeutung, wenn es um Armutsverwaltung, um das Generieren von Einkommen in diesen Bereichen geht. Denn Bedürftigkeit im Allgemeinen, Armut im Speziellen verleihen das Recht, Unterstützung zu fordern. Armut ist der Ausdruck von Ungerechtigkeit. Armut wird schuldhaft durch Reichtum verursacht. Ein Grundtopos jeder aufgeklärten Gesellschaftskritik, von Bertolt Brecht in einer Begegnung zwischen dem

armen und dem reichen Mann auf den Punkt gebracht: «Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.» Umverteilung, insbesondere gar nicht gebrauchter Reichtümer, ist legitim, Ausdruck von Solidarität, mildert Armut und schadet niemandem. Wenn es dennoch immer mehr Arme gibt und wenige ganz oben immer reicher werden, dann müsste man mehr umverteilen. – Noch mehr? Macht man eine Nettobilanz, zieht also von allen Transferleistungen (Renten, erhaltene Sozialleistungen) alle Zahlungen (Steuern und Sozialleistungen) ab, dann kommt man beispielsweise in Deutschland zu erhellenen Ergebnissen. Vergleicht man die einkommensschwächsten und die einkommensstärksten 20 Prozent der Bundesbürger, dann beträgt bei den untersten 20 Prozent die Transferleistung satte 45,7 Prozent ihres Nettoeinkommens; fast die Hälfte! Bei den obersten 20 Prozent ist die Bilanz negativ, sie bekommen 17,3 Prozent ihres Einkommens abgezackt.

Sozial ist, anderen nicht zur Last zu fallen

Unzählige Zahlen belegen: Die beste und wirksamste Bekämpfung von Armut besteht darin, dass Arme nicht unterstützt werden. In keiner Form. Ausser, sie sind unmündig oder aus folgenden Gründen arm: aufgrund von Alter, Invalidität, körperlichen oder mentalen Defiziten. Bei allen anderen nützt gutes Zureden, die unermüdliche, aber selbstreferenzielle Tätigkeit von Heerscharen von Sozialarbeitern, beamteten Verwaltern von Bildungsangeboten und Gesprächsresistenten «Armutsforschern» nichts. Vor allem nützt die materielle Sicherstellung eines nicht nur minimalen, sondern würdigen oder nicht depravierten Lebensstandards nichts. Im Gegenteil, sie steht der Lösung im Wege. Und schadet, ruiniert uns: indem sie Gelder dem produktiven Kreislauf entzieht. Wir haben hier die eigentlich perverse und hirnrissige Situation, dass das, was sich als Lösung ausgibt, selbst das Problem darstellt, das es zu bekämpfen vorgibt. Armutsbekämpfung in entwickelten Staaten rottet Armut nicht aus, sondern verstellt den Armen nur mögliche Auswege.

Armut, vor allem in entwickelten Ländern, ist zu grossen Teilen durch Eigeninitiative bekämpfbar. Die Aufrechterhaltung eines Lebens in relativer Armut verschlimmert, verstetigt, verewigt sie. Damit verbundene Hilfsangebote, die auf Freiwilligkeit oder Einsicht beruhen, nützen nichts. Dafür fehlen den Armen die Voraussetzungen, da sie meist nicht über die Kenntnis von Sekundärtugenden verfügen und mit dem Begriff «freiwillig» nichts anfangen können. Also muss der Hebel dort angesetzt werden, wo er wirkt: mit Zwang und materiellen Sanktionen. Nicht «fördern und fordern», sondern «befehlen und bestrafen». Damit würde endlich wieder eine Balance hergestellt. Ein Gleichgewicht zwischen dem zum Menschenrecht gewordenen Anspruch auf ein würdiges Leben und der Verpflichtung, dafür aus eigenen

Insel der Seligen

Jeder siebte Schweizer ist angeblich von Armut bedroht.
Die Gerichte schützen die Ansprüche der Sozialgeldbezüger.



«Soziales Existenzminimum»: Skos-Chefs Schmid, Guggisberg.

In der Schweiz ist vieles anders als in anderen entwickelten Staaten. Alle «bedarfsabhängigen Unterstützungs-, Beratungs- und Betreuungsleistungen zum Zweck der Existenzsicherung» sind unter dem Begriff Sozialhilfe zusammengefasst und gesetzlich geregelt. Allerdings nicht auf Bundesebene, der Schweizer Staat hat sich hier nur um den Asylbereich und um Auslandschweizer zu kümmern. Deshalb gibt es nicht ein Sozialhilferecht, sondern gleich 26, pro Kanton eines. Im Jahr 2011 wurden in der Schweiz für 236 133 Empfänger netto 2069 Milliarden Franken ausgeben oder 8762 Franken pro Person.

Von einem Total an Staatsausgaben von rund 190 Milliarden Franken im Jahr 2010 liefen rund 75 Milliarden oder 39,6 Prozent unter dem Titel Soziale Sicherung. Auf diesen grössten Ausgabenposten folgen Bildung (32,7 Milliarden) sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung (16,6 Milliarden); Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung landen auf Platz vier (14,4 Milliarden). Zum Vergleich: Das BIP der Schweiz betrug 573 Milliarden Franken im Jahr 2010.

Die Schweiz ist, verglichen mit Deutschland, anderen Euro-Staaten oder den USA, wirtschaftlich gesehen, eine Insel der Seligen.

Staatsverschuldung, Arbeitslosenquote, Wirtschaftswachstum – bei all diesen Zahlen müssen einem Bundesbürger die Tränen kommen. Dennoch gibt es auch in der Schweiz einen ähnlichen Armutsalarmismus wie in Deutschland. So titelte die grösste Boulevardzeitung der Schweiz: «Jeder 7. Schweizer von Armut bedroht».

Mehr Gefährdete als in Rumänien

Zu diesen Zahlen kommt das Schweizer Bundesamt für Statistik (Bfs), indem es das gleiche Prinzip wie Deutschland anwendet. Ausgehend von einem Durchschnitts-Äquivalenzeinkommen, «gelten Personen in Haushalten mit einem Einkommen (ohne Vermögen) als armutsgefährdet, das deutlich unter dem üblichen Einkommensniveau des betreffenden Landes liegt. Armut wird somit als eine Form der Ungleichheit betrachtet.» In absoluten Zahlen lag die Armutsgefährdungsschwelle im Jahre 2011 für einen Einpersonenhaushalt in der Schweiz bei rund 29000 Franken. Nach dieser Berechnung liegt die Schweiz hinter Ländern wie Rumänien, Polen, Tschechien bereits auf Platz sieben in der Euro-Zone, was die Anzahl Armutsgefährdeter im Vergleich zur Gesamtbevölkerung betrifft: ein weiteres Beispiel dafür, wie mit dem Kriterium «Armutsgefährdung» absurde Rangordnungen entstehen.

Unterhalb der Armutsgefährdung liegt auch in der Schweiz das Existenzminimum. Dieses wird nach Schweizer Art aber nicht durch eine staatliche Behörde festgelegt, sondern durch die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos). Für den Fachverband, der sich aus Vertretern des Staates auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sowie, nicht unwichtig, von rund 150 «privaten Organisationen des Sozialbereichs» zusammensetzt, ist das Existenzminimum nur die erste Stufe einer Pyramide, die über die «materielle Grundsicherung» zum «sozialen Existenzminimum» führt, zu dem bei Bedarf noch «materielle Anreize» (z. B. «Integrationszulagen») hinzukommen.

In ihrem Bericht enthüllt die Skos, was das in Zahlen bedeutet. Ab 2013 gilt für eine Person eine Pauschale von 986 Franken pro Monat, für vier Personen sind es 2110 Franken. Darüber hinaus gibt es eine Unzahl von Zusatzleistungen. Wenn etwa der Mietzins der Wohnung nicht dem Durchschnitt entspricht, ist nicht einfach ein Umzug fällig, sondern «Verwurzelung» oder «Grad der sozialen Integration» können bewirken, dass zusätzliche Kosten übernommen werden. Bei langfristig Unterstützten gehören Urlaub oder «Erholungsaufenthalte» zu weiteren Leistungen, die übernommen werden. Das läppert sich zu beeindruckenden Summen, die im Einzelfall das Durchschnittseinkommen in der Schweiz (laut Bfs 5975 Franken brutto pro Monat im Jahr 2010) übertreffen können. Häufig beträgt die Sozialhilfe mehr als das Einkommen in Niedriglohngruppen, was zunehmend für Kritik sorgt. Bereits haben einige Gemeinden beschlossen, aus dem Verband Skos auszutreten.

Hintergrund dieses Knatsches ist eine interessante Erweiterung der Armutsbekämpfung. Neben der wie auch immer definierten Grundsicherung arbeiten die Sozialhilfeämter immer öfter mit zusätzlichen Anreizen, damit Arme aus ihrer Armut herausfinden. Auf der anderen Seite schützen Schweizer Gerichte die Ansprüche von Sozialhilfeempfängern, selbst wenn die jede Zusammenarbeit mit dem Sozialamt verweigern.

Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob auf kleinteiliger Ebene in einer Gemeinde über Ausgaben vom Steuerzahler entschieden werden kann oder nicht. Ein Sozialhilfeempfänger mehr oder weniger kann da im Gemeindehaushalt einen durchaus spürbaren Einfluss haben. Umso stärker ist das Bemühen, ihn nicht einfach zu unterhalten, sondern nach Möglichkeit aus diesem Zustand herauszuführen. René Zeyer

Kräften alles zu tun. Sozial ist zunächst und vor allem, anderen nicht zur Last zu fallen.

Wer fordert, dass dieses ganze kranke, unbezahlbare System abgeschafft werden muss, ist damit nicht mehrheitsfähig. Wer sagt, dass die Mehrzahl der dazu fähigen Armen gezwungen werden muss, wieder Teil der Wertschöpfung zu werden und nicht Teil des Konsums zu bleiben, ist nicht mal gesellschaftsfähig. Zu stark hat sich in den öffentlichen Diskurs das Recht des Armen auf Unterstützung eingebrannt, begleitet vom völligen Fehlen jeglicher selbstverantwortlicher Verpflichtung, sich aus eigenen Kräften daraus zu befreien. Aus Rechten erwachsen Pflichten; wer zahlt, befiehlt; wer empfängt, gehorcht – diese Junktims sind bei der Armutsbekämpfung völlig ausser Kraft gesetzt. Wer ihre Anwendung einfordert, ist ein Unmensch.

Arme sind unverfrorener

Nicht jeder Arme, der seine Rechte einfordert und seine Pflichten vergisst, ist an seiner Situation schuld. Wer nicht zu alt, zu jung, körperlich oder mental behindert ist, müsste Eigeninitiative entwickeln, wird aber durch untaugliche Hilfe in seinem relativen Elend gefangen gehalten. Allerdings sind Arme nicht bessere Menschen, nur weil sie arm sind. Im Gegenteil: Sie sind unverfrorener, kälter im Missbrauch, erfinderischer im Betrug als nichtarme Menschen. Das sei verständlich, wird dagegen eingewendet, die Umstände machten sie so, sie müssten Überlebensstrategien entwickeln, durch ihre soziale Ausgrenzung kämen sie gar nicht in Kontakt mit so merkwürdigen Begriffen wie Anstand, Vertrauen, Zuverlässigkeit, Rechte, Pflichten, Verantwortung, Zukunftsplanung. Stattdessen entwickeln sie eine Kultur der Armut, die aus eingeübter Hilflosigkeit, fehlender Eigeninitiative und Verweigerung der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besteht, dazu einer Ablehnung jeglicher Verpflichtungen, aber dem Bestehen auf Rechten. So sind sie Täter und Opfer zugleich, während sie die modernen Sozialstaaten jeglicher Möglichkeit berauben, jemand zu sein, Erfüllung und Selbstverwirklichung zu finden, sich als nützliches Mitglied einer Gemeinschaft zu empfinden, ihr kleines oder grosses Glück zu realisie-



Gutes Zureden nützt nichts.

ren. Nach mehr als fünfzig Jahren modernem Sozialstaat tritt bereits die erste Generation, die nach dem erfolglosen Absitzen der obligatorischen Schulzeit niemals im ganzen Leben einer wertschöpfenden Tätigkeit nachgegangen ist, ins Alter ein. Und mit diesen Eltern als Vorbild wächst die nächste Generation heran.

Dabei sind die Ursachen für Armutsgefährdung klar untersucht und analysiert worden, allerdings in den USA, wo nicht nur keine staatlich alimentierte Armutsverwaltungsindustrie existiert, sondern mit dem Thema viel unverkrampfter als in Europa umgegangen wird. Der liberale Think-Tank Brookings Institution kommt zu klaren und nicht weiter erstaunlichen Ergebnissen. Einfach durch eine interessante Fragestellung: Wovon hängt es ab, ob jemand in den USA in Armut lebt oder nicht? Ein Highschool-Abschluss, eine Vollzeitarbeitsstelle und kein Kind vor dem 21. Geburtstag bei vorheriger Heirat: Wer diese drei Kriterien erfüllt, bei dem beträgt die Wahrscheinlichkeit, unter die Armutsgrenze zu geraten, nur 2 Prozent. Hingegen hat er sehr gute Aussichten (72 Prozent), mindestens in die

Mittelklasse aufzusteigen (definiert durch ein Haushaltseinkommen von über 65 000 Dollar im Jahr). Nicht überraschend ist es genau andersherum bei Menschen, die diese drei Kriterien nicht erfüllen. Bei ihnen liegt die Wahrscheinlichkeit eines Fallens unter die Armutsgrenze bei 77 Prozent, während es nur 4 Prozent schaffen, in die Mittelschicht zu gelangen.

Die Zeitbombe tickt

Es ist frappant: Ein nicht einmal allzu hohes Bildungsniveau, vollzeitlicher Einstieg in die Arbeitswelt und keine Reproduktion im jugendlichen Alter (mit grosser Aussicht auf Alleinerziehung – in den USA werden 72 Prozent aller schwarzen und 53 Prozent aller Kinder von Hispanics unehelich geboren), das genügt bereits, um die Chancen gewaltig zu vermindern, in Armut zu geraten. Da auch eine vermeintlich reiche Gesellschaft nur begrenzte Ressourcen hat, ist deren richtige Allokation entscheidend. Eine Rückführung von Armutsbekämpfung auf das Notwendige, die Unterstützung von in Not geratenen Menschen, die selbst nicht in der Lage sind, ihr Überleben zu sichern, wäre dringend geboten. Da aber Empfänger von Hilfsleistungen in jeder Form auch Wähler sind und inzwischen bis zur Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen, ist diese Forderung utopisch.

Dabei tickt die Zeitbombe. Rechnet man die Staatsverschuldung richtig, also inklusive impliziter Schulden, dann beträgt sie in Europa im Durchschnitt 340 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Implizite Schulden umfassen alle zukünftigen Sozialversprechen, also in erster Linie Renten und Pflegeleistungen. Dieser Schuldenberg ist unbezahlbar, kann nur durch eine Inflation oder einen kräftigen Schuldenchnitt abgetragen werden. Leidtragende werden nicht nur die relativ Armen sein, sondern wir alle. Plus die nächsten Generationen, auf deren Kosten wir uns diese fatale Armutsbekämpfung, diesen metastasierenden Sozialstaat leisten. Man kann mit geschlossenen Augen ins Unglück rennen – oder man kann sie öffnen.

René Zeyer: Armut ist Diebstahl. Warum die Armen uns ruinieren. Campus. 216 S., Fr. 25.90

Damit werden Sie viel Lob einsacken.

THE SHOE PEOPLE



249 CHF



NAVYBOOT
S W I T Z E R L A N D

Sparen lohnt sich nicht

Die Kosten für Ergänzungsleistungen explodieren. Kein Wunder, denn AHV- und IV-Rentner, die möglichst wenig arbeiten und sich alle Vergnügen leisten, sind finanziell im Vorteil. Die Warnungen vor einem Milliardendebakel wurden sträflich lange überhört. *Von Alex Reichmuth*



Sorgenfrei durchs Leben.

Die Freiheitsstatue besuchen, den Taj Mahal besichtigen oder an der Copacabana schlendern. Solche Reiseträume können sich auch Leute erfüllen, die eigentlich das Geld dafür nicht haben. Am Ende des Arbeitslebens bezieht man sein Pensionskassenkapital in bar und bezahlt damit die Weltreise. Nachher fehlt zwar die Rente aus der Berufsvorsorge. Aber der Steuerzahler ersetzt sie – durch Ergänzungsleistungen (EL). Man muss, um die Welt zu sehen, nicht einmal bis 65 warten. Je nach Einkommen kann man bis zu zwei Jahre früher in Pension gehen, ohne später auf etwas verzichten zu müssen. Ergänzungsleistungen sei Dank.

Solche Grosszügigkeit hat Folgen. Letzte Woche warnten die Finanzdirektoren der Ostschweizer Kantone vor einer Zeitbombe bei den Ergänzungsleistungen. 2012 zahlten Bund und Kantone insgesamt 4,4 Milliarden

Franken Ergänzungsleistungen an Alters- und Invalidenrentner aus. Das ist fast so viel wie für die Armee und das Doppelte des Betrags von 1999. Allein in den letzten vier Jahren stiegen die Ergänzungsleistungen um fast eine Milliarde Franken. Es gibt immer mehr EL-Bezüger. Mittlerweile zählt jeder achte AHV-Rentner und bald jeder zweite IV-Rentner zu denen, die direkt vom Steuerzahler unterstützt werden. «Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf», warnte Andreas Dummermuth, Vizepräsident der Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen, mit Blick auf solche Zahlen.

Die Kosten explodieren nicht nur, weil es immer mehr alte Leute gibt und darum auch mehr Rentner, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Auch die schwindende Scham, solche Leistungen zu beantragen, wenn ein Anspruch darauf besteht, kann das

Finanzdebakel nicht erklären. Schuld ist vielmehr eine ganze Reihe von falschen Anreizen. Kurz gesagt, begünstigt das System der Ergänzungsleistungen diejenigen, die möglichst wenig arbeiten, kein Geld für eine spätere Pflegebedürftigkeit sparen, Vermögen verjubeln und sich allerlei Luxus gönnen. Im April 2011 stellten die Kantone in einem Bericht zu den Ergänzungsleistungen fest, es sei «nicht selten, dass (mehr) zu arbeiten für den EL-Bezüger und seine Familie weniger zu verdienen bedeutet». Schon 2009 war die St. Galler Ökonomeprofessorin Monika Bütler in einer Analyse für die liberale Denkfabrik Avenir Suisse zum Schluss gekommen, dass IV-Rentner ihr Einkommen im Vergleich zu jenem vor der Invalidität zum Teil verdoppeln können – dank Ergänzungsleistungen. Jeder Schweizer müsse sich fragen, «warum er nicht sein ganzes Leben lang Maserati fahren und sein ganzes Geld ausgeben soll, statt für die letzten Jahre im Altersheim zu sparen», stellte damals CVP-Nationalrat Reto Wehrli fest.

Vorsorgekapital im Casino verspielt

Beispiele, dass sich Sparsamkeit nicht lohnt, gibt es genug: Herr Y. liess sich mit 63 Jahren über eine Million von seiner Pensionskasse ausbezahlen. Einige Jahre später waren davon noch 18 000 Franken übrig. Y. machte riskante Börsengeschäfte für den Verlust geltend. Heute bekommt er Ergänzungsleistungen. Herr A. bezog im Alter von sechzig eine halbe Million von der beruflichen Vorsorge. Zwei Jahre später besass er noch 161 Franken. Einen grossen Teil des Geldes hatte er im Casino verspielt. Die zuständige Ausgleichskasse verweigerte A. ursprünglich zwar Ergänzungsleistungen. Doch das Verwaltungsgericht verpflichtete sie, zu prüfen, ob A. «krank» war, als er ins Casino ging. Wird eine Spielsucht bestätigt, müssen wohl die Steuerzahler die Rente von A. ersetzen. Auch wer Vorsorgekapital in überteuertes Wohneigentum oder brotlose berufliche Selbständigkeit investiert, muss sich wenig fürchten vor späteren Einkommenslücken. Denn es gibt ja Ergänzungsleistungen.

Wer Ergänzungsleistungen bezieht, kann oft sorgenfrei durchs Leben gehen – ganz im Gegensatz zu denjenigen, die sich selber um ein Einkommen bemühen. Denn per Gesetz werden Ergänzungsleistungen «bedarfsorientiert» ausgerichtet. Miete, Krankenkassenprämien, Zahnarztrechnungen, Radio- und Fern-

sehgebühren – alles wird abgegolten. Die Zahlungspflicht reicht bis hin zu Luxusbehandlungen. Der erwähnte Bericht der Kantone stellte jedenfalls fest, dass «Streitfragen bezüglich rein ästhetischer Zahnbehandlungen [...] keine Seltenheit» seien. Auch für dubiose Diätikuren wird offenbar immer wieder die hohle Hand gemacht.

Verkehrte Verhältnisse im Altersheim

Unter Bewohnern von Alters- und Pflegeheimen führen Ergänzungsleistungen regelmässig zu verkehrten Verhältnissen. «Der Lebensstandard von EL-Bezügern ist manchmal höher als derjenige von Bewohnern, die den Heimaufenthalt selber bezahlen», sagt ein Gesundheitsökonom, der lange Jahre Alterszentren führte. Heimbewohner würden oft rundum betreut, obwohl diese viele Aufgaben selber erledigen möchten – wie etwa die eigene Wäsche zusammenlegen. Aber wegen Ergänzungsleistungen bestehe im Heimbereich wenig Anreiz, auf das Geld zu achten, so der Ökonom. Ein Gemeinderat aus dem Kanton Schwyz berichtet, dass im kommunalen Pflegeheim eine Bewohnerin in ein höherklassiertes Zimmer verlegt worden sei, sobald klar war, dass sie Ergänzungsleistungen bekommt. Martin Mezger, ehemaliger Direktor von Pro Senectute Schweiz, bestreitet zwar, dass Heimverantwortliche verschwenderisch mit Geld

umgingen. Der «Blick auf die Kosten» sei aber «nicht überall die grosse Stärke», sagt er.

Die Ergänzungsleistungen wurden 1966 eingeführt, um AHV- und IV-Rentnern die Existenz zu sichern. Doch immer mehr dienen sie dazu, breite Bevölkerungskreise durchzufüttern. Die Probleme und die falschen Anreize wären eigentlich längst erkannt. «Geht die Entwicklung so weiter, liegen die Ausgaben in zehn Jahren bei fünf Milliarden», warnte die *Sonntagszeitung* schon 2004. Neun Jahre später ist klar, dass es sich nicht um Panikmache handelte. Doch die Linke stemmte sich schon damals gegen Veränderungen. «Das würde die Schwächsten treffen», wehrte sich etwa die damalige SP-Nationalrätin Christine Goll gegen Reformen.

Da auch bürgerliche Politiker das absehbare Finanzdebakel nicht wahrhaben wollten, passierte nichts. Die erwähnte Analyse von Avenir Suisse blieb folgenlos. 2009 verlangte Reto Wehrli im Nationalrat eine Analyse zu den Ergänzungsleistungen. Doch das Parlament lavierte nur. «Im Moment sind so viele Sozialversicherungen eine Baustelle», wehrte SP-Nationalrätin Silvia Schenker ab, «da sollte man nicht auch noch an den Ergänzungsleistungen herumschrauben.» Zwei Jahre später schrieb der Nationalrat Wehrli's Vorstoss ab – ohne Beschluss. Erst im Sommer vor einem Jahr bewegte sich das Parlament endlich, hiess ein Postulat

der Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel gut und verlangte vom Bundesrat eine Auslegeordnung zu den Ergänzungsleistungen. Diese ist für Ende 2013 angekündigt.

«Etwas für die Ärmsten tun»

Dass tatsächlich die Notbremse gezogen wird, bleibt zu bezweifeln. Von der Ratslinken kommt dafür sicher keine Unterstützung. Sie will die Ergänzungsleistungen sogar ausweiten und neu auch Familien mit knappem Einkommen unterstützen. «Irgendwann müssen wir auch etwas für die Ärmsten tun», begründete SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr ihr entsprechendes Engagement. Ökonomen warnen zwar vor Zuständen wie in Deutschland, wo grosse Bevölkerungsteile kaum mehr einen Grund sehen, zu arbeiten. Kinder von deutschen Hartz-IV-Empfängern wissen oft gar nicht mehr, was es heisst, sich den Lebensunterhalt selber zu verdienen. Solche Bedenken wischt die Umverteilungslobby aber zur Seite. Auf das Risiko angesprochen, dass Ergänzungsleistungen den Arbeitsanreiz für Eltern vernichten, gab sich Walter Schmid in einem Interview betont locker. «Diese Befürchtung ist völlig unbegründet», meint der Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe Skos. Das Finanzdebakel bei den heute bestehenden Ergänzungsleistungen straft ihn Lügen. ○



Im Durchschnitt sind Mitarbeitende jedes Jahr 6,8 Tage gesundheitsbedingt abwesend.

Kein Unternehmen ist durchschnittlich. Deshalb bieten wir Ihnen massgeschneiderte Versicherungslösungen, die Sie vor den finanziellen Folgen krankheits- oder unfallbedingter Abwesenheiten schützen.

Lassen Sie sich von uns beraten:
per Telefon 058 277 18 00 oder
auf www.css.ch/unternehmen.
Ganz persönlich.



Strassburgs seltsames Folter-Urteil

Weil sich ein Afrikaner von der Genfer Polizei unmenschlich behandelt fühlte, ist die Schweiz vom Strassburger Menschenrechtsgerichtshof erstmals wegen eines Verstosses gegen das Folterverbot verurteilt worden. Statt auf Beweise stützt sich das Urteil auf Vorurteile gegenüber der Polizei. *Von Lucien Scherrer*



«Das Problem ist die behauptete Gewalt, nicht die reale.»

Auch Musterschüler kassieren irgendwann einen Rüffel. So auch die Schweiz: Am 24. September ist sie vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg erstmals wegen eines Verstosses gegen das Folterverbot verurteilt worden. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass zwei Genfer Polizisten im Jahr 2005 einen Afrikaner brutal misshandelt hatten.

Obwohl das Urteil ein Paukenschlag ist – seit ihrem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention 1974 hatte die Schweiz eine reine (Folter-)Weste –, ist es in der Presse kaum diskutiert worden. Nur die NZZ stellte fest, dass sich die «hiesigen Kritiker der EGMR-Rechtsprechung einmal mehr bestätigt sehen dürften», allerdings ohne auf konkrete Gründe einzugehen. Tatsächlich ist das Urteil nicht geeignet, das Vertrauen in die Strassburger Rechtsprechung zu stärken.

Doch der Reihe nach. Am 2. Mai 2005, einem lauen Frühlingstag, hat sich Kalifa Dembele, ein 29-jähriger Hotelangestellter aus Burkina Faso, in Genf mit einem Freund verabredet. Treffpunkt ist das Artamis-Areal, ein besetztes Fabrikgelände, auf dem sich neben Hausbesetzern und Künstlern auch viele Drogenhändler tummeln. Dembele schlendert mit einem Rucksack über das Gelände und raucht eine Zigarette. Was dann geschieht, ist umstritten, wie aus Dokumenten des EGMR und des Bundesgerichts hervorgeht.

Laut Dembele kommen zwei Polizisten auf ihn zu und fordern ihn unwirsch auf, seinen Ausweis zu zeigen. Obwohl er tut wie geheissen, befehlen ihm die Beamten, sich auf den Boden zu legen. Als er sich weigert, traktieren ihn die Polizisten mit Schlagstöcken und Fussritten. Einer wirft ihn zu Boden, würgt ihn und brüllt: «Dreckiger Neger, wir werden dich

umbringen!» Als Dembele seinen Widersacher in den Arm beisst, schlagen die Polizisten mit voller Wucht auf ihn ein, so dass ein Schlagstock in die Brüche geht. Dann schleppen sie ihn in den Polizeiwagen, beschimpfen ihn und schlagen seinen Kopf gegen die Scheibe. Erst auf der Wache hören sie auf.

Die Version der Polizisten geht dagegen so: Sie wollen Dembele kontrollieren, weil sie ihn als Drogenhändler verdächtigen. Doch er weigert sich, seinen Ausweis zu zeigen. Einer packt ihn am Arm, um ihn zum Polizeiwagen zu bringen. Dembele wehrt sich, es kommt zu einem Handgemenge, man schlägt ihm mit dem Schlagstock auf die Schenkel, um ihn zu destabilisieren, er fällt zu Boden, beisst einen Beamten in den Arm. Schliesslich gelingt es, ihn zu bändigen und auf die Wache zu bringen. Drogen findet man keine.

Wer die Wahrheit sagt, wissen bis heute nur die drei Beteiligten. Sicher ist: Dembeles Schlüsselbein ist nach dem Vorfall gebrochen (wegen des Sturzes, sagt die Polizei; wegen der «extrem brutalen» Schläge, sagt Dembele) genauso wie ein Schlagstock (wegen eines Materialfehlers, sagt die Polizei; wegen der Schläge, sagt Dembele). Trotz dieser Widersprüche halten es die Genfer Behörden für unnötig, den Vorfall genauer untersuchen zu lassen – und weisen alle Klagen gegen die Polizei ab.

Keine Spuren von brutalen Schlägen

Erst als Dembele 2008 erfolgreich beim Bundesgericht interveniert, lässt der Untersuchungsrichter weitere Zeugen befragen: Mitarbeiter des Universitätsspitals, die Dembele nach der Auseinandersetzung untersuchten, seine Verlobte sowie den Freund, den er auf dem Artamis-Areal treffen wollte. Dabei stellt sich heraus, dass Dembele nach dem Vorfall einzig über Schmerzen im Schulterbereich geklagt hatte, gegenüber allen Zeugen. Und er hatte ihnen auch nichts von rassistischen Schmähungen oder brutalen Schlägen erzählt. Auch die Ärzte hatten keinerlei Hinweise auf eine Prügelorgie gefunden, weder blaue Flecken noch Wunden oder Prellungen.

So kommen Untersuchungsrichter und Anklagekammer zum Schluss, dass Dembele einzig durch einen Sturz auf den Boden, nicht aber durch gezielte Schläge verletzt worden war. Eine Untersuchung des Schlagstocks, wie sie der Afrikaner verlangt hatte, erachteten sie deshalb als unnötig. Dieser Meinung ist auch das Bundesgericht, das eine erneute Klage im

September 2011 abweist. Der Einsatz der Polizei, so das Fazit, sei verhältnismässig gewesen.

Doch Dembeles Genfer Anwalt Pierre Bayenet, ein Aktivist der Linksaussen-Partei Solidarités und eifriger Kämpfer gegen «Repression» und «Polizeigewalt», zieht den Fall vor den EGMR. Und siehe da: Sechs von sieben Richtern kommen in ihrem Urteil zum Schluss, dass die Polizisten mit «unverhältnismässiger Härte» vorgehen, dass die Untersuchung des Vorfalls «ungenügend» war und obendrein zu lange dauerte.

Gemäss Strassburger Rechtsprechung müssen Fälle von Folter oder erniedrigender Behandlung gravierend sein und «jenseits aller vernünftigen Zweifel» bewiesen werden. Allerdings, so relativiert der EGMR, kann der Beweis auch durch «Indizien», durch ein stimmiges «Gesamtbild», erbracht werden. Ein Zusatz, der den Richtern viel Raum für Interpretationen bietet. Der Gebrauch von Schlagstöcken, so argumentieren sie, sei in jedem Fall «ungerechtfertigt» gewesen, da der Verdächtige keine Waffe getragen habe. Selbst sein Widerstand sei zwar «hartnäckig» gewesen (Stichwort: Beissattacke), insgesamt jedoch «gänzlich passiv». Da nicht klar sei, woher die Schulterverletzung stamme, wäre es von «kapitaler Wichtigkeit» gewesen, den zerbrochenen Schlagstock untersuchen zu lassen.

Angesichts der Beweislage ein seltsames Urteil, das selbst der Schweizer EGMR-Richterin Helen Keller zu weit ging – einer Völkerrechtlerin, die bislang eher mit grosszügigen Auslegungen der Menschenrechte aufgefallen ist (etwa im Fall des nigerianischen Drogenhändlers Kinsley U., der dank eines EGMR-Urteils in der Schweiz bleiben darf). Keller sprach sich als einzige Richterin gegen eine Verurteilung der Schweiz aus. Die Zeugenaussagen, so Keller, deuteten kaum auf eine «unmenschliche Behandlung» Dembeles hin. Wenn der Mann tatsächlich mit voller Wucht geschlagen worden wäre, hätte er «ohne Zweifel» weitere Blessuren davongetragen. Dembeles Gegenwehr sei zudem alles andere als «passiv» gewesen, und auf einem Areal wie Artamis hätten

die Polizisten damit rechnen müssen, dass er bewaffnet sei. Ihre Reaktion sei daher angemessen gewesen.

Tatsächlich hatten die Polizisten bei ihrem Einsatz auf dem Artamis-Areal allen Grund, mit bewaffneter Gegenwehr zu rechnen. So klagten selbst die Besetzer des Geländes im März 2005 gegenüber der Zeitung *Le Courrier* über «wachsende Unsicherheit» und gewalttätige Dealer. Das Problem war derart gravierend, dass die «antirepressiv» und «antiautoritär» gesinnten Besetzer laut über einen eigenen Sicherheitsdienst nachdachten.

Doch von derartigen Einwänden mochten sich die Strassburger Richter ihr «Gesamtbild» offensichtlich nicht trüben lassen. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass sie sich mangels zwingender Beweise von zweifelhaften Expertisen und Vorurteilen leiten liessen.

Schweiz «beunruhigt» Richter

Die Richter zitieren nämlich ausführlich zwei Berichte über die Menschenrechtslage in der Schweiz. Der erste stammt von der Europarats-Kommission «gegen Intoleranz und Rassismus», die 2009 bei einem Besuch in der Schweiz eine latente Fremdenfeindlichkeit ortete. So stellten die Autoren fest, dass Asylsuchende aus Afrika häufig des Drogenhandels verdächtigt würden, obwohl diese Theorie «schwer zu belegen» sei: «Nach Meinung von Organisationen der Zivilgesellschaft [gemeint sind Menschenrechtsgruppen, die Red.] beruht sie hauptsächlich auf Vorurteilen, auch innerhalb der Polizei.» Eine gewagte Behauptung: 2009 stammten laut offiziellen Berichten über 50 Prozent aller verhafteten Drogenhändler in der Schweiz allein aus Nigeria.

Genauso durchtränkt von subjektiven, ungeprüften Aussagen ist die zweite Quelle des EGMR, ein Bericht des Anti-Folter-Komitees des Europarats aus dem Jahr 2011. Über die Situation in Genf heisst es da: «Eine beunruhigende Zahl von Verhafteten, die von der Delegation angehört wurden, haben sich über körperliche Misshandlungen von Kantonspolizisten beschwert.» Zwar halten die EGMR-

Richter fest, dass die beiden Berichte «keinerlei Beweise» für Dembeles Geschichte seien (alles andere wäre juristisch auch absurd gewesen). Aber sie betonen auch, dass sie diese «mit Beunruhigung» gelesen hätten.

«Unterschwellig tönen die Richter an, dass es in Genf ein generelles Problem mit Polizeigewalt gibt», sagt ein mit dem Fall vertrauter Mitarbeiter des Bundesamts für Justiz, «das könnte das Urteil beeinflusst haben.» Sprich, selbst wenn Dembeles Geschichte Anlass zu Zweifeln gibt – glaubhaft war sie für die Richter in diesem «beunruhigenden» Kontext halt doch. Das Bild einer latent rassistischen und gewalttätigen Genfer Polizei wird von linken Kreisen seit Jahren geschürt – unter anderem von Dembeles Anwalt Pierre Bayenet, der seit 2005 eine Anlaufstelle für potenzielle Polizeioffer (und Klienten) mitbetreibt.

Stellt sich die Frage, wie gravierend das Problem tatsächlich ist. «Das Problem ist die behauptete Gewalt, nicht die reale», sagt Alain Berger, der Anwalt der beiden Polizisten, die Dembele angeblich verprügelt haben, «die Polizei mit Klagen einzudecken, ist in Genf zu einem Volkssport geworden.» Nach Auskunft der Genfer Justizdirektion werden jedes Jahr «mehrere hundert Beschwerden» – genauere Zahlen hat man nicht – gegen die Polizei eingereicht. Davon würden jeweils etwa fünf zu Bussen oder Verurteilungen führen. «Gravierende Fälle gab es jedoch keine», sagt Amtssprecher Henri Della Casa. Das hört sich nicht danach an, als wären brutale Übergriffe an der Tagesordnung, zumal die Polizei von linken Anwälten genauestens beobachtet wird.

Kalifa Dembeles Geschichte wird damit nicht glaubwürdiger, doch das kann ihm gleichgültig sein. Der EGMR hat ihm eine Entschädigung von über 25 000 Euro zugesprochen, auf Staatskosten. Gegenüber der Zeitung *Le Temps* erklärte er, dass es ohne den Strassburger Entscheid schwer für ihn wäre, die «Ungerechtigkeit» zu ertragen, die ihm widerfahren sei. Die Schweiz dagegen sollte sich fragen, wie lange sie die Urteile der Strassburger Richter noch ertragen will. ○

DIE NEUEN JAHRGÄNGE UNSERER TOP WEINE:

- Turriga - Argiolas 2008
CHF 50.75
- Solaia - Antinori 2010
CHF 194.40
- Galatrona - Fattoria Petrola 2010
CHF 64.80
- Luce - Frescobaldi 2010
CHF 81.00
- Opus One - Mondavi Robert / Rothschild 2010
CHF 237.60
- Almaviva - Concha y Toro & Baron Philippe de Rothschild 2011
CHF 102.60
- Pino di Biserno - Tenuta di Biserno, L&P Antinori 2010
CHF 37.80


Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten.
Franko Melano, Transport nicht im Preis enthalten.

DER NEUE JAHRGANG VON AALTO IST DA!

SONDERANGEBOT



2011 AALTO AALTO CHF 38.90	2011 PS AALTO CHF 86.40
Ab 12 Fl. 35.65 CHF Ab 36 Fl. 34.55 CHF Ab 60 Fl. 33.50 CHF Ab 120 Fl. 32.40 CHF	Ab 12 Fl. 81.00 CHF Ab 36 Fl. 78.85 CHF Ab 60 Fl. 77.75 CHF Ab 120 Fl. 75.60 CHF



ARVI
THE SWISS BANK OF
FINE AND RARE WINES

ARVI SA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
WWW.ARVI.CH

Politische Wissenschaft

Wie stark erwärmt sich die Erde? Die Forscher des Uno-Klimarates konnten sich in ihrem Bericht kaum noch auf eine wissenschaftliche Wahrheit einigen. Aber ihr Chef, der Berner Professor Thomas Stocker, setzte sich durch – nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als Politiker. *Von Markus Schär*

Um 10.06 Uhr setzt sich der wichtigste Redner gemütlich auf das Podium der weltweit übertragenen Medienkonferenz, die schon seit 10 Uhr laufen sollte. Er lächelt für den Pulk der Fotografen vor ihm und tuschelt mit seinem wie immer diabolisch dreinschauenden Chef Rajendra Pachauri, den die Kollegen offiziell als «Pachy» ansprechen. Dann, um 10.09 Uhr, bittet der Moderator alle auf ihre Plätze und stellt mit der gewohnten Präzision seines Gremiums fest: «Das waren ein paar lange Nächte – wir freuen uns, dass wir zur Zeit beginnen können.»

Freitagmorgen im kalten Stockholm, sie haben es noch einmal geschafft. Vier Tage und Nächte lang rangen die Wissenschaftler des Uno-Klimarates (IPCC) mit den Vertretern von 110 Regierungen um ihren Bericht, der die globale Politik prägen soll. Auf gut 2000 Seiten mit über einer Million Wörtern legen 832 Autoren und Redaktoren die Ergebnisse von 9200 Studien dar – und was das Fazit sein soll, bleibt unklar. Bei der 36-seitigen Zusammenfassung für die Politiker kämpften die Wissenschaftler und die Beamten um jede Zeile, und sie einigten sich bis fünf Uhr am Freitagmorgen darauf, sich um die umstrittensten Fragen zu drücken. Aber immerhin legen sie nochmals einen Konsens vor, der die Welt alarmieren soll. Zu verdanken ist dies dem Chef der Arbeitsgruppe, der sich als Wissenschaftler wie als Politiker bewährt: Thomas Stocker, Professor für Klima- und Umweltphysik in Bern.

Höhepunkt einer brillanten Karriere

Als der Hauptreferent nach den Floskeln von Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon per Videoeinspielung und nach den Kommentaren seiner Kollegen an die Reihe kommt, entschuldigt er sich zuerst bei den «Ladies and Gentlemen», die er mit breitem Zürcher Akzent anspricht: «Wir haben die letzten 52 Stunden fast pausenlos gearbeitet und nur 6 Stunden geschlafen – meine Stimme ist also wohl etwas langsam.» Thomas Stocker sagt es später nochmals, als er eine Frage nicht versteht oder nicht verstehen will. Dabei lässt er sich die durchkämpften Nächte gar nicht anmerken, sondern blüht in seiner Rolle auf: Unter den Augen der Welt, die sich an diesem Morgen auf Stockholm richten, wie es Ban Ki Moon ausdrückte, stellt er die Zusammenfassung des Klimaberichtes für die Politiker vor. Und er warnt damit vor «der grössten Herausforderung unserer Zeit».



«Grösste Herausforderung unserer Zeit»: Forscher Stocker.

Es ist der Höhepunkt einer brillanten Wissenschaftlerkarriere. 1959 geboren und in Zürich aufgewachsen, entschied sich Thomas Stocker für das Physikstudium an der ETH. Sein Mentor an der Versuchsanstalt für Wasserbau, Hydrologie und Glaziologie, Professor Kolumban Hutter, wollte die Bewegungen in Gewässern wie dem Luganersee verstehen. Der Musterschüler untersuchte deshalb in seiner Diplomarbeit und seiner Dissertation die topografischen Wellen in rechteckigen Bassins und wurde für beide Arbeiten preisgekrönt. Und er erforschte in Montreal und an der Columbia University in New York die Strömungen in den Ozeanen der Welt.

Schon ab 1991 veröffentlichte er Arbeiten in den renommiertesten Zeitschriften wie *Nature*. «Bis vor kurzer Zeit herrschte die Meinung vor, dass die Ozeane als Komponente des Klimasystems nur eine passive Rolle spielen, einfach als Reservoir für Wärme und Wasser», schrieb er 1992. «In den letzten Jahren richtete sich aber die Aufmerksamkeit neu darauf, wie die Variabilität der Zirkulation in den Ozeanen den Klimawandel beeinflusst.» Das hiess in Laiensprache: Natürliche Prozesse, wie der veränderliche Wärmeaustausch zwischen Ozeanen und Atmosphäre, können Änderungen des Klimas erklären.

1993 bekam Thomas Stocker einen Ruf an die Uni Bern, wo er den Lehrstuhl eines der Väter der Umweltphysik übernehmen sollte: Hans Oeschger hatte entdeckt, wie sich dank den Lufteinschlüssen in Eisbohrkernen das Klima über Hunderttausende von Jahren zurück untersuchen liess, und hatte für den ersten IPCC-Bericht von 1990 ein Kapitel geschrieben. Sein Nachfolger musste als 34-Jähriger ein eingespieltes Team mit 28 Mitarbeitern führen. So leitete er auch die Expedition in die Antarktis, die zwar mit der Erforschung von 800 000 Jahren Klimageschichte im ewigen Eis einen Weltrekord aufstellte, aber das falsche Ergebnis erzielte: Die Analyse ergab, dass der Anstieg des CO₂-Anteils eine Folge der Erwärmung und nicht deren Ursache war.

«Der Erwartungsdruck war damals hoch», gestand Stocker später. «Die ersten vier Jahre habe ich gelitten.» Denn Hans Oeschger, der 1998 starb, verstand sich als Retter der Welt, wie sein Nachfolger im Nachruf von *Nature* andeutete: ««Am schlimmsten für mich wäre es», pflegte er zu sagen, «wenn es in den nächsten fünf bis zehn Jahren einen starken Klimawandel gäbe und wir Wissenschaftler nicht den Mut hätten, frühzeitig vor diesen gefährlichen Entwicklungen zu warnen.»»

«Gesellschaftliche Verantwortung»

Noch zu Oeschgers Lebzeiten trat Thomas Stocker in dessen Fussstapfen. Ab 1996 arbeitete er für den Uno-Klimarat, gleich als verantwortlicher Hauptautor beim Bericht von 2001 und danach auch bei jenem von 2007. Er brach-

te beim IPCC, das sich angeblich auf die erfahrensten Experten aus aller Welt stützt, auch mehrere Schützlinge unter; so schrieb der heutige ETH-Professor und IPCC-Kapitelverantwortliche Reto Knutti schon am Bericht von 2001 mit, als 28-Jähriger, ein Jahr vor dem Doktorat. Stocker führte 2001 bis 2013 das Nationale Forschungsprogramm «Klima», bei dem sich 130 Forscher an acht Instituten beteiligten. Und er gründete 2007 in Bern das Oeschger Centre for Climate Change Research, ein virtuelles Forschungsinstitut, in dem sich auch Historiker, Soziologen oder Ökonomen der Universität vernetzen. «Wir investieren in den Ausbau der Klimaforschung», sagte Rektor Urs Würgler bei der Einweihung, «weil wir als Universität bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.»

Die Krönung folgte 2008, nachdem das IPCC im Vorjahr zusammen mit dem Ex-US-Vizepräsidenten Al Gore den Friedensnobelpreis erhalten hatte. Erstmals kam es beim Klimarat zur Kampfwahl, wer neben dem Chinesen Dahe Qin für die reichen Länder den Vorsitz der Arbeitsgruppe I übernehmen sollte, die das Wissen zu den physikalischen Grundlagen des Klimawandels sichtet. Der Schweizer setzte sich in der direktdemokratischen Ausmarchung durch, auch weil Bundesrat Moritz Leuenberger angeboten hatte, die IPCC-Zen-

Er bezeichnete sich, im Gegensatz zu vielen Kollegen, nie persönlich als Nobelpreisträger.

trale in Bern mit jährlich 1,8 Millionen Franken zu unterstützen.

Thomas Stocker kann seither als wichtigster Klimaforscher der Welt gelten, zumindest als einer der strengsten und gescheitesten. Er bezeichnete sich, im Gegensatz zu vielen Kollegen, nie persönlich als Nobelpreisträger. Und er bestand, anders als manche Mitstreiter, auch immer darauf, nur über robuste wissenschaftliche Ergebnisse zu berichten und die Politik zu beraten, aber keine Politik zu befehlen. Das war jedenfalls stets die offizielle Rhetorik. Wenn der berühmte Berner Professor sich im Schweizer Fernsehen zu Klimakonferenzen äusserte, für die Zeitschrift *Schweizer Familie* «ins Königreich der Pinguine» reiste oder im halbamtlichen Magazin *Volkswirtschaft* strengere Massnahmen forderte, lautete die Sprachregelung, er sei «als Bürger Verfechter einer aktiven Klimapolitik».

Daneben betrieb er selbstverständlich Wissenschaftspolitik, auch als er 2012 im Magazin *Science* unter dem dramatischen Titel «The Closing Door of Climate Targets» warnte, die Zeit für das Vermeiden der Klimakatastrophe laufe aus. Die Klimaforschung muss ihre geopolitische Bedeutung behalten, in der Welt und vor allem auch in der Schweiz. Das Nationale

Forschungsprogramm endete dieses Jahr; Hunderte von Nachwuchswissenschaftlern finden keine Arbeit, wenn es keine Bedrohungen durch den Klimawandel mehr gibt.

Botschaften in einfachen Aussagen

In Stockholm bewährt sich Thomas Stocker jedenfalls als Politiker. Er fordert, dass der Klimarat seine Botschaften in ganz einfachen Aussagen herüberbringt: «Die Menschen beeinflussen das Klima», das kann das IPCC jetzt mit 95 statt nur mit 90 Prozent Gewissheit sagen. (Auch jeder Skeptiker würde dem zustimmen, denn CO₂ wirkt eindeutig als Treibhausgas, umstritten ist nur, wie stark. Bei der Klimasensitivität – um wie viel die Temperatur bei einer Verdoppelung des CO₂-Anteils steigt – herrscht aber solche Ungewissheit, dass das IPCC nicht einmal mehr den wahrscheinlichsten Wert angibt.) Und er setzt durch, dass in der Zusammenfassung der Satz nicht mehr steht, die Klimamodelle könnten «die beobachtete Reduktion im Erwärmungstrend der letzten zehn bis fünfzehn Jahre» – populär «Klimapause» genannt – nicht reproduzieren. (Die zusätzliche Wärme, welche die Wissenschaftler errechnen, aber nicht beobachten, verschwindet gemäss der offiziellen Erklärung in den Tiefen der Ozeane – bisher nicht nachweisbar. Die Klimaforschung, welche die natürlichen Variabilitäten herunterspielt, betrachtet die Meere also einfach wieder als «Reservoir für Wärme und Wasser», wie es Stocker vor zwanzig Jahren kritisierte.)

Bei der Medienkonferenz fragt ein Journalist der britischen *Mail on Sunday* den Hauptreferenten, wie lange die Klimapause noch dauern dürfe, bis die Forscher das Versagen ihrer Modelle eingestehen würden. Stocker, ganz der gewiefte Politiker, überhört die Kritik und behauptet das Gegenteil: «Die Modelle zeigen eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit den längerfristigen Trends.» Als der Journalist *with all respect* darauf hinweist, dass seine Frage unbeantwortet bleibt, schiebt der Klimapapst unwillig nach, eine Jahreszahl lasse sich nicht angeben und die Klimatrends liessen sich nur über dreissig Jahre beurteilen. (Ende der achtziger Jahre genügten noch knapp zehn Jahre Erwärmung, nach der Angst vor einer neuen Eiszeit, um vor der drohenden Klimakatastrophe zu warnen.)

Als schliesslich der Journalist des *Economist* die naheliegende Frage zu stellen wagt, wie die IPCC-Wissenschaftler bei ihren Aussagen auf 95 Prozent Gewissheit kämen, wenn doch die Erwärmung aufgrund des CO₂ und das Verschwinden der Wärme in den Ozeanen ungewiss blieben, putzt ihn der Vorsitzende nur noch herunter, mit eingeschlafenem Gesicht, wie er später gesteht: Die Medien brächten einiges durcheinander, weil sie die Botschaften nicht verstanden hätten. Dann schaut Thomas Stocker auf die Uhr: 11.48 Uhr, seine Zeit ist um. ○

Was Sie über AKW wissen sollten

Als Physiker und Vize-Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Agentur IAEA widmete Bruno Pellaud sein Leben der Kernenergie. Jetzt hat der Walliser sein Wissen in ein Buch verpackt, das auch für den Laien interessant und verständlich ist. Ein paar grundlegende Erkenntnisse. *Von Alex Baur*



Vierzig Prozent des Stroms stammen aus Kernkraftwerken: Atom-Gegner in Gösigen, 2010.

Volksabstimmungen — 1980 stimmten 58,1 Prozent der Schweden für einen begrenzten Ausbau der Kernenergie. Das Parlament beschloss trotzdem einen Atomausstieg bis zum Jahr 2010, der nie umgesetzt wurde. In Schweden stammen, wie in der Schweiz, rund 40 Prozent des Stroms aus AKW. In der Schweiz wurden mehrere Ausstiegsbegehren vom Volk abgelehnt, letztmals 2003 die Initiative «Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke» (33,7 Prozent Ja gegen 66,3 Prozent Nein). Trotzdem beschloss der Bundesrat 2011 ebendiese «Energiewende».

Endlager — 19 Länder betreiben heute Endlager für schwach- bis mittelgradig radioaktive Abfälle, die zu einem Viertel aus Medizin, Forschung und Industrie stammen. In Finnland befindet sich ein Tiefenlager für hochaktive Abfälle, wie es auch die Schweiz plant, im Bau; in Schweden, wo sich mehrere Gemeinden als Standort bewarben, ist ein Lager in Planung.

Abfall — Pro Milliarde Kilowattstunden Strom produziert ein Kernkraftwerk 5 Kubikmeter strahlenden Abfall; bei Solarpanels fallen bei der gleichen Strommenge 50 Kubikmeter giftiger Sondermüll an, bei Gaskraftwerken 500 000 Tonnen CO₂. Anders als die Betreiber von Solar- und Windanlagen finanzieren die AKW ihren

Rückbau und die Entsorgung seit 1984 selber durch Vorauszahlung in einen Fonds.

Gau — Wegen der Havarie in Fukushima ist kein Mensch gestorben oder lebensgefährlich verstrahlt worden. Beim Gau von Tschernobyl starben gemäss einer Langzeitstudie der Uno 37 Feuerwehrleute. 5000 Kinder erlitten Schilddrüsentumore, die in zehn Fällen zum Tod führten. Eine Zunahme von Krebs oder Missgeburten nach dem Gau von Tschernobyl lässt sich statistisch nicht nachweisen.

Kernschmelze — 1969 kam es in einem unterirdischen Atomreaktor im waadtländischen Lucens zu einer Kernschmelze. Der Gau fand kaum Beachtung, obwohl ihn die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) als einen der zehn schwersten nuklearen Zwischenfälle aller Zeiten einstuft. Heute werden die gesäuberten Kavernen von Lucens als Lagerräume genutzt.

Uran — Gemäss IAEA reichen die heute genutzten Uranreserven trotz steigendem Verbrauch noch für mindestens hundert Jahre. Eine Knappheit ist auch dannzumal nicht zu befürchten, die Gewinnung von Uran würde bloss aufwendiger. So enthält etwa jeder Kubikmeter Meerwasser 3,3 Milligramm Uran, die sich theoretisch extrahieren lassen. Die

Rhone transportiert täglich 35 Kilo Uran in den Genfersee. Im Wallis gibt es grössere Uranvorkommen, es wurden Probebohrungen gemacht und Lizenzen verkauft. Zurzeit ist der Uranabbau in der Schweiz einfach zu teuer.

Strompreis — Der Strom aus Schweizer AKW kostet 4 bis 6 Rappen pro Kilowattstunde (kWh); seit dem Verzicht auf Kaiseraugst bezieht die Schweiz Atomstrom aus Frankreich für 4,5 Rappen pro kWh. Wind- und Solarstrom kosten 20 bis 35 Rappen pro kWh.

Versicherung — AKW sind nur begrenzt versichert. Weil das Risiko extrem gering ist und alle vom Strom profitieren, wird es von der Allgemeinheit getragen. Staumauern, deren Zerstörungspotenzial mindestens so gross ist, sind noch weniger versichert. Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) scheiterte 1999 mit dem Versuch, die Versicherungsdeckung der Wasserkraft jener der Kernenergie anzugleichen.

Strahlenschutz — Die Internationale Strahlenschutzkommission (ICRP) wurde 1928 gegründet und gehört zu den ältesten transnationalen Organisationen. 1955 kam die Uno-Unterorganisation UNSCEAR dazu, welche Grenzwerte empfiehlt. In den Wohngebieten um Fukushima und Tschernobyl wurde eine maximale Strahlendosis von 20 Millisievert pro Jahr (mSv/a) festgelegt. Zum Vergleich: In Kerala (Indien) bestrahlt die natürliche Strahlung bis zu 53 mSv/a und in Ramsar (Iran) bis zu 150 mSv/a. In keinem dieser Gebiete wurde eine erhöhte Krebsrate festgestellt.

Zukunftstechnologie — Seit den 1960er Jahren wird an Kernreaktoren geforscht, bei denen eine Kernschmelze nicht mehr möglich ist, die keine lange strahlenden Abfälle produzieren und die Abfälle aus den heutigen AKW sogar wiederverwerten können. Heute sind vor allem die Chinesen, welche nach dem deutschen Atomausstieg die Rechte an bereits entwickelten Technologien aufgekauft haben, in diesem Bereich federführend. Geforscht wird auch im Bereich der Kernfusion, bei der überhaupt keine strahlenden Abfälle mehr anfallen. Bruno Pellaud warnt allerdings davor, auf irgendwelche Technologien zu setzen, die sich in der Praxis noch nicht bewährt haben.

Bruno Pellaud: Kernenergie Schweiz – Fakten, Hintergründe, Verwirrungen und Politik. Orell Füssli. 239 S., Fr. 29.90

Stadtwohnung für CVP-Millionärin

Die Stadt Zürich überlässt CVP-Nationalrätin Kathy Riklin ein Appartement an bester Lage zum Sparpreis. Dabei besitzt die Politikerin und Vermögensmillionärin mehrere Wohnungen am noblen Zürichberg. Von Christoph Landolt

Eine Viertelstunde vor dem Termin war die Schlange vor dem Haus an der Schipfe 41 schon 80 Personen lang. Zwei Stunden später hatten 250 Leute die Zweizimmerwohnung besichtigt, die von der Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich im Februar ausgeschrieben worden war. Der im *Tages-Anzeiger* anschaulich beschriebene Andrang erstaunt nicht: Wer würde nicht gerne eine Altstadtwohnung direkt an der Limmat und fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof entfernt mieten – und das zum Spottpreis von 1342 Franken, inklusive Nebenkosten?

Eine der Glücklichen, die das Privileg einer günstigen Stadtwohnungen an der idyllischen Schipfe geniesst, ist Kathy Riklin. Die sechzigjährige Zürcher CVP-Nationalrätin lebt gleich nebenan, im denkmalgeschützten Haus «Zum Steinböckli» (Baujahr 1726) an der Schipfe 45, in einer Dreizimmerwohnung. Ob sie dafür auch Schlange stehen musste, ist nicht bekannt. Der Direktor der Liegenschaftenverwaltung teilte im Januar (*Weltwoche* Nr. 4/13) mit, es lasse sich «im Nachhinein nicht mehr nachvollziehen», ob die Wohnung ausgeschrieben worden sei.

Sicher ist nur, dass die Wohnung weit unter Wert vermietet wird. Das Finanzdepartement beziffert den Mietzins der «grösseren Wohnung mit denkmalpflegerisch wertvollen Räumen» bei Riklins Einzug im Jahr 2001 auf 2650 Franken. Zum Vergleich: Gemäss Immobilienmonitoring der Beratungsfirma Wüest & Partner kosten die zehn Prozent der attraktivsten Dreizimmerwohnungen in dieser Gegend 3970 Franken oder mehr. Die Stadt beschenkt somit faktisch die prominente Politikerin Monat für Monat mit einer vierstelligen Summe. «Meine Miete ist nicht günstig, zudem zahle ich einen rechten Betrag an Steuern an die Stadt», sagt Riklin auf Anfrage.

Staatliche Wohnungen zu Tiefpreisen sind politisch gewollt – sie gelten in Zürich als Gegengift für angeblich zu hohe Marktmieten und soziale Entmischung. Vor zwei Jahren legten die Stadtzürcher mit einem Ja-Anteil von 75 Prozent fest, dass bis 2050 ein Drittel aller Wohnungen Genossenschaften oder der Stadt gehören und zu einem künstlich tiefen Preis (sogenannte Kostenmiete) vermietet werden müssen. Riklins CVP war ebenfalls dafür. Im Abstimmungskampf war viel die Rede von Familien und vom Mittelstand. Dass vom gemeinnützigen Wohnungsbau auch eine allein-stehende Berufspolitikerin (steuerbares Ein-

kommen gemäss eigenen Angaben 130 000 Franken plus steuerfreie Pauschalspesen) profitiert, das haben sich die Stimmbürger wohl nicht vorgestellt.

Nach Vermögen wird nie gefragt

Eine gemeinnützige Wohnung hat Kathy Riklin nicht nötig, im Gegenteil. Recherchen der *Weltwoche* zeigen, dass die CVP-Politikerin Miteigentümerin eines Mehrfamilienhauses mit acht Wohnungen am noblen Zürichberg ist. Das Haus liegt an verkehrsberuhigter Lage, umgeben von Stadtvillen, vis-à-vis hat es ein kleines Wäldchen. Bis zum See oder an den Bahnhof Stadelhofen ist es ein zehninütiger Spaziergang. Hier lebt es sich fast so schön und zentral wie an der Schipfe 45.

Die CVP-Politikerin möchte darauf nicht angesprochen werden: «Das Haus gehört nicht mir.» Erst, nachdem sie mit den Grundbuchauszügen konfrontiert worden ist, in denen sie zusammen mit zwei Brüdern als Eigentümerin geführt ist, nimmt sie Stellung und schiebt sofort nach, sie sei «nicht Nutzniesserin».

Tatsächlich hat Riklins betagte Mutter das Haus am 22. Dezember 2011 an ihre Kinder überschrieben. Mit der Schenkung verbunden war ein Nutzniessungsrecht, das der Mutter bis zum Lebensende die Kosten für den Unterhalt, aber auch die Mieteinnahmen überlässt.

Wie das Amtsnotariat bestätigt, ist das Grundstück 694 Quadratmeter gross. Gemäss dem Statistischen Amt der Stadt Zürich wurden vergleichbare Parzellen in diesem Quartier in den letzten fünf Jahren im Schnitt für 8900 Franken pro Quadratmeter gehandelt – das Gebäude hätte demnach einen Wert von 6,2 Millionen Franken. Kathy Riklin ist also Vermögensmillionärin.

Die städtische Vermietungsverordnung hält fest, dass «Miete und Einkommen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen» müssen. Vorschriften zum Vermögen gibt es nicht. Wie der Fall Riklin zeigt, ist es deshalb möglich, dass auch eine vermögende Person von einer günstigen Stadtwohnung profitieren kann – zumindest, wenn sie beim Einzug ein genug tiefes Einkommen angeben kann.

Der *Weltwoche* ist ein weiterer Fall eines Millionärs in einer gemeinnützigen Wohnung bekannt. Doch die Stadt kontrolliert das nicht. Nach Vermögen wird nie gefragt, nach dem Einkommen nur bei der Vermietung. Finanzchef Daniel Leupi (Grüne) teilt mit, eine «gewisse Entwicklung der Einkommen» werde akzeptiert. Doch Leupi hält sich eine Hintertür offen: «Sollte die Liegenschaftenverwaltung im Einzelfall von einem krassen Missverhältnis Kenntnis erhalten, würde sie mit der Mieterschaft Kontakt aufnehmen.» ○



«Nicht Nutzniesserin»: Mieterin Riklin (CVP).



Toplage: Riklin-Immobilie am Zürichberg.



Schön und zentral: Schipfe 45.



Vermeidet die Konfrontation: deutsche Kanzlerin Merkel.

Mutti Merkel ist das Vorbild

Frauen sind in der Öffentlichkeit zurückhaltend bis zahm. Statt dagegenzuhalten, machen sie sich klein, selbst nach Jahrzehnten erfolgreicher Emanzipation. Was hat es mit dem weiblichen Hang zu Konformismus und Harmonie auf sich? *Von Philipp Gut und Beatrice Schlag*

Zu den erstaunlichsten Unterschieden zwischen Frau und Mann gehört, bis heute, das Auftreten in der Öffentlichkeit. Gemeint sind nicht Lippenglanz, Rock, Krawatte. Die Rede ist von einem unterschiedlichen Verhaltensmuster in Sitzungen, Verhandlungen, professionellen Debatten – also dort, wo es darauf ankommt, wo um Lösungen und Resultate gerungen wird. Frauen, so erlebt man es täglich und auch nach Jahrzehnten überaus erfolgreicher Emanzipation, meiden direkte Auseinandersetzungen und offene Feldschlachten. Sie scheuen Konflikte, neigen zur Anpassung, gehen in Deckung, sobald jemand Widerspruch äussert oder auch nur Gegenfragen stellt.

In ihrem Bestseller «Lean In» schreibt Sheryl Sandberg – als Finanzchefin von Facebook und bereits zuvor als Google-Vizepräsidentin zu einer der reichsten Wirtschaftsfrauen der

Welt aufgestiegen – wie oft Frauen in Geschäftssitzungen sich kleinmachten. Durch Bescheidenheit oder sehr physisch, indem sie möglichst wenig Raum einnahmen. Während die meisten Männer im Streit um die besten Argumente aufblühen, einen oder zwei Gänge zulegen und sich mit sportlicher Motivation ins Getümmel werfen, ziehen sich Frauen ins Schneckenhaus zurück. Auf inhaltliche Differenzen reagieren sie pikiert, sachliche Kritik nehmen sie persönlich.

Die alltäglichen Erfahrungen verdichten sich: So etwas wie intellektueller Wettbewerbsgeist bleibt vielen Frauen fremd. Statt sich ins Zeug zu legen und die eigenen Argumente mit sachlicher Leidenschaft einzubringen, treten sie als erstaunlich konformistische, sich geschmeidig anpassende Wesen in Erscheinung.

Es fängt schon in Kinderstube und Schulzimmer an: Mädchen sind regelkonformer,

braver, zurückhaltender. Sie hauen seltener über die Stränge, halten sich an Abmachungen und Gesetze.

Frauen fahren anständig, beachten die Vorschriften, landen viel seltener im Gefängnis. Sie exponieren sich weniger als Männer. Es ist, als seien sie immer schon durch einen Windkanal geschlüpft.

Eine Frau hackt der andern kein Auge aus

Die weibliche Scheu vor Konflikten – hier ist eine erste Differenzierung angebracht – zeigt sich allerdings nicht nur in gemischten Gremien oder Testosteron-übersteuerten Männern gegenüber. Es fällt auf: Kaum eine Frau kritisiert eine andere Frau öffentlich. Im Geheimen mögen sie Gift und Galle speien gegen die Kollegin, die Konkurrentin, die Rivalin – coram publico üben sie die unverbrüchliche Geschlechtssolidarität. Als folgten sie einem

ungeschriebenen Gesetz, wonach jedes Ausschlagen, jede Abweichung vom weiblichen Stromlinien-Code mit Verstossung und Verbannung bestraft würde.

Eine Frau hackt der andern kein Auge aus. Zumindest nicht, wenn andere dabei zuschauen.

Vornehm-resigniertes Schweigen

Oft ist die weibliche Konfrontationsfurcht beklagt worden, auch von feministischer Seite. Die deutsche Frauenrechtlerin und Publizistin Bascha Mika hat kürzlich in einem viel-diskutierten Buch die «Feigheit der Frauen» ge-geisselt und ihnen vorgeworfen, in selbstver-schuldeter Unmündigkeit zu verharren. So ist bekannt, dass Frauen etwa in Lohnver-handlungen rascher einlenken als Männer – zu ihrem eigenen Nachteil. Egal, ob um tagesaktuelle Entscheide oder langfristige Firmenstrategien gerungen wird: Frauen fallen kaum durch Hartnäckigkeit und überschäu-mende Disputierfreude auf. Die direkte, manch-mal vielleicht sogar laute Konfrontation ist ih-nen unangenehm. So unangenehm, dass sie oft lieber von ihrem Standpunkt abrücken oder sich in vornehm-resigniertes Schweigen hüllen, als eine fassbare eigene Position zu verteidigen.

Wo sind die Frauen, die in den Ring steigen und notfalls auch den Nahkampf suchen? Wo sind, zum Beispiel, die politischen Journalis-tinnen, die Missstände und Verantwortliche beim Namen nennen, ungeschminkt, furcht-los, unbekümmert um die öffentliche Mei-nung? Es passt ins Bild, dass man auch in der Literaturgeschichte der Polemik, des publi-kumswirksamen, tödlich treffenden Worts, weibliche Autoren so gut wie vergeblich sucht. Ein Heinrich Heine, ein Ludwig Börne, ein Karl Kraus oder allenfalls so etwas wie der eben verstorbene Kritikerpapst Marcel Reich-Ranicki in Frauengestalt? Undenkbar. Lieber schreiben Frauen über weiche Themen, Gesell-schaftliches, Randnotizen. Es zieht sie dort-hin, wo es nicht weh tut.

Frauen sind nicht nur politisch korrekter, sie sind insgesamt das nach aussen korrektere, den Konventionen gehorchende, gleichsam normierte Geschlecht.

«Viel Feind, viel Ehr»

Interessanterweise gibt es kaum berühmte weibliche Unternehmensgründer. Steve Jobs, Bill Gates, die Google-Erfinder, grosse Indus-trielle – Frauen sind die Ausnahme, vielleicht auch deshalb, weil nur wenige Frauen das Risiko, den Konkurrenzkampf, den Einsatz aller ihrer Kräfte im Wettbewerb wagen.

Es klappt da auch im 21. Jahrhundert ein Geschlechtergraben: Verwundert schauen Frauen zu, wie sich (ihre) Männer exponieren, Hass auf sich ziehen, polarisieren, Feinde schaffen. «Viel Feind, viel Ehr»: Das ist eine durch und durch männliche Devise, die eine Frau nicht versteht, auf jeden Fall nicht prak-

tiziert. Zum Vorschein kommen grundlegen-de Verhaltensunterschiede. Während sich Männer Auszeichnung und Bestätigung auch dadurch holen, dass sie Ablehnung provozie-ren, blasen Frauen unter dem bösen Blick der andern zum taktischen Rückzug.

Vielleicht stecken uralte Prägungen dahinter: Männer (Männchen) wollen auffallen, um den Frauen (Weibchen) zu gefallen. Eine Schramme im Gesicht kann einen Mann durchaus attraktiv machen, eine Frau würde sie verunstalten. Von Frauen wird erwartet, dass sie stets und in jeder Situation gut aussehen – und wer kämpft, sieht unter Umstän-den gar nicht gut aus.

Konformisten bleiben in der Öffentlichkeit unsichtbar. Frauen wenden dieses Verfahren erfolgreich an. Moralische Kategorien wie die der «Feigheit» (Bascha Mika) greifen deshalb zu kurz. Konformismus ist eine Art Mimikry, die für die Klugheit der Frau spricht: Weil sie weiss, dass sie im direkten Schlagabtausch wenig Chancen hat, zieht sie sich zurück. Sie macht sich unsichtbar. Ihre Waffen sind andere; sie erreicht ihre Ziele aus der Deckung heraus, nicht in der Arena.

Weiblicher Konformismus? Natürlich!

Fragt man Frauen, warum sie so selten das Be-dürfnis haben, sich öffentlich aus dem Fenster zu lehnen, hart Stellung zu beziehen und mehr Streit zu wagen, schauen einen die meis-ten ungläubig an. «Weil wir dabei nur verlie-ren können», ist die häufigste, wahrscheinlich ehrliche Antwort. Wer sind denn die Ersten, die genüsslich über Stutenbissigkeit oder Zi-ckenkrieg spotten, wenn sich zwei Frauen un-eins sind? Welcher Mann schwärmt von einer Politikerin, die Gegnern mit harten Argumen-



Bescheidenheit: Facebook-Managerin Sandberg.

ten über den Mund fährt? Wer würde Roger Schawinskis aggressive Interviewtechnik prei-sen, wenn der Radiomann eine Frau wäre?

Angela Merkel ist das Paradebeispiel der konformistischen Frau. Die bisher mächtigste Politikerin des 21. Jahrhunderts wurde jahre-lang von Politikern ihrer und anderer Parteien «Mutti» genannt. Erst war es eine spöttische Bezeichnung der kinderlosen Politikerin mit dem biedereren Auftreten. Seit ihrem klaren Wahlsieg vom 22. September klingt es anders. «Mutti hat sie alle kaltgemacht», sagen heute nicht nur ihre Anhänger. Die Frau mit dem ausgeprägten Sinn für Macht wird auch nach acht Jahren im Kanzleramt nicht laut und gibt sich betont nicht arrogant. Sie hat keine Mühe, anderen Politikern die Show zu überlassen.

Über ihre Art, Verhandlungen zu führen, sagte sie 1991 in einem Interview: «Manche Leute blähen sich innerlich richtig auf und versuchen, sich gegenseitig zu übertönen.» Es gehe dann nur noch darum, wer dem anderen die Luft abdrücken könne. «Das ist nicht meine Methode», sagte Merkel. Heute sagt sie so etwas in Gesprächen nur selten. Man hört kaum noch einen halbwegs privaten Satz von ihr, so bedeckt hält sie sich. Der letzte Wahl-kampf wurde von vielen als der langweiligste in der deutschen Nachkriegsgeschichte kriti-siert. Über Worthülsen hinaus gab die Kanzle-rin wenig von sich. Aber sie blieb sympathisch.

Merkel kann kämpfen, aber bezeichnend ist die Art, wie sie ihre härtesten politischen Rivalen abserviert. Die Kanzlerin vermeidet die Konfrontation. Sie bleibt ruhig, wartet ab – und lässt ihre meist eiteln Widersacher diskret ins Messer laufen. Selten hat eine Poli-tikerin durch einen so augenfälligen Verzicht auf territoriale Auseinandersetzungen grösse-ren Raumgewinn erzielt.

Selbst wer ihre politischen Ansichten nicht teilt, mag sie irgendwie. Merkels Lieblings-satz bei Auftritten während des letzten Wahl-kampfs lautete: «Sie kennen mich ja.» Zwar ist das Gegenteil wahr. Aber die konformisti-sche Taktik war deutlich effizienter, als es ein polemischer Schlagabtausch gewesen wäre. Niemand wollte sehen, wie Angela Merkel keifend recht bekommen würde. Sie liess Steinbrück, den viel aggressiver und leiden-schaftlicher wirkenden Gegenkandidaten, seelenruhig ins Off marschieren, indem sie sein Drängen einfach ignorierte. Bei zwei männlichen Kandidaten hätte die Verweige-rung nicht funktioniert, weil dort ein intel-lektueller Sieger ermittelt werden muss. Merkel wusste, dass politische Argumente in Zuschauerköpfen viel weniger lang haften als emotionale Eindrücke. Genauso wusste sie, dass Frauen in aggressiven Gesprächen nicht blitzgescheit wirken, selbst wenn sie es sind, sondern eifernd und unweiblich. Sie setzte auf ihre mütterlich gelassene Ausstrahlung. Mit glänzendem Resultat. >>>



«Der Mann ist das Oberhaupt, aber die Frau ist der Hals. Und sie kann seinen Kopf drehen, wohin sie will.»

Ein krasser Gegenpol zu diesem weiblichen Kommunikationsstil der vordergründigen Harmonie und eine Ausnahme unter Politikerinnen war natürlich die kürzlich verstorbene Margaret Thatcher, die ihre Gegner furchtlos zur Schnecke machte. Sie wurde von konservativen Zeitgenossen erst zur Ikone verklärt, als sie keine Macht mehr hatte. Zum Rücktritt veranlasst wurde die «Eiserne Lady», von der Frankreichs damaliger Präsident François Mitterrand sagte, sie habe die Augen von Caligula und den Mund von Marilyn Monroe, durch ihre eigenen Parteigefährten. Nicht nur, weil ihnen Thatchers Politik immer volksferner schien. Sondern weil die Premierministerin sie ungerührt öffentlich heruntergeputzt hatte als inkompetent und wetterwendig.

Fragt man die, die sie heute verehren, ob die politische Aggressivität Margaret Thatcher attraktiv gemacht habe, sagen sie, darum sei es nie gegangen. Und ob es nicht darum geht! Thatcher war die einzige politische Frauenfigur der letzten Jahrzehnte, die sich nie bemühte, ihre Überzeugungen, ihre bisweilen arroganten Äusserungen und ihren immer herrischer werdenden Führungsstil zu ändern, nur weil sie deswegen angegriffen wurde. Um Kritik scherte sie sich nicht. Anders gesagt: Sie wollte ausser von ihrer Familie von

niemandem geliebt oder auch nur gemocht werden. So unabhängig von Zuneigung sind Frauen fast nie. So selbstbewusst auch nicht. Thatcher war in diesem Sinn männlicher als die meisten Männer in ihrem Kabinett.

Thatcher wollte ausser von ihrer Familie von niemandem geliebt oder auch nur gemocht werden.

Alice Schwarzer bewegte sich irgendwo zwischen Merkel und Thatcher. Wer die heute 70-Jährige entspannt in Talkshows sitzen sieht und ihren schlagfertigen Witz genießt, vergisst, wie ungeniert-niederträchtig Männer wie der *Spiegel*-Gründer Rudolf Augstein («Meinungs- und Geschmacksdiktatur», «Klageweiber») oder der *Stern*-Chef Henri Nannen («freudlose Grauröcke», «emanzipierte Klageweiber mit Zwangsfixierung aufs Objektsein») auf sie und ihre Mitstreiterinnen eindroschen, als diese es wagten, 1978 die politische Illustrierte *Stern* wegen «frauenfeindlicher Titelbilder» einzuklagen. Schwarzers Image bei Nichtfeministinnen wandelte sich erst, als sie ausgiebiger in TV-Unterhaltungssendungen auftrat und mit einem Humor punktete, den man in ihren Texten ver-

geblich suchte. Wie tief die Diffamierungen der Anfangszeit Deutschlands bekannteste Feministin getroffen hatten, war nur in privaten Gesprächen mit ihr zu erfahren.

Warum sollen sich Frauen auf ein Terrain vorwagen, für das die meisten schlechter gerüstet sind als Männer und auf dem sie massiven Liebesentzug riskieren? Frauen lernen früh, dass zur Schau gestellte Dominanz sie unbeliebt macht. Weibliche Streitlust imponiert selten. Meist nervt sie, vor allem Männer. Es gibt keine männliche Tradition, Frauen gespannt zuzuhören, wenn es nicht um Privates geht. Genauso wenig sind Frauen gewohnt, gelassen und unpolemisch das Wort zu ergreifen und zu wissen, dass man ihnen zuhört.

Der grosse Unterschied

In der Praxis tragen Männer erheblich dazu bei, die Geschlechterverhältnisse genau so zu belassen. Es gibt Studien, die tatsächlich belegen, dass Frauen in Sitzungen häufiger unterbrochen werden als Männer, selbst wenn sie im Betrieb höhere Positionen innehaben. Doch nicht nur dies: Auch die Aufmerksamkeit für männliche Voten soll deutlich höher sein als für weibliche. Kann es sein, dass Männern das völlig entgeht?

Die Neuropsychiaterin Louann Brizendine erklärte in ihren 2006 und 2010 erschienenen Büchern über das weibliche und das männliche Gehirn, warum Hormone Frauen und Männer schon im Mutterbauch zu unterschiedlichen Wesen machten. Acht Wochen nach der Befruchtung setzt beim männlichen Embryo die Testosteronversorgung ein. Sie unterscheidet den Mann ein Leben lang von der Frau. In den ersten drei Monaten nach der Geburt wächst das Geschick eines weiblichen Säuglings, Augenkontakt mit Menschen herzustellen, um 400 Prozent, das eines männlichen um 0 Prozent. Laut Brizendine eine der Hauptursachen, weswegen sich Frauen und Männer gründlich missverstehen. Denn Mädchen beziehen ihr Selbstbewusstsein in viel stärkerem Mass aus den Reaktionen der Umwelt als Buben.

Niemand bringt kleinen Buben bei, jeden Löffel, jeden Bauklotz, jede Plastikschaufel als Waffe zu verwenden, um damit auf andere Buben loszugehen. Niemand hat sie trainiert, die Zurufe der Mutter souverän zu überhören. Kleine Mädchen lässt ein ärgerlicher Mutterblick sofort innehalten.

65 Prozent ihrer Zeit, so haben Verhaltensstudien ergeben, verbringen Buben damit, sich mit andern Buben zu messen. Sie kämpfen und rammeln im Sandkasten, während Mädchen mit Puppen Familie spielen. Zu gewinnen, sagt Brizendine, sei für Buben entscheidend, denn von Sieg und Niederlage hänge ihr Status innerhalb der Bubengruppe ab, lange bevor sie sich für Mädchen zu interessieren beginnen. Der intellektuelle und nicht so intellektuelle Sportsgeist, mit dem junge Männer vertraut sind, schliesst keine Frauen ein.

Der Zweck der weiblichen Einfühlungsgabe sei seit Millionen Jahren derselbe, so Brizendine: Beziehungen herstellen und gesellschaftliche Harmonie bewahren. Dank ihrer verfeinerten Aufmerksamkeit erahnten Frauen nicht nur die Bedürfnisse eines Säuglings. Sie konnten auch vorwegnehmen, was ein grösserer und aggressiverer Höhlenbewohner im Sinn hatte. Konflikte zu vermeiden, war lebenswichtig und ist es nach Brizendine bis heute geblieben. Was nicht bedeutet, dass Mädchen ohne Aggressionen sind. Aber ihre Aggressionen sind darauf gerichtet, sich ihren Mittelpunkt in einer Beziehungswelt zu sichern, nicht darauf, ihre Beziehungen unter Umständen aufs Spiel zu setzen. Indem sie das Risiko dosieren, sichern sie das Überleben.

Brizendines Bestseller wurde von vielen Seiten angegriffen. Das menschliche Gehirn, sagten Kritiker, verändere sich konstant, je nach Gegebenheit, Hormone hin oder her. Die weltberühmte Soziobiologin Sarah Blaffer-Hrdy, wohlwollende, aber auch harsche Kritikerin der Brizendine-Bestseller, sagte auf die Frage, ob es Frauen nicht einfach am Willen zur Karriere fehle: «Eine Freundin von mir scherzte einmal, dass man Frauen für Vorlesungen einfach besser bezahlen sollte als Männer: Für Männer ist es einfach Selbstdarstellung, für Frauen dagegen richtig Arbeit.» Was sie nicht sagte: Viele Frauen langweilen sich bisweilen

zu Tode, wenn Männer sich in Debatten gegenseitig in den Boden reden. Männer sehen darin einen Sport, Frauen einen eitlen Hahnenkampf von Selbstdarstellern.

Wer haut dann auf den Putz?

Dass sich Frauen ducken und anpassen, weil sie offene Auseinandersetzungen scheuen, gilt für den öffentlichen Raum – im privaten ist es ganz anders. Der Satz aus dem Film «My

Viele Frauen langweilen sich zu Tode, wenn Männer sich gegenseitig in den Boden reden.

Big Fat Greek Wedding» ist Frauen – Männern vielleicht auch – unvergesslich: «Der Mann ist das Oberhaupt, aber die Frau ist der Hals. Und sie kann seinen Kopf drehen, wohin sie will.» Frauen lachten laut, viele Männer bejahten mit ergebenem, nicht unfrohem Lächeln. Zu Hause ist die Frau der unbestrittene Chef. Männer mögen es, wenn die Frau daheim den Tarif durchgibt. Sie sind stolz auf ihre klugen Frauen. Bis zu einem gewissen Punkt. Der Punkt ist das Beziehungsgespräch.

Wo, fragen Frauen, ist der streitbare, sich unkonformistisch fühlende Mann, wenn das Eheleben so eintönig wird wie eine ungesal-

zene Kartoffel? Wenn er keine Zeit für die Kinder hat, weil dauernd das Geschäft ruft? Wenn er überhaupt nie Zeit hat für irgendetwas ausser seiner Arbeit und sie so teilnahmslos ansieht, als gehöre sie zum häuslichen Inventar? Wenn er sich daheim abends wortlos vor den Fernseher setzt, kaum hat er den Kittel ausgezogen? Wer haut dann auf den Putz? Die Kritik ist mehr als blosser Nörgelei. Indem die Frau den Mann kritisiert, zivilisiert sie ihn. Umgekehrt gilt: Weil der Mann die Frau begehrt, lässt er sich von ihr zivilisieren.

So zögerlich Frauen sich öffentlich exponieren, so unerschrocken machen sie Lärm, wenn in ihren Augen Zusammenleben und Kinder von den Männern vernachlässigt werden. Es sind meist keine erfreulichen Auseinandersetzungen. Sie anzufangen, braucht Mut, was die meisten Männer nicht haben. Aber kluge Männer wissen, dass sie dann gut daran tun, mit ihrer Frau zu reden, wenn sie ihnen lieb ist. Denn irgendwann haben Frauen genug davon, vergeblich um Aufmerksamkeit zu bitten. Die Rate gescheiterter Ehen liegt bei über fünfzig Prozent, die grosse Mehrheit von Scheidungen wird von Frauen eingereicht. Mit andern Worten: Der häusliche Konformismus der Männer, der Mangel an Lust, sich ohne Publikum und ohne Applaus mit jemandem zu messen, hat zwar leise, aber katastrophale Folgen. ○



ROGER G E G E N RÖGER

ON
TOUR

ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM METROPOL, FRAUMÜNSTERSTRASSE 12 IN ZÜRICH
14. OKTOBER 2013 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17:00 UHR
EINTRITT NUR MIT ANMELDUNG UNTER [TICKETS@RADIO1.CH](mailto:tickets@radio1.ch) (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

METROPOL
RESTAURANT · CAFE/BAR · VERANSTALTUNGEN

Die Karrieren der Juso-Funktionäre

Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer unterstellt den Urhebern der «1:12»-Initiative, die Arbeitswelt nicht zu kennen. Arbeitsscheu sind die Jungsozialisten nicht. Wirtschaftserfahrung haben sie aber fast keine. Von Christoph Landolt

«So etwas erfinden nur Leute, die sich nie in einem Arbeitsumfeld bewegt haben.» Diesen Satz sagte Heinz Karrer, Noch-CEO des Stromriesen Axpo und neuer Economiesuisse-Präsident, in einem Interview mit der *NZZ am Sonntag*. Die Empörung kam wie aus der Pistole geschossen: «Nichts aus der Abzocker-Pleite gelernt!», schimpfte der *Blick* und erinnerte an die «Abzocker»-Initiative, als der Wirtschaftsverband «allzu arrogant» aufgetreten sei. «Überhebliche Wortwahl», tadelte das *St. Galler Tagblatt*. «Das ist Stammtischniveau», wetterte CVP-Präsident Christophe Darbellay.

Heinz Karrer krebst zurück. «Leider ist meine Aussage in sehr verkürzter und zugespitzter Form wiedergegeben worden», sagt der Economiesuisse-Präsident auf Anfrage. Er habe «weder gesagt noch gemeint, die Initianten hätten nie gearbeitet».

War Karrers Aussage eine Entgleisung in der Hitze des Abstimmungsgefechts? Oder hatte der Energiemanager einfach Recht? Die *Weltwoche* hat die Lebensläufe der Deutschschweizer Mitglieder des «1:12»-Initiativkomitees unter die Lupe genommen. Die Bilanz ist eindeutig: Arbeitsscheu sind sie nicht. Fast alle Mütter und Väter der Initiative sind in irgendeiner Form erwerbstätig. Man kann aber nicht behaupten, dass sie in der Wirtschaft, die sie regulieren wollen, nennenswerte Erfahrungen gesammelt hätten. Dem Wettbewerb, der in den Unternehmen herrscht, die für den Wohlstand der Schweiz verantwortlich sind, waren sie nur vereinzelt einmal ausgesetzt.

Viele gewichtige Juso-Kader sind bereits seit jungen Jahren Profi-Funktionäre, wie zum Beispiel Marco Kistler, der als Erfinder der «1:12»-Initiative gilt. Der 28-Jährige hat einmal ein Soziologie-Studium aufgenommen. Er ist bezahltes Mitglied der Gemeindeexekutive von Glarus-Nord und arbeitet zu 50 Prozent für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Zuvor war er Jugendarbeiter und Angestellter des linken Hilfswerks Solidar Suisse. Die Solidar-Stelle teilte er sich mit seinem Freund Cédric Wermuth, 27. Der bekannteste Juso-Exponent ist seit 2011 Profi-Nationalrat, bis 2015 will er sein Politologiestudium beenden.

Während Wermuth praktisch ausschliesslich linke Arbeitgeber hatte (Juso, SP-Regierungsrat Urs Hofmann), finanzierte seine Berner Ratskollegin Nadine Masshardt, 28, ihr Geschichtsstudium als Platzanweiserin im Theater oder als Serviceaushilfe. Zuletzt war sie bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung tätig. Nie war

Masshardt in einem Parteibüro oder einer Gewerkschaft, womit sie bei den Juso eine Exotin ist. Ihre Berner Genossin Tanja Walliser, 27, hat eine eindruckliche Funktionärskarriere hinter sich. Nach dem Geschichtsstudium war sie zwei Jahre lang Juso-Zentralsekretärin. Seit 2011 ist sie bei der Gewerkschaft Unia, zuerst im Berner Oberland, dann als Leiterin des Tertiär-Sektors der Sektion Zürich-Schaffhausen.

«Bei McDonald's»

Eine ganze Reihe weiterer Juso-Kader arbeitet bei der Gewerkschaft: Die St. Galler Jus-Studentin Monika Simmler, 23, ist bei der Beamten-gewerkschaft VPOD. Zuvor war sie beim VCS. David Gallusser, 28, ist nach Engagements bei den Juso und der SP Schweiz in den Gewerkschaftsbund gewechselt. Karrers Aussage will der Politologe nicht gelten lassen. «Ich habe seit meinem 16. Lebensjahr gearbeitet, unter anderem im Callcenter und bei McDonald's.»

Patrick Angele aus Dübendorf ZH hat mit 26 Jahren bereits drei Jahre als Unia-Sekretär hinter sich. Vorher war er fünf Jahre lang politischer Sekretär der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Immerhin: Angele weiss, was körperliche Arbeit bedeutet. Er ist gelernter medizinischer Masseur. Einen Beruf gelernt hat auch Andrea Arezina, Jahrgang 1984. Die gebürtige Serbin hat bei Sunrise eine KV-Lehre

gemacht und beim Reisekonzern TUI gearbeitet. Inzwischen studiert sie Psychologie und hat auf dem Juso-Sekretariat bei Solidar angeheuert. Den umgekehrten Weg von der Berufspolitik in die Wirtschaft ist Vivien Jobé gegangen. Nach der Matura war sie zwei Jahre Juso-Sekretärin, dann wechselte sie ins Hotelfach.

Andere Juso bevorzugen als Arbeitgeber den Staat: Linda Bär, Jahrgang 1986, hat nach fünf Jahren Politologie zur Pädagogik gewechselt und ist nun Primarlehrerin in Zürich. Jon Pult, geboren 1984, studiert Geschichte und Philosophie. Der Präsident der Bündner SP verdient als Churer Gemeinderat und Kantonsrat rund 20 000 Franken pro Jahr. Hinzu komme der gleiche Betrag als Aushilfslehrer, sagt Pult.

Kein Halb-, sondern ein Voll-Politprofi ist Sebastian Dissler, 28, der nach einigen Semestern Geschichte ins Parteisekretariat der SP Luzern gewechselt hat. Aus der Reihe der Studenten und Jungfunktionäre tanzt der 22-jährige Bündner Lukas Horrer. Er hat Betriebsökonomie studiert und ist nun im Zivildienst. Horrer ist der einzige hohe Juso-Funktionär, der eine Bank von innen kennt, denn er hat bei der UBS eine KV-Lehre absolviert. Die Schaffhauserin Seraina Furer, 22, studiert an der Fachhochschule Wirtschaftsrecht. Auch sie hat während eines Jahres als «Starbucks»-Barista Erfahrungen in einem Grosskonzern gesammelt. ○



Aushilfslehrer: Bündner SP-Präsident Pult.



Beim Gewerkschaftsbund: «1:12»-Erfinder Kistler.



Profi-Nationalrat: Initiant Wermuth.



Juso-Exotin: Nationalrätin Masshardt.

Chronologie eines Skandals

Die Begründung des Strafbefehls gegen den Thurgauer Anwalt und SVP-Politiker Hermann Lei bringt etwas Licht in die Vorgeschichte des Sturzes von Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand. Nationalrat Christoph Blocher (SVP) spielte dabei nur eine Nebenrolle. *Von Alex Baur*

Per Strafbefehl hat die Zürcher Staatsanwaltschaft Anfang Woche den Anwalt und SVP-Politiker Hermann Lei wegen Gehilfenschaft und Anstiftung zur Bankgeheimnisverletzung zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt. Zugleich wurde ein Verfahren gegen Lei wegen Verletzung des Anwaltsgeheimnisses eingestellt. Interessant ist vor allem die Begründung, die der *Weltwoche* vorliegt und die eine Klärung der umstrittenen Vorgeschichte von Hildebrands Sturz bringt:

4. November 2011 — Reto T., der als Informatiker bei der Bank Sarasin arbeitet, meldet sich aus eigenen Stücken bei seinem Jugendfreund und ehemaligen Anwalt Hermann Lei; er bringt drei Kopien (so genannte Printscreens) von Bankauszügen mit, die nahelegen, dass Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand zwischen März und Oktober 2011 – also in der Zeit, als die Nationalbank den Kurs des Franken massiv beeinflusste – privat mit Devisen im Umfang von einer halben Million Franken spekulierte. Sie vereinbarten, alt Bundesrat Christoph Blocher ins Vertrauen zu ziehen.

3. Dezember 2011 — Reto T. holt Lei zu Hause ab und fährt mit ihm nach Herrliberg, wo die beiden vom frischgewählten Nationalrat Christoph Blocher (SVP) empfangen werden. Reto T. erklärt Blocher seinen Verdacht und zeigt ihm die Printscreens, die er danach wieder einpackt und während der Heimfahrt Lei zur Aufbewahrung übergibt.

6. Dezember 2011 — Reto T. verlangt die Printscreens von Lei zurück, nachdem ihm dieser erklärt, Blocher wolle die Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP) ins Vertrauen ziehen. Lei gibt ihm die Dokumente, von denen er aber heimlich Kopien angefertigt hat, die er am 8. Dezember Blocher schickt. Blocher informiert Micheline Calmy-Rey, welche eine Untersuchung gegen Hildebrand auslöst.

28. Dezember 2011 — Nachdem der Bankrat in einer sibyllinischen Medienmitteilung den Verdacht gegen Hildebrand als haltloses «Gerücht» abgewimmelt hat, besprechen Reto T. und Lei den Gang an die Öffentlichkeit. T. hat bereits zuvor ohne Leis Mitwirken versucht, an den *Blick* zu gelangen. Lei schlägt vor, den *Weltwoche*-Journalisten Urs Paul Engeler zu informieren und eine anonyme Strafanzeige gegen Hildebrand einzureichen. Reto T. lehnt den Kontakt zu Engeler ab.

1. Januar 2012 — *Sonntagszeitung* und *NZZ am Sonntag* berichten simultan über eine angeblich politisch motivierte Intrige von Christoph

Blocher gegen Hildebrand; beide Blätter weisen die Devisenspekulationen des Nationalbank-Präsidenten fälschlicherweise allein dessen Ehefrau zu. Diese Informationen stammen aus dem Umfeld von Hildebrand. Hermann Lei schickt Engeler darauf Kopien der Kontoauszüge, welche die *Weltwoche* in ihrer Ausgabe vom 5. Januar 2012 veröffentlicht. Der Rest ist Geschichte: am 9. Januar tritt Hildebrand zurück, nachdem E-Mails aufgetaucht sind, die zeigen, dass er sehr wohl in die Devisengeschäfte involviert war.

Nicht Anwalt, sondern Freund

Die Verfahren gegen Reto T. und Christoph Blocher sind nach wie vor offen. Doch die Verfügungen gegen Lei zeigen: Die Staatsanwaltschaft glaubt, dass die Initiative von Bankinformatiker Reto T. ausging und dass Blocher eine eher passive Rolle als Vermittler gespielt hatte. Für Lei selber dürfte vor allem von Interesse sein, dass er nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht als Anwalt von Reto T. handelte, wie dieser behauptet, sondern als Freund und Gesinnungsgenosse. Lei hatte den Informatiker mehrmals schriftlich darauf hingewiesen, kein Mandat für ihn zu führen. Er bezog kein Honorar und war auch nicht bevollmächtigt. Standesrechtliche Konsequenzen für Lei dürften damit vom Tisch sein.

Die Staatsanwaltschaft billigt Hermann Lei sogar zu, dass er sich von seinem Engagement keine persönlichen Vorteile versprach. Umso mehr erstaunt es, dass die Möglichkeit eines Freispruchs wegen «übergesetzlicher Rechtfertigungsgründe» nicht einmal in Betracht gezogen wurde. Solche führen zu einem Freispruch, wenn ein sogenannter Whistleblower gegen das Gesetz verstösst, um auf einen Missstand hinzuweisen, weil er keine Möglichkeit findet, diesen auf legale Weise zu bekämpfen. Verteidiger Valentin Landmann will den Teilschuld spruch deshalb anfechten und vor ein ordentliches Gericht bringen.

Eine Strafanzeige gegen Philipp Hildebrand wegen Insidervergehen wurde bereits früher abgewiesen. Ganz aus dem Schneider ist er trotzdem nicht. Im August 2012 überwies die Zürcher Staatsanwaltschaft III ein Verfahren gegen Hildebrand wegen Amtsgeheimnisverletzung (Art. 320 StGB) sowie Verletzung der Geheimhaltungspflicht (Art. 49 NBG) an die Bundesanwaltschaft. Im Zentrum des Verfahrens stehen offenbar die erwähnten Insiderinformationen, die Anfang 2012 an die Sonntagspresse gingen. In Bern scheint man es nicht eilig zu haben. Nach über einem Jahr streiten die Anwälte immer noch um eine Autorisierung der Nationalbank für das Verfahren gegen ihren ehemaligen Chef. ○



Freispruch wegen «übergesetzlicher Rechtfertigungsgründe» abgelehnt: Jurist und Politiker Lei.

Mein Leben in Israel

Seit zwanzig Jahren berichte ich unter anderem für die *Zeit* über den Nahen Osten, wo die Konflikte nicht abreißen. Ist Frieden grundsätzlich überhaupt möglich? Was sind die wesentlichen Erkenntnisse meines Korrespondentenlebens in einer der umstrittensten Gegenden der Welt? *Von Gisela Dachs*



Nicht nur Siedler, Soldaten und Ultraorthodoxe: Jerusalem, 2013.

Um gleich zu Anfang einen Zweifel anzumerken: Manchmal frage ich mich, ob wir Auslandskorrespondenten mit unserer Arbeit nicht alle auf die eine oder andere Weise gescheitert sind. Denn wie sonst liesse sich erklären, dass so viele Besucher, die zum ersten Mal nach Israel kommen, erstaunt sagen: Nein, sooo hätten sie sich das Land überhaupt nicht vorgestellt. Was sie überrascht, sind die Normalität und die Vitalität dieses nahöstlichen Inseldaseins. Dazu gehören die Modernität (nicht nur) Tel Avivs, auf dessen Strassen schon lange keine Kamele mehr herumlaufen, eine mehrheitlich säkulare jüdische Bevölkerung ebenso wie die Existenz palästinensisch-israelischer Staatsbürger. Eben nicht nur Siedler, Soldaten und Ultraorthodoxe.

Zwischen Weltkrieg und Weltfrieden

Ich kam wenige Monate nach dem Osloer Abkommen im Herbst 1993 nach Israel, um den

zunächst vielversprechenden Friedensprozess journalistisch zu begleiten. Allzu viel hat sich seither aber nicht verändert. Mit den Umstürzen in der arabischen Welt haben sich nun die Prioritäten verlagert, aber es wird natürlich weiterhin aus Israel und über die Palästinenser berichtet. Nicht nur weil es hier – immer noch – viele Korrespondenten gibt, sondern auch weil dieses Land jedem im Westen, der mit der Bibel aufgewachsen ist, vertraut ist. Jerusalem gilt nicht als irgendeine ferne Stadt, es ist die Wiege der grossen drei monotheistischen Religionen. In manchen Köpfen schwirrt tatsächlich die sehnsüchtige Vorstellung, dass der Frieden hier zum Weltfrieden führen würde. Das Gegenstück dazu heisst Weltkrieg.

Manche Reporter sind entsetzt, wenn sie erstmals nach Gaza reisen, und empören sich über den krassen Gegensatz zu Tel Aviv. Da die Armut, dort die schicken Bars und Restaurants,

die im Übrigen ja auch nicht überall in Israel existieren. Aber – einmal abgesehen von der Konfliktlage, die beide miteinander verbindet – müsste man die palästinensischen Verhältnisse nicht eher mit denen ihrer ägyptischen Nachbarn vergleichen? In den Vororten von Kairo sieht es nicht anders aus, und auch dort sind die Islamisten populär. Was muss man vergleichen? Was darf man vergleichen?

Womit wir bei einer prinzipiellen Asymmetrie in der Eigenwahrnehmung angekommen sind. Die Palästinenser sehen sich als schwache Partei gegenüber einem hochgerüsteten Israel, das viel stärker ist. So nimmt auch Europa in der Regel diesen Zweierkonflikt wahr, bei dem es Besatzer und Besetzte gibt. Die Israelis wiederum aber sehen sich als winziges Land versus die gesamte arabische Welt, die Palästinenser sind nur ein winziger Teil davon, oft genug nur ein Spielball.

Die Kriege der vergangenen Jahre waren asym-

metrische Kriege. Auseinandersetzungen mit bewaffneten Milizen oder Terrororganisationen sind Imagekriege. Es ist für Israel schwer, solche Kriege zu gewinnen. Das weiss die Hamas genauso wie die Hisbollah. Denn: Fügen sie Israel Schaden zu, wenn auch proportional viel weniger als umgekehrt, lassen sie sich als Sieger feiern. Müssen sie viele Opfer hinnehmen, lassen sie sich als Märtyrer feiern. Tote aber sind Tote, und über sie muss man berichten.

Die Realität ist zwar oft brutal, aber längst nicht immer so schrill. Die Grautöne einer Normalität, wie es sie vielleicht nur in Israel gibt, habe ich oft in Gesprächen gefunden, die nach einem Interview stattgefunden haben, wenn das Tonbandgerät abgeschaltet und das Notizbuch beiseitegelegt wurde. Palästinenser haben da oftmals das genaue Gegenteil behauptet von dem zuvor *on the record*. So wie die Mutter eines palästinensischen Selbstmordattentäters in Gaza, die ihren «patriotischen» Sohn mir gegenüber im Gespräch erst stoisch lobte und dann später ihren Tränen freien Lauf liess und ihrer Wut über die «feigen» Hintermänner, die ihn manipuliert und in den Tod geschickt hatten. In der palästinensischen Presse hat man darüber sicher nichts lesen können.

9/11 als Erfindung der Medien

Es gab aber auch Offenbarungen ganz anderer Art, die mich zum Nachdenken über meine Rolle und meine ethischen Standards gebracht haben. Dazu gehört ein langes Gespräch mit einem der Hamas-Gründer in Gaza, Ismail Abu Schanab, in nahezu perfektem Englisch; das hatte er bei seinem Ingenieurstudium in den USA gelernt. Der Mann in seiner weissen langen Dschallabija (der später von einer israelischen Rakete getötet wurde) schwärmte von seinen amerikanischen Jahren, nur die Regierungen in Washington mochte er nicht, weil sie ja bekanntermassen «von zionistischer Hand» geleitet würden. Als wir auf die Anschläge vom 11. September zu sprechen kamen, griff er zu einer Konspirationstheorie, die ich bis dahin noch nicht gehört hatte: Er tat die Attentate als «reine Erfindung der Medien» ab. Aus seiner Sicht hatten sie gar nicht stattgefunden. Glaubte er das wirklich? Darf man so einen Mann, fragte ich mich damals, überhaupt noch zitieren? Ich hatte ihn schliesslich ganz aus meiner Geschichte über die Hamas herausgelassen.

Bewegt hat mich die ehrliche Frage eines jungen Hisbollah-Manns im Aufzug des Fernsehsenders der Organisation, al-Manar, als keiner zuhörte: ob das denn vielleicht wirklich stimme mit dem Holocaust. In seinen Kreisen werde das als reine Propaganda der Zionisten abgetan. Ein anderer libanesischer Teenager bekundete seine Liebe zu Hitler, Mercedes und Bayern München und konnte gar nicht verstehen, warum mich das aufregte. An meine Grenzen kam ich in einem Studio von al-Manar, wo mir angebliche Szenen aus dem israelischen Staatsfernsehen

vorgeführt wurden. Es war eine unglaublich schlecht imitierte Beerdigungsszene religiöser Juden, die fast schon wieder ans Komische grenzte. Ich konnte aber nichts zur Fälschung sagen, mein Insiderwissen aus Israel hätte mich verdächtig gemacht. Viele Nahostkorrespondenten, die in Israel stationiert sind, reisen in Länder, die offiziell zu Israels Feinden gehören. Mir fällt dieser Spagat zunehmend schwer.

Anders als seine Nachbarländer verfügt Israel über eine offene Medienlandschaft. Israelis haben keine Probleme, ihre Meinung offen auszudrücken, und begrüssen es, wenn ihre Journalisten Skandale aufdecken. Sie ertragen kritische Stimmen in den eigenen Medien ganz gut, aber manche tun sich schwer, wenn ihre schmutzige Wäsche draussen in der Welt, von den Auslandsberichterstatlern, gewaschen wird. In diesem Imagekrieg spielt dann auch immer eine alte, tiefsitzende jüdische Angst mit. Viele Einwanderer schauen und lesen Nachrichten, die in ihren Herkunftsländern verbreitet werden, auch oder allein, um zu wissen, wie über Israel berichtet wird.

Heute ist fast alles via Satellit, Kabel oder Internet zugänglich, immer mehr auch in der arabischen Welt. Ob das den Nahen Osten verändern wird, ist fraglich. Aber manches geht, was früher nicht möglich war. Ein israelischer Student erzählte mir vom Kreis seiner Facebook-Freunde, zu dem Iraker gehören. Junge Israelis tauschen auch mit jungen Iranern auf diese Weise Botschaften aus. Über fast alles wird heute schneller, unmittelbarer berichtet als früher; in einer Medienlandschaft, die unübersichtlicher geworden ist.

Gnade der Erschöpfung

Ich habe in den vergangenen zwanzig Jahren viel erlebt. Den Abzug der israelischen Armee aus Jericho, die Rückkehr Arafats nach Gaza, seine letzten Tage in der Mukata, wo ich eine ausländische Diplomatendelegation begleiten konnte; die Ermordung Rabins und die Trauer im Land, Terrorwellen und die Angst auf den Strassen und in Autobussen, den israelischen Abzug aus Gaza, einen Libanonkrieg und zwei Gazakriege, den letzten begleitet von Raketen auf Tel Aviv. Eine hat unweit meiner Wohnung ins Meer eingeschlagen. Ich habe Flüchtlingslager im Libanon besucht, über König Husseins Beerdigung in Amman berichtet und die Anfänge von Al Dschasira in Katar beschrieben.

Am meisten gelernt aber habe ich als Zuhörerin bei langen Gesprächen zwischen Israelis und Palästinensern, nicht auf einem Podium vor einer grossen Zuhörerschaft, was oft zu Rollenspielen verleitet, sondern im privaten Rahmen. Eine Zeitlang fanden solche Begegnungen bei mir zu Hause statt, als ich noch in Jerusalem lebte. Die Neugierde auf beiden Seiten war gross. Ich hatte viel begriffen von der alltäglichen Misere der Palästinenser unter Besatzung und ihrer Enttäuschung über die Korruption innerhalb

der damals gerade erst geschaffenen Autonomiebehörde, ebenso wie von den tiefsitzenden – jüdischen – Existenzängsten der Israelis, die aus der Ferne nicht immer nachvollziehbar sind.

In diesen Zeiten vor der zweiten Intifada brauchte man von Jerusalem nach Ramallah mit dem Auto nur eine Viertelstunde; unterwegs hatten einen erst israelische Soldaten und dann palästinensische Polizisten durchgewunken. Für Journalisten, die erst später hier ihre Zelte aufschlugen, klingt das wie eine schöne Utopie. Warum sollte nicht wieder möglich sein, was schon einmal möglich war?

Ich halte die Zweistaatenlösung nach wie vor für den einzigen realistischen Ansatz. Ein Datum kann ich nicht angeben, aber ich halte es im Prinzip mit dem grossen Schriftsteller Amos Oz. Früher oder später werde der Konflikt enden, sagte er gerade im Gespräch, «mit zusammengebissenen Zähnen und Zorn und Enttäuschung und verletzten Gefühlen, weil beide Seiten allmählich erschöpft sind, wenn auch noch nicht schnell genug, die Palästinenser, die Israelis, die Araber, und Erschöpfung ist das beste Mittel für internationale Konflikte».

Derzeit sieht es so aus, als rechneten sich die Führungen auf beiden Seiten für den Fall eines Abkommens politisch immer noch mehr Verluste als Gewinne aus. Aber im Nahen Osten darf und sollte man nie etwas ausschliessen, das hat mich die Erfahrung gelehrt. Bemerkenswert ist, dass nicht nur Israel, sondern auch die Palästinenser von der Chaoswelle ausgespart sind, die gerade die Region überrollt. Das macht eher Hoffnung, genauso wie die Tatsache, dass Israel mit seinen freien Medien und dem liberalen Obersten Gerichtshof für viele Palästinenser immer auch als Modell für ihren eigenen künftigen Staat galt.

Ein Pessimist, so heisst es, sei einfach nur ein Realist im Nahen Osten. Es ist aber weniger mein Optimismus, der mir im Lauf der Jahre abhandengekommen ist, als die Naivität, zu glauben, dass ein Friedensabkommen endgültig Ruhe bringen wird.



Gisela Dachs ist Publizistin und Auslandskorrespondentin in Tel Aviv, wo sie seit 1994 lebt. Zu ihren Veröffentlichungen gehören «Getrennte Welten. Israelische und palästinensische Lebensgeschichten», «Deutsche, Israelis und Palästinenser. Ein schwieriges Verhältnis» (Hrsg.) und «Israel kurzgefasst», im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung.

Vorträge von Gisela Dachs: «Israel-Berichterstattung in einem schwierigen nahostpolitischen Umfeld»
Zürich: Montag, 7. Oktober, 19 Uhr, Gemeindesaal A, Israelitische Cultusgemeinde Zürich, Lavaterstrasse 33
Luzern: Dienstag, 8. Oktober, 19.30 Uhr, Universität Luzern, Hörsaal 8, Frohburgstr. 3
Schaffhausen: Mittwoch, 9. Oktober, 19 Uhr, Zunftsaal «zun Kaufleuten», Vordergasse 58, Schaffhausen
Basel: Donnerstag, 10. Oktober, 19.30 Uhr, Saal der Israelitischen Gemeinde Basel IGB, Leimenstr. 24



Dossier

Magie des Geldes

Die Schweiz, der Franken, unser Geld und die Zukunft des Finanzplatzes.

- | | |
|--|---|
| <p>50 Tobias Straumann:
Welches Schicksal droht der Finanzindustrie?</p> <hr/> <p>54 Daniel Eckert:
Notenbanken greifen Sparer an</p> <hr/> <p>56 Andreas Höfert:
Schulden steigen, Geldquellen versiegen</p> <hr/> <p>58 Claude Baumann:
Die Zukunft der Privatbanken</p> <hr/> <p>60 Heinz Zimmermann:
Wertpapiere: Wer ist klüger als der Markt?</p> <hr/> <p>62 Haig Simonian:
Wie stabil sind die Schweizer Banken?</p> <hr/> | <p>66 Philip Plickert:
Ludwig von Mises – Ritter des Liberalismus</p> <hr/> <p>68 Samuel Hofmann:
Privatisiert die Währungen</p> <hr/> <p>70 Pierre Bessard:
Gibt es gerechte Steuern?</p> <hr/> <p>71 Charles B. Blankart:
Einmaleins der Besteuerung</p> <hr/> <p>72 Hans-Rudolf Merz:
Einsichten über Geld</p> <hr/> |
|--|---|

INTELLI **Link** < >



DER NEUE INSIGNIA SPORTS TOURER

VERBUNDEN MIT ALLEM, WAS ZÄHLT.

Entdecken Sie eine völlig neuartige Dimension an Infotainment mit IntelliLink. Und die effizientesten Motoren aller Zeiten, ab nur 99 g/km CO₂.¹

Unser Angebot: Opel Insignia Sports Tourer 1.4 Turbo ECOTEC® mit 140 PS ab **CHF 28'350.-²**

opel.ch

¹Insignia Lim. 2.0 CDTI, 99 g/km CO₂, Ø-Verbrauch 3,7 l/100 km, Energieeffizienz A.

²Insignia ST 1.4 Turbo, 1364 cm³, 103 kW (140 PS), 5-Türer, LP CHF 32'350.-, Kundenvorteil CHF 4'000.-, neuer VP CHF 28'350.-, 131 g/km CO₂, Ø-Verbrauch 5,6 l/100 km, Energieeffizienz B. Abb.: Insignia ST Cosmo 1.6 Turbo, 1598 cm³, 125 kW (170 PS), LP inkl. Swiss Pack Cosmo und Sonderausstattung CHF 47'200.-, Kundenvorteil CHF 7'300.-, neuer VP CHF 39'900.-, 146 g/km CO₂, Ø-Verbrauch 6,2 l/100 km, Energieeffizienz C. Ø CO₂ aller verkauften Neuwagen in CH = 153 g/km.



Wir leben Autos.

Es war einmal die Finanzindustrie

Von Tobias Straumann — Einst hatte die Schweiz eine weltweit blühende Textilindustrie. Dann starb sie aus. Droht dem Finanzgewerbe nach den Rückschlägen der letzten Jahre das gleiche Schicksal?



Schrumpfung erwünscht: Anti-Banken-Demonstration auf dem Zürcher Paradeplatz, 2011.

1835 reiste der britische Abgeordnete John Bowring in die Schweiz, um sich einen Überblick über die Lage der Industrie zu verschaffen. Er besuchte sämtliche Kantone, sprach mit Politikern und Unternehmern und erstellte einen Bericht zuhanden des britischen Parlaments. Bowring war überwältigt vom wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. «Keine ihrer Fabriken verdankt ihr Glück einer schützenden oder vorzugsweise begünstigenden Gesetzgebung; und doch ist es nicht minder wahr, dass [...] ihr Fortschritt in industriellem Glücke fast beispiellos genannt werden darf.»

Bowring war vor allem vom Fortschritt der Textilindustrie begeistert. Nach Grossbritannien, dem *workshop of the world*, war die Schweiz dank ihren Textilfabriken das am stärksten industrialisierte Land der Welt. An der Weltausstellung in London 1851 glänzten die Schweizer Betriebe mit hochwertigem Garn und Tuch. Vor dem Ersten Weltkrieg arbeiteten zehn Prozent aller Beschäftigten in der Textilindustrie. Die Schweiz war auf dem europäischen Kontinent das Textilland par excellence.

Im 20. Jahrhundert änderte sich dies fundamental. Bereits in der Zwischenkriegszeit erlitt die Textilindustrie dramatische Verluste. Die St. Galler Stickerei-Industrie und die Basler Seidenbandindustrie kamen nicht mehr mit dem schnellen Wechsel der Kleidermode zurecht. Die Seidenfirma Robert Schwarzenbach & Co., Ende der 1920er Jahre das grösste Textilunternehmen der Welt mit eigenem Hochhaus in Manhattan, geriet in den 1930er Jahren in den Strudel der Weltwirtschaftskrise. Im Kanton Glarus kam es zu Massenentlassungen. Nach einer vorübergehenden Stabilisierung in der Nachkriegszeit setzte in den 1970er Jahren eine Konkurs- und Verkaufswelle ein. Heute trägt die Textilindustrie nur noch wenig zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei.

Die Geschichte vom Aufstieg und Fall der Textilindustrie wird hier erzählt, weil man sie immer wieder hört, wenn man sich mit Pessimisten über die Zukunft des schweizerischen Bankensektors austauscht. Nicht wenige befürchten einen ähnlichen Schrumpfungsprozess, wie ihn die Textilindustrie erlebt hat. Die Schweizer Banken hätten im 20. Jahrhundert eine einzigartige Blüte erlebt, die sich ihrem Ende zuneige. Im 21. Jahrhundert sei mit einem säkularen Abstieg zu rechnen.

Der sichere Hafen bleibt

Der Vergleich ist zugleich richtig und falsch. Richtig ist er, weil der Finanzplatz Schweiz im 20. Jahrhundert tatsächlich eine ausserordentliche Stellung innehatte, die auf Dauer nicht aufrechterhalten werden konnte. Der österreichisch-schweizerische Bankier Felix Somary beobachtete bereits Ende der 1920er Jahre, dass es höchst ungewöhnlich sei, dass Klein-

staaten wie die Niederlande, Schweden und die Schweiz wegen des Ersten Weltkriegs plötzlich grosse Gläubigerländer geworden seien. Denn sie verfügten nicht über die erforderliche aussenpolitische Stärke, die bisher immer mit der Vergabe von grossen Auslandskrediten verbunden gewesen sei. «Niemals hat die europäische Geschichte politisch so schwache Gläubigerstaaten gesehen, Gläubiger, deren einzige Waffe säumigen Schuldern gegenüber die Unterlassung der Einräumung weiterer Kredite bildet.»

Falsch ist der Vergleich, weil sich das Bankengeschäft in wesentlichen Dingen von der Textilindustrie unterscheidet. Insbesondere können Finanzdienstleistungen nicht im selben Ausmass ausgelagert werden wie Textilmaschinen. Denn selbst wenn die ausländische Kundschaft vollumfänglich zur Konkurrenz abwandern sollte, bleibt immer noch ein grosses Inlandgeschäft übrig. Gemäss der Statistik der Schweizerischen Nationalbank stammte im letzten Jahr fast die Hälfte der verwalteten Vermögen – rund 2,2 Milliarden Franken – aus dem Inland.

Natürlich ist theoretisch vorstellbar, dass auch ein grosser Teil des Inlandgeschäfts abwandert. Ausländische Banken könnten Schweizer Kunden mit guten Konditionen abwerben. Aber warum sollte ein Schweizer Millionär sein Geld einer Bank in Frankfurt, London oder Paris anvertrauen? Singapur und Hongkong könnten vielleicht ein attraktives Angebot machen, aber sie sind zu weit weg, um einen grossen Kapitaltransfer ins Ausland auszulösen. Solange die Schweiz nicht durch Bürgerkrieg, Inflation oder Revolution desta-

Warum sollte ein Millionär sein Geld einer Bank in Frankfurt, London oder Paris anvertrauen?

bilisiert wird, gibt es keinen Grund, mit dem Geldkoffer über die Grenze zu fliehen.

Für hartgesottene Pessimisten ist auch dieses Argument kein Trost. Sie gehen davon aus, dass die Schrumpfung der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung zu Kapitalimport und höheren Zinsen führen wird. Dieses Szenario widerspricht aber jeder historischen Erfahrung. Die Schweiz ist seit mehr als hundert Jahren ununterbrochen einer der grössten Kapitalexporthure der Welt, weil sie stets einen satten Ertragsbilanzüberschuss ausweisen kann. Dieser Überschuss mag etwas zurückgehen, wenn die grenzüberschreitende Vermögensverwaltung schrumpft, aber er wird positiv bleiben, weil er breit abgestützt ist.

Der Zinsbonus wurde in den 1920er Jahren nicht wegen der Vermögensverwaltung eingeführt, sondern wegen der Stabilität der Schweiz. Die verunsicherten Anleger suchten Sicherheit und kauften Franken, ohne sich um die Rendite

1,8 % VORSORGE- ZINS 3A



www.cic.ch/3a



Die Banque CIC (Suisse) vergütet seit zehn Jahren den höchsten Zins der landesweit vertretenen Banken. Zusätzlich zum Zinseszins bringt dies wesentlich mehr für Sie ein. Sie erhalten so im Vergleich zu anderen Anbietern bis zu 30 000 Franken mehr bei Auszahlung.* Berechnen Sie Ihre Mehrleistung online unter www.cic.ch/3a oder rufen Sie uns gebührenfrei an: 0800 242 124.

CIC BANQUE CIC | SUISSE |

Die Bank der Privat- und Geschäftskunden

* Annahme: 35 Beitragsjahre mit CHF 30 000.– Startkapital zu heutigen Konditionen. Quelle: VZ Vermögenszentrum / Comparis, Stichtag 1.8.2013

zu kümmern. Diesen Reflex konnten wir bis in die jüngste Vergangenheit beobachten. Die Vermögensverwaltung geriet unter enormen Druck des Auslandes, und dennoch kauften die Anleger Franken in rauen Mengen. Diesen Status als «sicherer Hafen» wird der Franken erst verlieren, wenn der Euro und der Dollar über längere Zeit keine Schwächephase mehr zeigen – was äusserst unwahrscheinlich ist.

Aus dem Lager der Optimisten hört man öfter den Vergleich mit der Uhrenindustrie. Ihre erfolgreiche Renaissance zu Beginn der 1980er Jahre habe gezeigt, dass es möglich sei, einen traditionellen Wirtschaftszweig rundum zu erneuern, wenn man die richtigen Leute mit den richtigen Ideen zur richtigen Zeit gewähren lässt. Wir brauchten nur einen Hayek im Bankengeschäft, und schon sähe die Sache ganz anders aus.

Aber auch dieser Vergleich hat einen Haken. Es stimmt zwar, dass die schweizerische Vermögensverwaltung durch höhere Effizienz, Standardisierung und Kompetenz enorme Fortschritte erzielen könnte. Der brutale Strukturwandel, den nicht nur der Uhrensektor, sondern auch die gesamte Industrie in der Vergangenheit bewältigt hat, steht den Banken und Vermögensverwaltern erst noch bevor und bietet ihnen grosse Chancen. Aber im Unterschied zur Industrie lassen sich bei personalintensiven Dienstleistungen nicht annähernd dieselben Produktivitätsfortschritte erzielen. Die Margen sind in der Vermögensverwaltung am Schmelzen, und dieser Trend lässt sich nicht aufhalten, zumal sich das regulatorische Umfeld eher verschlechtern als verbessern wird. So fördert der Hinweis auf die Uhrenindustrie, so euphorisierend er auch sein mag, kein realistisches Szenario zutage.

Lob der Versicherungen

Seltsamerweise wird bei den Gesprächen über die Zukunft des Finanzplatzes eine Branche nie erwähnt, obwohl sie sich für einen Vergleich am besten eignen würde: die Versicherungswirtschaft. Es hängt vielleicht damit zusammen, dass der Paradeplatz traditionell eher auf den Mythenquai herunterschaut, weil er sich für den mondäneren Ort hält. Aber aus der Distanz betrachtet ist nicht einzusehen, warum die Rollen nicht einmal vertauscht werden sollten. Die schweizerische Assekuranz hat in den letzten hundert Jahren und insbesondere in der jüngsten Vergangenheit eine eindruckliche Entwicklung hingelegt, ohne einen speziellen Wettbewerbsschutz wie das Bankgeheimnis gehabt zu haben. Es könnte durchaus sein, dass der schweizerische Bankensektor international eine mittlere Stellung einnehmen wird, wie die Versicherungen es bereits jetzt tun.

Vom Volumen her ist der Versicherungsplatz Schweiz nicht in der Topliga, denn die Höhe der Bruttoprämien hängt zu einem grossen Teil vom Inlandgeschäft ab. Aber in einzelnen Spar-

ten ist er überdurchschnittlich und hat eine internationale Ausstrahlung. Swiss Re ist heute die zweitgrösste Rückversicherungsgesellschaft der Welt, die Zurich Insurance Group befindet sich unter den grössten zwanzig Versicherern, und die Region Zürich gilt als drittgrösster internationaler Versicherungsmarkt der Welt, wenn auch mit grossem Abstand auf den Spitzenreiter London. Vor allem in der Rückversicherung gehört die Limmatstadt zu den ersten Adressen. Schweizweit gibt es rund 200 Versicherungsgesellschaften, ein Viertel davon befindet sich in ausländischem Besitz, was ebenfalls auf einen hohen Internationalisierungsgrad hinweist. Im Austausch mit dem Ausland erwirtschaftet die Versicherungsbranche einen hohen positiven Saldo. Gemäss Zahlungsbilanz der Nationalbank betragen die exportierten Leistungen im letzten Jahr 5,5 Milliarden Franken und die importierten Leistungen knapp eine Milliarde. Damit erzielte die Versicherungswirtschaft einen höheren Überschuss als zum Beispiel der Tourismus.

Wie die Schweizer Versicherer diese starke Stellung erlangt haben, ist aus ihrer Geschichte unschwer abzulesen. Dank stabiler Währung und grosser Kapitalbasis waren sie in der Lage, zu wachsen und grosse Verluste zu absorbieren, wenn etwas schiefief. Die Konsolidierungswelle der 1990er Jahre forderte zwar ein prominentes Opfer, die «Winterthur», die 1997 von der Credit Suisse übernommen und 2006 an die französische Axa verkauft wurde. Aber dieser schmerzliche Verlust hat nicht zu einem allgemeinen Niedergang der Branche geführt. Im Gegenteil: Der bereits zitierte Exportüberschuss an Versicherungsleistungen ist seit 1997 kontinuierlich gestiegen, als ob nichts passiert wäre.

Schweizer Franken: Keinesfalls aufgeben

Die starke Währung und die grosse Kapitalbasis sind Erfolgsfaktoren, die langfristig nicht bedroht sind, wie auch immer sich das regulatorische Umfeld ändern mag. Niemand will die Währung aufgeben, auch die gewerkschaftliche Linke nicht, die den Wert einer unabhängigen Geld- und Währungspolitik zu schätzen weiss. Die Einführung der Untergrenze ist eine temporäre Massnahme, welche die Nationalbank unilateral wieder aufheben wird. Selbst wenn die Schweiz der EU beitreten würde, gäbe es keinen Anlass, den Franken aufzugeben. Schweden ist EU-Mitglied und hat keinen Euro, weil im September 2003 rund 56 Prozent für die Beibehaltung der Krone gestimmt haben. Heute wären es vermutlich 75 Prozent oder sogar mehr.

Im besten Fall könnte der stabile Schweizer Franken sogar zum Wiederaufschwung der Vermögensverwaltung führen. Die Euro-Zone ist in eine Schuldenkrise geraten, die noch lange auf ihr lasten wird. Die verantwortlichen Behörden werden jede Massnahme ergreifen, um zu Geld zu kommen. Die Steuern werden weiter ansteigen, konfiskatorische Massnahmen werden zunehmen, die Angst vor Enteignung wird um sich greifen. Einen Vorgeschmack dieser neuen Strategie konnte man in Zypern beobachten: Obwohl Bankeinlagen bis zu 100 000 Euro staatlich garantiert waren, beschlossen die Behörden, auch diese zur Sanierung der Banken zu konfiszieren. Der Beschluss wurde rückgängig gemacht, zeigt aber, wie weit man zu gehen bereit ist. In einem solchen Umfeld dürfte sich manch europäischer Anleger überlegen, einen Teil seines Vermögens legal in die Schweiz zu

transferieren. Die Rendite solcher Anlagen wäre gering, aber immerhin wären diese sicher.

Auf diesen Diversifikationseffekt sollte man sich allerdings nicht verlassen. Und selbst wenn es zu einer grösseren Vermögensverschiebung in die Schweiz kommen sollte, und sei sie auch noch so legal und transparent, würden die EU-Länder vermutlich bald Massnahmen ergreifen. Der Trend zu Kapitalkontrollen ist unverkennbar. In dieser Hinsicht sehen wir eine Wiederholung der Zwischenkriegszeit: In den 1920er Jahren strömte viel Geld aus Deutschland und Frankreich in die Schweiz, in den 1930er Jahren machten die beiden Länder die Schotten dicht und schickten Agenten in die Schweiz.

So bleibt wohl nichts anderes übrig, als von einem relativen Niedergang des Finanzplatzes Schweiz auszugehen. Die fetten Jahre sind vorbei, und man wird es in Genf, Lugano und Zürich deutlich spüren: weniger Arbeitsplätze, tiefere Löhne, weniger Steuereinnahmen und eine schrumpfende Auftragslage für alle Wirtschaftszweige, die mit dem Finanzplatz zusammenhängen. Aber wenn der Vergleich mit der Versicherungswirtschaft stimmen sollte, gibt es auch keinen Anlass zu Panik. Der Bankenplatz wird weiterhin eine internationale Ausstrahlung haben, so dass sich der volkswirtschaftliche Schaden in Grenzen halten wird. Am Ende der Dekade wird die volkswirtschaftliche Leistung Genfs, Luganos und Zürichs vielleicht einige Prozentpunkte unter dem Niveau liegen, das mit einem intakten Finanzplatz erreicht worden wäre. Vor allem ist nicht damit zu rechnen, dass der Paradeplatz dereinst zu einer Filiale des Ballenberg-Museums wird.

Tobias Straumann ist Wirtschaftshistoriker und Privatdozent an der Universität Zürich.



Blindflug ins Nichts

Von Daniel Eckert — Die Tiefzinspolitik der Notenbanken setzt eine gigantische Umverteilung in Gang, von der in erster Linie die überschuldeten Staaten profitieren. Haben die Zentralbanken sich gegen die Sparer verschworen?



Überreichlich vorhandenes billiges Geld: Wolkenkratzer in Benidorm.

Im spanischen Badeort Benidorm erhebt sich ein imposantes Hochhaus in den Himmel, 47 Stockwerke aus Beton und Stahl: mit 188 Metern das höchste Wohngebäude der Europäischen Union. Der Wolkenkratzer hat nur einen Schönheitsfehler. Für die oberen 27 Stockwerke fehlt ein Lift. Das aufzuglose Rekordhaus ist in mehr als einer Hinsicht symptomatisch für die EU und darüber hinaus für die moderne Geldpolitik.

Konzipiert in der Zeit des spanischen Baubooms Mitte des vergangenen Jahrzehnts, konnte es in Benidorm nicht hoch genug hinausgehen. Am Ende wurden auf die ursprünglich geplanten 20 Stockwerke nochmals 27 draufgesetzt, deren Fertigstellung aber geriet zum Chaosunternehmen.

Der Wahnsinnsbau an der Costa Blanca ist ein Menetekel für das, was uns in der Weltwirtschaft noch vielerorts erwartet. Denn die Hauptzutat für derart fehlgeleitete Projekte wie das in Spanien ist seit der Finanzkrise ein weltweites Phänomen geworden: überreichlich vorhandenes billiges Geld.

Grösste Umverteilung in Friedenszeiten
Würde man Bürger fragen, ob sie bereit sind, ein solches Schuldbürger-Haus zu finanzieren, wäre die klare Antwort: «Nie und nimmer!» Doch die meisten von uns bezahlen und bauen

Projekte wie das von Benidorm längst unwissentlich mit. Jene Politik, die Fehlinvestitionen wie die in Benidorm (das angeblich die weltweit grösste Hochhausdichte aufweist) möglich machte, wird zum universalen Gesetz: eine Politik des grenzenlos billigen Geldes. Es ist eine Umverteilung gigantischen Ausmasses, vermutlich die seit je grösste in Friedenszeiten. Sie vollzieht sich zwischen den Sparern und den Schuldern. Vollzogen wird sie von Institutionen, die keine demokratische Legitimation haben, die absurderweise nicht einmal abgewählt werden können. Die Rede ist von den Notenbanken. Mittels ihrer

Die Verschuldung der USA hat den *point of no return* vermutlich bereits überschritten.

Geldpolitik halten die Notenbanken den Zins künstlich tief. Den Sparern wird ein fairer Zins vorenthalten, während den Schuldnern ihre Schuldenlast erleichtert wird – ein unverdientes Geschenk.

Die Summen dieser Umverteilung sind schwindelerregend: Wie die Postbank ausgerechnet hat, büssen allein die deutschen Sparer dieses Jahr durch anomal niedrige Zinsen vierzehn Milliarden Euro ein – Geld, das sie

eingegenommen hätten, würde die Europäische Zentralbank (EZB) nicht eine radikale Niedrigzinspolitik fahren. Für Anleger bedeutet das zum Beispiel, dass sie seit Sommer 2011 keine Chance mehr hatten, mit liquiden, sicheren Sparformen wie Tagesgeld eine reale Rendite zu erzielen. In der Schweiz sieht die Situation nur unwesentlich besser aus.

Die Niedrigzinspolitik muss die EZB nach eigenem Bekunden fahren, damit die hochverschuldeten Euro-Peripheriestaaten nicht in eine Pleite krachen. Strukturschwachen Ländern wie Spanien oder Italien erlässt diese Geldpolitik viele Milliarden an potenziellen Zinslasten. Derzeit weist letzterer eine Gesamtverschuldung von zwei Billionen Euro aus. Bei einem um einen Prozentpunkt gedrückten Durchschnittszins bedeutet das für die italienische Regierung in Rom eine Zinsersparnis von zwanzig Milliarden im Jahr.

Die Befürworter der Interventionspolitik feiern das als Triumph: Dank der EZB werde Italien von dem in Dekaden angehäuften Schuldenberg nicht erdrückt, brauche keinen Zinseszinsseffekt und keine finanzielle Abwärtsspirale zu fürchten. Auf diese Weise habe das Land genügend Zeit, sich zu reformieren.

Doch wie weit ist das Land mit den notwendigen Reformen seines Staatsapparats und seines Sozialsystems vorangekommen? Gemäss einer aktuellen Umfrage der Denkfabrik Open Europe rechnen 58 Prozent der Italiener damit, dass es ihrem Land ebenso ergehen könnte wie Griechenland. Es ist nicht so, dass die Regierungen seit Berlusconi überhaupt keine Reformen angepackt hätten. Angesichts der riesigen Schuldenlast scheint das Tempo jedoch quälend langsam. Auch andere strukturschwache Euro-Staaten wie Spanien und Portugal haben den Kampf gegen die Zeit, trotz erster Erfolge zum Beispiel beim Export, keineswegs gewonnen. Und selbst wenn diese Volkswirtschaften zu neuer Wettbewerbsfähigkeit finden, wird eine Altlast bleiben, die sich nicht wegdiskutieren lässt: Die angehäuften Schuldenberge sind längst zu hoch, als dass sie auf natürliche Weise, durch Wachstum, abgetragen werden könnten.

Der häufig zu hörende Einwand, nach dem Zweiten Weltkrieg sei dieser Kraftakt grossen Industriestaaten bereits einmal gelungen und könne folglich gut wiederholt werden, führt in die Irre. Damals half die demografische Verjüngung, heute ist das Gegenteil der Fall. Zudem gab es die Bereitschaft in der Bevölke-

rung, die in Krieg und Krise gebildeten Altlasten mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung abzuschütteln. Nebenbei erwähnt, hatte es stark disziplinierende Wirkung, dass hinter dem Eisernen Vorhang ein anderes System darauf wartete, die Ruinen eines gescheiterten Kapitalismus niederzureissen. Ein solcher Konsens ist in den meisten Ländern heute nicht auszumachen.

Vor allem aber war die Bezwingung der Kriegsschulden in den Jahrzehnten nach 1945 kein sanfter und natürlicher Prozess, als der heute verklärt wird.

Japan hat mit einer Verschuldung von einer Billiarde Yen einen historischen Rekord aufgestellt.

Heute haben die Verbindlichkeiten in vielen Ländern bedrohliche Ausmasse erreicht. Überschuldung ist ein weltweites Phänomen. Starke Volkswirtschaften wie die Schweiz und mit Abstrichen auch Deutschland könnten es schaffen, ihre Staatsfinanzen auszugleichen. Für viele Länder der Europäischen Währungsunion gilt das jedoch nicht mehr. Und nicht nur in Europa läuten die Alarmglocken: Japan hat kürzlich mit einer Verschuldung von einer Billiarde Yen einen historischen Rekord aufgestellt. Seit der Weimarer Hyperinflation von

1923 stand kein grosser Staat mehr mit derart astronomischen Zahlen in der Kreide.

Wachstum schöngerechnet

Auch die Verschuldung der USA hat den *Point of no return* vermutlich bereits überschritten. Diesen Herbst wird der Schuldenstand auf siebzehn Billionen Dollar springen. Rechnerisch müssten alle Amerikaner ein Jahr lang arbeiten, nur um die Schulden des Staates zurückzuzahlen. Beängstigend ist nicht nur die absolute und relative Höhe der Verbindlichkeiten, sondern auch die Dynamik des Mehr-Ausgeben-als-Einnahmens. Seit dem Ende des Goldgedeckten Dollars im Jahr 1971 ist die Verschuldung der öffentlichen US-Haushalte, also von Bundesregierung, Bundesstaaten und Kommunen, um den Faktor 46 nach oben geschneilt. Die Wirtschaftsleistung Amerikas hat sich in der gleichen Zeit um den Faktor 16 verbessert. Gebremst ist das Tempo der Verschuldung nur in den Projektionen der Politiker, nicht aber in der wirklichen Welt, in der wir leben.

All dies ruft nach einem Schuldenschnitt, denn es ist den nachfolgenden Generationen

tatsächlich schwer zuzumuten, für die Schulden ihrer Eltern und Grosseltern bis in alle Ewigkeit aufzukommen und Zinsen zu zahlen.

Doch ein Schuldenschnitt ist politisch äusserst unpopulär. Er würde die Halter von Lebenspolisen und anderen Formen privater Altersvorsorge empfindlich treffen, denn die

Versicherungsunternehmen müssten gewaltige Abschreibungen auf ihre Vermögenswerte vornehmen. Das verprellt wichtige Wählergruppen. Zudem hat der Fall Griechenland gezeigt, dass ein Schuldenschnitt die Kapitalmärkte beträchtlich verunsichern kann. Wenn die Annullierung von mehreren Dutzend Milliarden bereits solche Schocks hervorruft,

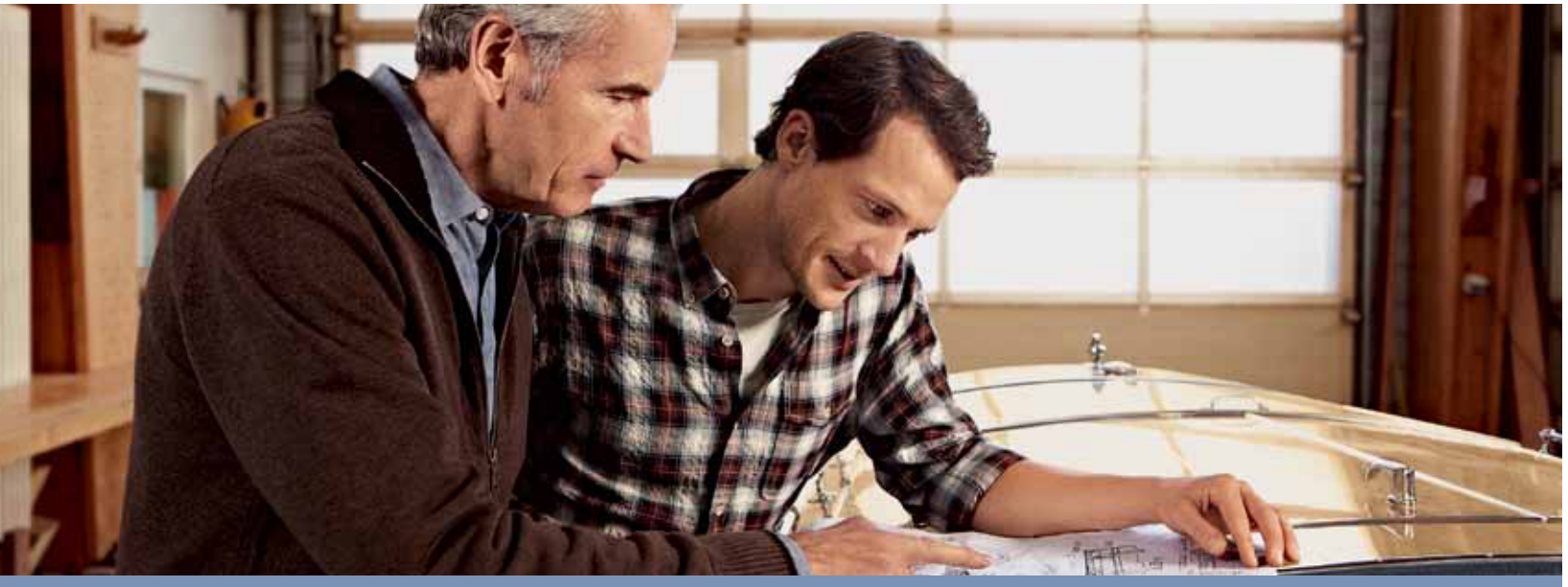
was passiert dann erst, wenn grosse Länder wie Italien, Japan oder die USA mit ihren Billionen-Verbindlichkeiten die Schere ansetzen?

So hat sich das politische Establishment auf eine schleichende, vermeintlich schonendere Form der Entschuldung verständigt. Die Notenbanken werden zu Endlagern für uneintreibbare Obligationen und Schuldtitel aller

»» Fortsetzung auf Seite 57



CREDIT SUISSE



Sie möchten Ihr Lebenswerk erfolgreich weitergeben.

Ein Generationswechsel in der Firmenleitung stellt Sie als Unternehmer vor vielfältige Herausforderungen. Nutzen Sie unsere langjährige Erfahrung für Ihren Nachfolgeprozess und kontaktieren Sie Ihren persönlichen Berater oder rufen Sie uns an unter der Gratisnummer 0800 88 88 71.

Credit Suisse – Die Bank für Unternehmer

credit-suisse.com/unternehmer

Jetzt bestellen:
«unternehmer» Magazin zum
Thema Unternehmensnachfolge

In der Waffenkammer der Regierung

Die Schulden steigen, und traditionelle Geldquellen versiegen. Den Staaten bleibt die finanzielle Repression. Von Andreas Höfert



Sparen ist ein immer wieder genanntes Rezept.

Die öffentlichen Schulden der westlichen Industrienationen sind in den vergangenen fünf Jahren explodiert. Bei den G-7-Nationen beträgt der Mittelwert der Quote der öffentlichen Schulden 125 Prozent. Einsamer Ausreisser ist Japan mit einer Schuldenquote von über 240 Prozent, dann folgen Italien mit 130 Prozent und die USA mit 105 Prozent. Bester in dieser Klasse ist Deutschland mit 85 Prozent öffentlichen Schulden, weit weg vom Maastricht-Kriterium von maximal 60 Prozent. Die Politiker müssen also etwas unternehmen, zumal die Überalterung in vielen Ländern die öffentlichen Finanzen weiter strapazieren dürfte. Wie kann die missliche Lage entschärft werden?

Die einfachste Lösung, das Verhältnis von Staatsschuld zu Bruttoinlandprodukt (BIP) zu verbessern, heisst Wachstum. Aber das Ausmass der Finanzkrise von 2007 bis 2008 wirkt sich ungünstig auf das Wachstum aus. Zudem trägt die alternde und in einigen Ländern sogar schrumpfende Bevölkerung nicht zu einer Beschleunigung des Wachstums bei.

Sparen ist ein weiteres immer wieder genanntes Rezept. In der europäischen Peripherie stellt man jetzt fest, dass der Sparkurs der Regierung kontraproduktiv wirkt und die Schuldenproblematik noch verschärfen kann. Die Schuldenquote besteht nämlich –

wie jede Quote – aus einem Zähler und einem Nenner. Wenn der Versuch, den Zähler (Schuld) zu verkleinern, damit endet, dass auch der Nenner (BIP) – allenfalls noch stärker – schrumpft, dann war das Ganze umsonst. Auch Steuererhöhungen stossen allmählich an ihre Grenzen, wenn selbst der sozialistische Finanzminister Frankreichs jüngst zugeben musste, dass in Frankreich ein «ras-le-bol fiscal» herrscht. Auch mit Gelddrucken, um den Spuk «wegzuinflationieren», geht man beträchtliche Risiken ein. Erstens könnte dies sehr schnell und unangemeldet ausser Kontrolle geraten, und zweitens hat die Verdreifachung der Geldmenge in den G-7-Ländern in den vergangenen fünf Jahren noch keine nennenswerte Inflation hervorgerufen.

Was bleibt? Ein probates Mittel, das in der Vergangenheit immer wieder eingesetzt wurde und meines Erachtens in Zukunft immer mehr eingesetzt wird: die finanzielle Repression. Hier geht es darum, die Bürger zu enteignen, ohne explizit die Steuern zu erhöhen. Dies lässt sich beispielsweise mit Einschränkungen beim Halten und Kaufen von Gold bewerkstelligen (Roosevelts Verordnung 6102 von 1933), durch einen Zwangsumtausch aller Bankguthaben (der «Corralito» in Argentinien im Jahr 2001) oder durch Rentenreformen (Ungarn im Jahr 2010). Varianten dieser drei Massnahmen tauchen auch im Jahr 2013 wieder auf:

1 — **Indien** Nachdem sie die Einfuhrzölle für Gold in mehreren Schritten im Jahr 2013 auf zehn Prozent erhöht hatte, beschloss die indische Regierung Mitte August, die Einfuhr von Goldmünzen und -medaillen zu verbieten. Dies soll der «Senkung des Leistungsbilanzdefizits» dienen. Das mag sein, doch die Inder werden sich kaum gegen die Inflationsrate von fast zehn Prozent und den Rückgang der Rupie gegenüber dem US-Dollar um zwanzig Prozent seit Jahresbeginn schützen können.

2 — **Zypern** Seit der Krise im letzten Frühjahr verhängte der Staat Kapitalkontrollen und fror die Einlagen bei der grössten Privatbank ein, um diese zu rekapitalisieren. Dieses *bail-in* der privaten Anleger betrachten viele europäische Politiker als «Modell» für den Umgang mit künftigen Krisen.

3 — **Polen** Mitte September gab Polens Ministerpräsident Donald Tusk bekannt, dass die Anleihenbestände von privaten Fonds innerhalb des staatlich garantierten Rentensystems in einen staatlichen Rentenfonds überführt würden. Den privaten Fonds würde damit vorerst praktisch nur noch der in Aktien investierte Teil ihres Vermögens bleiben. Der Staat kann die beschlagnahmten Vermögenswerte in seiner eigenen Bilanz verbuchen. Dadurch sinken die Staatsschulden, was den Kredit- und Ausgabenspielraum der polnischen Regierung vergrössert.

Man kann einwenden, dass die genannten Länder «exotisch» und die Beispiele an den Haaren herbeigezogen seien. Und dass für «wichtigere» Länder die finanzielle Repression dagegen bis jetzt kein bedeutendes Instrument sei.

Davon bin ich nicht überzeugt. Obgleich die Inflation niedrig und die Inflationserwartungen «gut verankert» sind, wie Fed-Chef Ben Bernanke und EZB-Präsident Mario Draghi unermüdlich erklären, haben amerikanische und europäische Sparer, die ihre Guthaben in den letzten fünf Jahren auf ihren Konten liegen liessen, erheblich an Kaufkraft eingebüsst (fünf Prozent in Deutschland, neun Prozent in den USA und über elf Prozent in Grossbritannien) – nicht wegen einer hohen Inflation, sondern aufgrund der Zinssätze von fast null Prozent. Da für die Zentralbanken kein Grund zur Eile besteht, die Geldmarktsätze wenigstens wieder bis auf das Inflationsniveau zu bringen, dürfte diese Form der finanziellen Repression noch eine geraume Weile weiterbestehen. Zudem muss man sich Sorgen machen, dass auch weniger exotische Staaten am Ende zu exotischen Methoden greifen könnten, um ihre Finanzen wieder in Ordnung zu bringen.

Andreas Höfert ist Chefökonom der UBS.

» Fortsetzung von Seite 55

Art. Gelegentlich wird in der Euro-Zone ein Sondertilgungsfonds für die «Altschulden» der schwachen Ökonomen ins Spiel gebracht, dabei existiert dieser Sondertilgungsfonds längst: Es ist die Bilanz der Notenbank EZB.

Endlager für faule Papiere

Die EZB und ihre nationalen Euro-Notenbanken erlauben klammen Kreditinstituten, ihre potenziell ausfallgefährdeten Papiere als Pfand einzureichen und dafür frisches Geld zu bekommen. Das Spiegelbild dieser Operationen, die kryptische Namen wie OMT oder LTRO tragen, ist ein Aufblähen der Notenbank-Bilanz mit fragwürdigen «Sicherheiten». Um die Dimensionen zu verdeutlichen: Zwischen dem Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 und Ende 2011 hat sich die Bilanzsumme der EZB von 1,4 Billionen auf 2,8 Billionen Euro verdoppelt. Dann stieg sie weiter auf mehr als 3 Billionen Euro und erreichte damit einen Spitzenwert, der rund einem Drittel der Wirtschaftskraft der Euro-Zone entsprach. In diesem Aufquellen kündigt sich eine Geldentwertung, mindestens aber eine starke Verzerrung an den Kapitalmärkten an.

Die EZB ist jedoch nicht die einzige Notenbank, die zum Endlager für uneintreibbare Schulden geworden ist. Beim Fed das gleiche Bild: Seit dem Kollaps von Lehman Brothers

vor fünf Jahren vervielfachte sich dort die Bilanzsumme sogar, wobei die Grösse des Fed-Portfolios im Verhältnis zur Wirtschaft immer noch kleiner ist als im Euro-Land. Dennoch ist die Bilanz des Fed so sehr mit riskanten Papieren auch aus dem Hypothekenbereich bestückt, dass der Jahrhundertinvestor Warren Buffett sie jüngst den «grössten Hedge-Fund der Geschichte» nannte.

Das ökonomische Ziel dieser Notenbankpolitik war, die Zinsen und damit die Finanzierungskosten in Zeiten der Krise niedrig zu halten. Am Anfang konnten geldpolitische Verrenkungen wie die europäische Bankenrefinanzierungsoperation LTRO oder das amerikanische Obligationenkaufprogramm Quantitative Easing noch als Notstandsmassnahmen ausgegeben werden. Inzwischen sind sie zur Norm geworden, und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Krisenpolitik heisst Krisenpolitik, weil sie der nächsten Krise den Boden bereitet. Die Höhe der Verschuldung macht eine Rückkehr zu Marktzinsen unwahrscheinlich. Die wären viel zu hoch, als dass die Staaten sich noch über Wasser halten könnten.



Vor die Wahl gestellt, die Notwendigkeit eines Schuldenschnitts anzuerkennen oder eine heimliche Entschuldung über die Notenbanken durchzuführen, haben die Staaten sich für die schonende Variante entschieden: Auf Umwegen enteignen sie die Sparer zugunsten der Schuldner. Diese Umverteilung findet still und leise statt, so ruft sie keine Proteststürme

hervor. Für eine solche – von höchsten Stellen gedeckte – heimliche Vermögensumverteilung, die offensichtlich nicht gestoppt werden kann, gibt es ein Wort: Verschwörung. Es ist eine Verschwörung gegen die, die keine starke Lobby haben, eine Verschwörung gegen die Sparer. So werden wohl noch einige aufzuglose Hochhäuser auf der Welt gebaut

werden. Welchen volkswirtschaftlichen Schaden dies anrichten wird, können auch die Notenbanker nicht sagen. Für sie ist es letztlich ein Blindflug ins Nichts.

Daniel Eckert schreibt für *Die Welt* über Geldpolitik und Staatsverschuldung. Er ist Autor mehrerer Sachbücher zum Thema.

Publireprage

Treuhänder im Clinch: Die Aufweichung des Bankgeheimnisses löst das Persönlichkeitsrecht Dritter auf.

Mit dem 1990 erfolgten Beitritt der Schweiz zur GAFI (Groupe d'action financière) hat sich die Schweiz verpflichtet, gesetzliche Grundlagen betreffend die Bekämpfung der Geldwäscherei und seit 2001 auch der Terrorismusfinanzierung zu schaffen. Das 1997 ins Leben gerufene GwG (Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei) auferlegt allen Finanzintermediären neben erhöhten Sorgfaltspflichten auch eine Meldepflicht bei Verdacht auf Geldwäscherei. Finanzintermediäre ausserhalb des Bankensektors, wie bspw. Treuhänder, müssen sich einer Selbstregulierungsorganisation (SRO) anschliessen, die die Einhaltung der Pflichten gemäss GwG vorschreibt. Es herrschte der allgemeine Grundkonsens, dass die Bekämpfung der schwersten Verbrechen, der Geldwäscherei sowie des Terrorismus eine Aufweichung des Bankgeheimnisses rechtfertigen. Das Bankgeheimnis und die Amtshilfe in Steuersachen blieben ein steter Diskussionspunkt, insbesondere im Verhältnis zu den USA.

Mit der Finanzkrise erhält das Ganze eine neue Dimension: Die überschuldeten Staaten sind der Auffassung, dass Steuersünder nicht durch unsere nationalen Gesetze (Bankgeheimnis) geschützt werden sollen. Die GAFI beschloss im Jahr 2011, dass auch schwere Steuerdelikte als Vortaten zur Geldwäscherei gelten. Seit Sommer 2013 ist selbst der automatische Datenaustausch kein Tabu mehr, was unter anderem durch die Kommission Brunetti bestärkt wurde.

Als krönender Abschluss dieser Entwicklung wurde auf Druck der USA am 29. August 2013 das Joint Statement Schweiz–USA unterzeichnet.

Durch diesen Deal wollte man primär die Streitigkeiten der Schweizer Banken mit den USA in den Griff bekommen, doch tangiert dieser auch die Persönlichkeitsrechte Dritter und vor allem auch der Treuhänder, welche aufgrund eines Übersetzungsfehlers miteinbezogen wurden (Trustee). Die USA stellen sich auf den Standpunkt, dass die Banken im Rahmen dieses Programms sämtliche Informationen und Daten nicht nur von Steuersündern, sondern auch von direkt und indirekt involvierten Dritten zu übermitteln haben, und zwar ohne vorgängige Zustimmung der Betroffenen. Damit steht diese Vereinbarung in einem Spannungsverhältnis zu Art. 6 des Datenschutzgesetzes (DSG). Eine Übermittlung von Personendaten ins Ausland ohne Zustimmung der Betroffenen kann nur erfolgen, wenn der ausländische Staat eine gleichwertige Datenschutzgesetzgebung aufweist. Das ist in den USA nicht garantiert. Für solche Fälle sieht Art. 6 Abs. 2 DSG vor, dass der Betroffene seine Zustimmung gibt – was im Joint Statement nicht vorgesehen ist – oder die Bank ein überwiegendes Interesse geltend machen kann. Damit stellt sich die Frage, ob der «Freikauf» einer Bank durch Lieferung aller Informationen als «überwiegendes Interesse» den Persönlichkeitsrechten Dritter vorgeht – was auf der Stufe der Schweizer Gesetzgebung, trotz den Beteuerungen des Bundesrates, eine mehr als offene Frage ist.

Betroffene Mitglieder von TREUHAND|SUISSE erhalten Informationen oder Adressen von spezialisierten Anwälten unter der Telefonnummer 031 380 64 30 oder über die Homepage www.treuhandswiss.ch.

TREUHAND
FIDUCIAIRE | SUISSE
FIDUCIARI



Herr Fürsprecher Paolo Losinger ist von der Selbstregulierungsorganisation (SRO) als Geschäftsführer beauftragt. Paolo Losinger ist selbständiger Anwalt in Zürich, dreisprachig (Deutsch/Französisch/Italienisch) und ist mit der GwG-Materie vertraut. Nebst seiner Tätigkeit als Fürsprecher, insbesondere im Betreibungs-, Konkurs-, Banken- und Kapitalmarktrecht arbeitet, ist er in verschiedenen KMU Verwaltungsratspräsident.

In Gottes Hand

Von Claude Baumann — Jahrhundertlang galten sie als Inbegriff des Schweizer Bankwesens. Nun sind sie in ihrer Existenz bedroht. Haben die Privatbanken noch eine Zukunft?



Düstere Aussichten: Vontobel-Bankier Staub.

Glaubt man den überlieferten Zeugnissen, ging es den Schweizer Privatbankiers nie bloss um den Gewinn. Trotz der verlockenden Magie des Geldes bewahrten sie stets ihre calvinistische Ader, wonach der Profit aus Fleiss und Pflichterfüllung entsteht und daher «gottgefällig» ist. So umschreibt auch ein Bonmot das Wirken der noblen Bankiers sehr treffend: «Ihr Geschäft ist das Geld, doch ihre Gedanken sind bei Gott.»

Um solche Gedanken ging es im vergangenen Februar kaum, als die beiden grössten Schweizer Privatbanken, Pictet und Lombard Odier, überraschend eine gemeinsame Pressekonferenz in Genf anberaumten. Das liess insofern aufhorchen, als diese sonst so diskreten Häuser kaum je das Licht der Öffentlichkeit suchen. Angesichts der epochalen Veränderungen in der Finanzwelt rechneten die meisten Beobachter mit einem Zusammenschluss der beiden Institute. Es kam anders.

Pictet und Lombard Odier erklärten, ab 2014 neu als Kommandit-Aktiengesellschaften zu firmieren. Selbst wenn die Genfer Bankiers ihren Entscheid als Fortbestand der bisherigen Kultur auslegten, wussten alle Anwesenden, dass der Beschluss vor allem aus einem Grund erfolgte: Angesichts der gestiegenen Risiken in der Finanzwelt waren die Teilhaber der beiden Institute nicht mehr in der Lage, im Sinne einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft unbeschränkt mit dem eigenen Vermögen für die Verbindlichkeiten der Bank zu haften – so, wie sie das zuvor als «echte» *banquiers privés* getan hatten. Vielmehr forderten die tiefgreifenden Umwälzungen in der Branche ihren Tribut. Nur wenige Monate nach Pictet und Lombard Odier vollzog auch die Genfer Bank Mirabaud diesen Schritt in die Sicherheit.

Damit werden Anfang 2014 nur noch acht «echte» Schweizer Privatbanken existieren. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es noch deren

700; 1934 zählte die Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers 42 Mitglieder, und bis Anfang der achtziger Jahre sank die Zahl auf 25 Häuser. Hat das Schweizer Privatbankensmodell, das über Jahrhunderte hinweg als Inbegriff von Vertrauen, Solidität und Wertbeständigkeit galt, nun ausgedient?

Was ist überhaupt noch sicher?

Der aus Kundensicht einzigartige Vorteil, nämlich persönlich haftende Bankiers als geschäftliche Gegenüber zu haben, entpuppt sich offensichtlich als uneinlösbares Versprechen, weil es mittlerweile mit dermassen grossen Risiken verbunden ist. Indizien dafür gibt es genug: Vor gut eineinhalb Jahren zerschlug die amerikanische Justiz mit Wegelin die älteste Privatbank der Schweiz, und sie verhaftete in den USA bisher schon eine ganze Reihe von Mitarbeitern verschiedener Banken, um ihnen Geständnisse im Steuerstreit abzutrotzen.

Seit dem Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 und der UBS-Rettung einen Monat später weiss jedes Geldinstitut ausserdem, dass selbst riesige Institutionen als Gegenparteien kollabieren können und damit eine Spirale in Gang setzen, von der schwer zu sagen ist, wen sie alles erfassen wird. Und mit der fortdauernden Krise in Europa sind auch Staaten und Währungen vor einem Bankrott nicht sicher. «Das alles», sagt Jacques de Saussure, Teilhaber der Genfer Bank Pictet, «macht unser Geschäft um einiges schwieriger.»

Was bis vor kurzem noch Gültigkeit besass, ist heute Makulatur, während gleichzeitig unklar bleibt, wohin die Reise gehen soll. Margen und Erträge erodieren, die Zinsen verharren am Boden, und die Kunden horten ihr Geld, anstatt es zu investieren. Viele Finanzinstitute müssen weiterhin horrend Strafen in den USA befürchten; gleichzeitig erschweren und verteuern laufend neue Bestimmungen und Regeln das Geschäft – wobei erst etwa zehn Prozent der international angedachten Gesetze in Kraft sind, wie Jürg Zeltner, Chef der Vermögensverwaltung bei der UBS, nicht ohne Besorgnis feststellt.

«Jede vierte Privatbank macht Verlust»

So verwundert es kaum, dass die Branche kleineren, auf die private Vermögensverwaltung spezialisierten Instituten, zu denen vor allem die Privatbanken gehören, bloss noch geringste Überlebenschancen attestiert. Gemessen an ihren Kundendepots und der Anzahl Beschäftigten würden sie nicht mehr die «kritische Grösse» besitzen, heisst es unter Fachleuten. «Bereits macht jede vierte Privatbank Verlust», erklärt Christian Hintermann, Finanzexperte beim Beratungsunternehmen KPMG, und liefert dafür auch gleich eine umfassende Studie ab. Als Konsequenz dieses Schrumpfungsprozesses erwartet Zeno Staub, der Chef der Bank Vontobel, dass in den nächsten Jahren rund hundert Geldinstitute in der Schweiz von der Bildfläche verschwinden werden. Das sind düstere Aussichten für ein Gewerbe, das bislang eines der wichtigsten Aushängeschilder der Schweizer Wirtschaft war.

Mit solchen Prognosen kann Christian Rahn allerdings wenig anfangen. Der Partner der mittlerweile ältesten «echten» Schweizer Privatbank, Rahn & Bodmer, die in ihren Ursprüngen bis 1750 zurückreicht, sagt: «Ich bin überzeugt, dass es keine kritische Grösse für ein erfolgreiches Private Banking gibt. Vielmehr ist es wichtig, dass man sich auf etwas spezialisiert. In unserem Fall ist es die Vermögensverwaltung für Private.» Er habe, sagt Rahn, immer wieder feststellen können, dass sich in unsicheren Zeiten mehr potenzielle Kunden für das Geschäftsmodell von Rahn & Bodmer interessierten. Darum ist Rahn überzeugt, dass seine Bank vom Wandel in der

Finanzbranche eher profitieren werde. Und er fügt an: «Die Führung einer Bank als Kommanditgesellschaft mit voll haftenden Teilhabern ist ein Beweis für die Kundschaft, dass wir unser Geschäft risikobewusst führen und somit unseren Stärken treu bleiben.» Auch bei der Basler Privatbank La Roche 1787 hält man am Privatbankenstatus aus gleichen Überlegungen fest. In diesem Jahr hat man sogar einen weiteren unbeschränkt haftenden Partner ins Teilhabergremium aufgenommen.

Von den Risiken schlicht überfordert

Aufhorchen liess unlängst jedoch Marcus Bühler, Partner der Basler Privatbank Baumann. An einer Private-Banking-Tagung in Rüschlikon bei Zürich erklärte er, dass das Privatbanken-Modell keineswegs in Stein gemeisselt sei, sondern sich stets den Anforderungen der Zeit anpasse. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise seien unbeschränkt haftende Partner fraglos das Beste gewesen. Inzwischen hänge die optimale Struktur einer Bank eher von ihrem Geschäftsmodell, ihrer Zielkundschaft und den damit verbundenen Expansionsplänen ab. Damit brachte Bühler tatsächlich einen bedenkenswerten Punkt aufs Tapet: nämlich, wie ein Finanzinstitut heute seinen Kunden die grösstmögliche Vertrauenswürdigkeit vermitteln kann, wenn die voll haftenden Privatbankiers von den mittlerweile existierenden Risiken schlicht überfordert werden.

Welche Wege ein Institut heute einschlagen kann, zeigt beispielsweise die Zürcher Privatbank Bellerive. Sie ist zwar keine klassische Privatbank mehr, sondern firmiert als Aktiengesellschaft, an der die Graubündner Kantonalbank mit 60 Prozent beteiligt ist. Doch genießt sie in dieser Konstellation weiterhin beträchtliche unternehmerische Freiheiten. «Eine unserer Besonderheiten besteht darin, dass wir ein paar grosse Kunden als Miteigentümer der Bank aufgenommen haben. Von ihrem unternehmerischen Know-how profitieren wir ganz klar», erklärt Bellerive-CEO Daniel Wittmer und unterstreicht, dass so auch gemeinsame Interessen bezüglich der Strategie bestehen. Aufgrund der dadurch erzielten Solidität und Verhältnismässigkeit kann Wittmer, ganz im Stil eines Privatbankiers, auch erklären: «Wir streben zwar ein gewisses Wachstum der Kundendepots an, wir werden aber nie die Vorzüge einer überschaubaren Privatbank dafür opfern.» Kunden direkt in die Strategie einer Bank einzubinden, scheint immer attraktiver zu werden, als unbeschränkt haftende Teilhaber vorzuweisen,

die sich in ihrer Rolle aber möglicherweise nicht mehr so wohl fühlen.

Volle Entscheidungsfreiheit

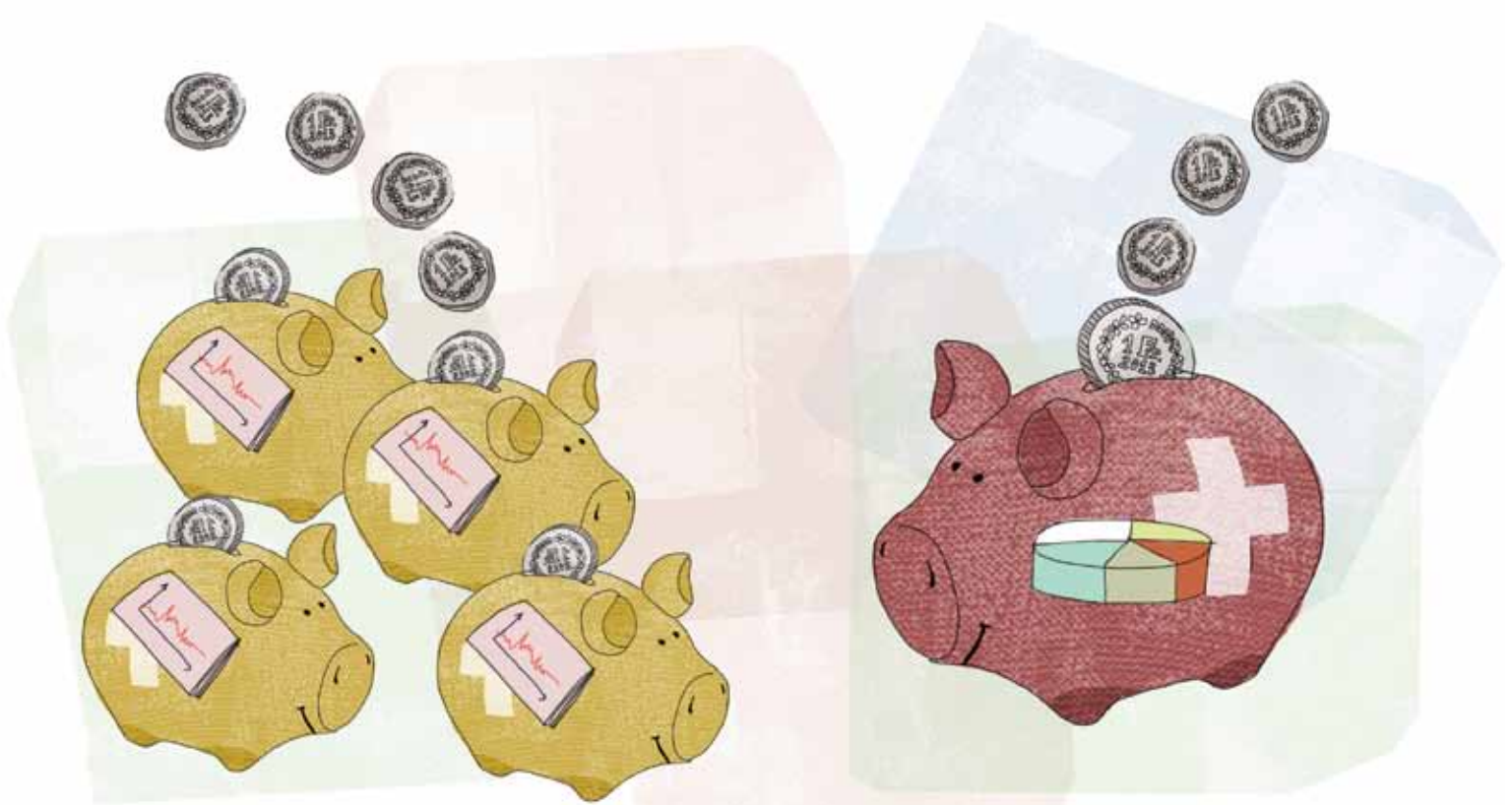
Die Sallfort Privatbank zählt zwar nicht zum Kreis der «echten» Privatbanken. Doch im Mehrheitsbesitz der Basler Familie Barth, bürgt sie dennoch für eine vergleichsweise hohe Sicherheit. In diesem Kontext prüfen die Sallfort-Aktionäre Johannes und Georg Barth sowie Michael Bornhäuser regelmässig neue Investitionen in aufstrebende Hightech-Firmen. Nach detaillierten Abklärungen und Verhandlungen über die Anlagekonditionen entscheiden die Bankiers dann persönlich, ob sie in ein Unternehmen investieren möchten. Fällt der Entscheid positiv aus, laden sie ihre Kunden ebenfalls dazu ein. «Damit ist sichergestellt, dass die Sallfort-Aktionäre und -Kunden gemeinsam involviert sind», sagt Johannes Barth.

Wohin das führen kann, zeigte sich unlängst: Im Juni 2012 investierte Sallfort 10 Millionen Dollar in das britische Unternehmen Ubiquisys. Zu jenem Zeitpunkt war die Firma bereits Weltmarktführerin im Bereich Mikrozellen-Technologie. «Die Frage

war bloss noch, ob sich diese Technologie bei grossen Konzernen durchsetzen würde», sagt Michael Bornhäuser. Und das war offensichtlich der Fall. Im vergangenen April übernahm der amerikanische Technologieriese Cisco das Unternehmen für 310 Millionen Dollar, was der Sallfort Privatbank und ihren Kunden einen Gewinn von mehr als 500 Prozent auf ihrem eingesetzten Kapital bescherte. «Die Möglichkeit ohne klassische Fondsstrukturen, ohne jährliche Managementgebühren und mit der vollen Entscheidungsfreiheit, in welches Wachstumsunternehmen man als Kunde investieren will, kommt bei der Klientel gut an», betont Bornhäuser.

Vieles spricht dafür, dass in einer Welt, in der sich sowohl die Banken als auch die Ansprüche der Kunden fundamental verändern, neuartige Geschäftsmodelle wesentlich mehr Erfolg versprechen als das blosses Festhalten an überalterten Privatbankenstrukturen. Ihre einzigartige Anpassungsfähigkeit stellten die erfolgreichsten Schweizer Bankiers schon vor dreissig Jahren unter Beweis, als ausländische Medien bereits das Ende der Schweizer Sonderrolle in der internationalen Finanzbranche verkündeten und die Sozialdemokraten mit ihrer Bankeninitiative den wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes stützen wollten. Wer hätte gedacht, dass die Schweizer Banken damals zu ihrer grössten und bislang längsten Erfolgsgeschichte ansetzten? ○





Wichtige Einschätzungen: Wie viele tun das eine oder das andere?

Magie des Geldes

Wer ist klüger als der Markt?

Von Heinz Zimmermann — Lohnt es sich, gezielt einzelne Wertpapiere auszuwählen, oder ist es unmöglich, auf lange Sicht den Markt zu schlagen? Antworten auf eine alte Streitfrage.

Über die Frage, ob man sein Geld aktiv oder passiv investieren soll, wird häufig fast wie über eine Glaubensfrage debattiert. Aktiv investieren bedeutet, auf ausgewählte Titel wie beispielsweise Aktien und Optionen zu setzen. Passiv investieren bedeutet, in einen ganzen Markt zu investieren, beispielsweise einen Börsenindex. Entweder glaubt man an effiziente Märkte, dann muss passiv investiert werden, oder man glaubt nicht an effiziente Märkte, dann darf aktiv investiert werden. Aktiv investieren ist vielleicht eher katholisch, passiv demgegenüber protestantisch: ohne Pomp, unspektakulär, aber günstig.

Nun handelt es sich aber nicht um eine Glaubensfrage, sondern um die Einschätzung der eigenen Informiertheit gegenüber der Allgemeinheit. Dabei ist dies nicht schwieriger als die Wahl der richtigen Warteschlange im Supermarkt: Treffen Sie eine bewusste Entscheidung, oder stehen Sie irgendwo an? Ist die eine Vorgehensweise richtig und die andere falsch? Die meisten Leute würden sich wohl spontan für die aktive Strategie entscheiden. Man möchte natürlich jene Schlange vermeiden, wo die Einkaufswagen voll sind oder man umständliche vor einem Wartende vermutet. Wenn dies jedermann tut, widerspiegeln sich die Informationen und Einschätzungen sämtlicher Wartenden in der Länge der einzelnen

Schlangen, und demzufolge sollten die einzelnen Schlangen genau so lang sein, dass es keine Rolle spielt, wo man ansteht. Folglich: Schliessen Sie beim nächsten Mal die Augen, wenn Sie auf die Kassen zusteuern. Der Markt ist effizient, das System widerspiegelt alle Informationen in adäquater Weise.

Aber was wäre, wenn sich alle so verhalten würden? Wenn alle Leute blindlings irgendwo anstünden, würde die Länge der Schlangen rein zufällig, ohne jeglichen Informationsgehalt. Dies führt dazu, dass es sich wiederum lohnt, die Einkaufswagen und die Leute vorne an der Schlange im Detail zu analysieren. Also ist doch eine aktive Strategie angezeigt – ausser wenn es alle tun. Und so weiter und so fort.

Was bringt mehr Rendite?

Das Beispiel zeigt, dass es keine Glaubensfrage ist, ob aktives oder passives Investieren richtig oder falsch ist. Die Entscheidung ist von zwei Einschätzungen abhängig: Erstens davon, wie viele Leute das eine oder das andere tun. Zweitens, ob man über Informationen verfügt, welche sich im System (hier: die Länge der Schlange) noch nicht widerspiegeln. Und natürlich die Kosten, welche mit einer aktiven Informationsverarbeitung verbunden sind.

Eine Strategie gilt als passiv oder indexiert, wenn spezifische Marktindizes wie der Swiss

Performance Index (SPI), der Deutsche Aktienindex (DAX) oder der S&P 500 nachgebildet werden. Die meisten Indizes widerspiegeln den Marktwert der in einem Markt oder Sektor gehandelten Unternehmen. Für eine passive Strategie benötigt man also keine Informationen ausser zur Marktkapitalisierung der Gesellschaften: Man legt sein Vermögen genau so an, wie es die Millionen von anderen Marktteilnehmern vorgeben. Ein aktiver Investor gewichtet demgegenüber die einzelnen Werte anders als der Index, weil er einige für über- und andere für unterbewertet hält oder sein Interesse überhaupt nur einigen spezifischen Gesellschaften gilt. Da heute vorwiegend auf Risikostreuung und Kostenminimierung ausgerichtete Investoren wie Banken, Pensionskassen oder Fondsgesellschaften als Aktionäre auftreten, ist die Bedeutung der passiven Anlage markant gestiegen. Entsprechend haben die indexierten Anlageprodukte stark an Bedeutung gewonnen. Indexzertifikate oder Exchange-Traded Funds (ETF) gehören zu den kostengünstigsten und transparentesten Anlageformen. Die Gebühren liegen zwischen 0,1 und 0,5 Prozent und sind damit deutlich tiefer als bei entsprechenden aktiv gemanagten Fonds mit Kosten von 1 bis 1,5 Prozent.

Wird man bei einem aktiven Fonds für die höheren Gebühren zumindest mit einer besse-

ren Performance entschädigt? Dutzende empirische Untersuchungen zeigen für die meisten Anlageklassen: Im Einzelfall ist es möglich, aber im Durchschnitt nicht. Für 46 schweizerische Anlagefonds liegt die Performance für das letzte Jahrzehnt risikoadjustiert im Jahresdurchschnitt rund ein Prozent unter dem SPI, wie ich in einer kürzlich veröffentlichten Studie in Zusammenarbeit mit Jonas Gusset zeige. Lediglich elf Fonds weisen eine positive Performance auf, welche erst noch in keinem Fall statistisch signifikant ausfällt. Insgesamt heisst das so viel wie: Gemessen an der hohen Volatilität der Anlagerenditen, lässt sich die Durchschnittsperformance nicht vom Zufall unterscheiden. Der Vergleich mit dem SPI ist allerdings nicht ganz fair, denn bei der Fonds-Performance sind die Gebühren mit eingerechnet. Unterstellt man einen Wert von durchschnittlich einem Prozent, dann bedeutet das Ergebnis, dass die Fonds vor Kosten im Durchschnitt ziemlich genau den Index erreichen. Aber für den Anleger ist natürlich das Ergebnis nach Kosten von Bedeutung.

Braucht es überhaupt aktive Investoren?

Bedeutet diese Ergebnisse, dass die Anleger nur noch in passive, indizierte Anlageprodukte investieren sollen? – Das wäre durchaus möglich. Es würde dazu führen, dass auf dem Kapitalmarkt nur noch das mit dem Index

verbundene Marktrisiko bewertet wird, denn die Leute interessierten sich dann ausschliesslich für die Performance des gesamten Marktindex, nicht für die einzelnen Titel. Bewertungsunterschiede, welche sich aus firmenspezifischen Faktoren wie der Einschätzung der Gewinnerwartungen oder der Interpretation der Quartalsergebnisse ableiten, würden nicht in die Bewertung und so auch nicht in die Anlageentscheidung einfließen. Dies widerspricht der Praxis der Firmenbewertung, welche traditionellerweise auf die Fundamentalanalyse der einzelnen Gesellschaften, also *bottom-up*, aufbaut. Daher werden auf den Finanzmärkten auch weiterhin die Aktien einzelner Gesellschaften gehandelt – sonst würde ja der Handel mit Indexzertifikaten oder ETFs ausreichen.

Es ist wie im Supermarkt: Wenn man ein System mit einzelnen Warteschlangen will, benötigt man Leute, welche die relativen Bewertungsunterschiede zwischen den einzelnen Kassen aktiv in das System einbringen. Nur so wird das System effizient. Aber es besteht natürlich keine Gewähr, dass diese Leute den Supermarkt schneller verlassen können, als wenn sie blindlings angestanden wären. Man könnte natürlich auch das System ändern und alle Wartenden in einer einzigen Schlange anstehen lassen. Dadurch würde auf die aktive Informationsverarbeitung verzichtet, genau

wie wenn im alten System die Leute die Schlange zufällig auswählen würden.

Markt- und Selbsteinschätzung

Ohne Investoren, die aktiv ihr Glück versuchen, gibt es keine effizienten Märkte. Davon können die passiven Anleger profitieren. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht stellt sich lediglich die Frage, in welchem Umfang aktive Strategien angebracht sind. Ein gewisses Übermass ist zu vermuten: Im Informationszeitalter, wo der Einzelne nahezu kostenlos in den Genuss einer Fülle an Informationen gelangt, besteht die Gefahr, Exklusivität und Neuigkeitsgehalt von Informationen zu überschätzen. Die alltäglichen und öffentlichen Informationen fliessen sehr schnell in die Marktpreise ein. Darüber hinaus wird man geblendet und verführt von den Erfolgsmeldungen, die bei Geldanlagen ständig verbreitet werden. Aber dies ist eine Illusion: Selbst wenn die Erfolge und Misserfolge völlig symmetrisch verteilt sind, überleben im zeitlichen Auswahlprozess nur die Erfolge. Man kann wohl systematisch Erfolg haben, aber (ausser einigen Milliardären) nicht systematisch Misserfolg. So gibt es eine Selbstselektion der Erfolgsmeldungen, zu der die Medien vielleicht auch noch etwas beitragen.

Heinz Zimmermann ist Professor für Finanzmarkttheorie am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum (WWZ) der Universität Basel.

Entdecken Sie etwas, das Sie zum Lächeln bringt

Aberdeen Global European Equity Fund

Europa mag mit Herausforderungen konfrontiert sein. Doch wer genauer hinschaut, entdeckt viel Positives: So sind hier 130 der 500 grössten Unternehmen der Welt angesiedelt. Marktführende Technologien, Rekordbilanzen und einige der beständigsten Geschäftsmodelle der Welt – auch das spricht für Europa.

Der Schlüssel zum Erfolg ist und bleibt dabei die Auswahl der richtigen Gesellschaften. Genau deshalb führen wir zahlreiche, besonders aufrichtige Diskussionen mit dem jeweiligen Firmenmanagement, bevor wir investieren. Wir besuchen normalerweise mehr als 650 europäische Firmen pro Jahr, um die wirklich speziellen für unsere Portfolios zu finden. Wenn auch Sie Aufwärtspotenzial in Europa sehen, sprechen Sie mit uns.

Der Wert der Investitionen sowie deren Erträge können sowohl fallen als auch steigen, so erhalten Sie gegebenenfalls weniger zurück, als ursprünglich investiert.

Für mehr Informationen besuchen Sie bitte aberdeen-asset.ch/euroequitiesde

Aberdeen
Simply asset management.



Aberdeen Global ist eine offene Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung unter Luxemburger Recht und ist organisiert als eine Société d'Investissement à Capital Variable (a «SICAV») mit UCITS – Status. Der Schweizer Vertreter und die Zahlstelle ist BNP PARIBAS Securities Services, Paris, Succursale de Zurich, Selnastrasse 16, Postfach, CH-8022 Zurich. Dokumentation und Informationen: Kopien des Prospekts, und relevantem Key Investor Information Document (KIID), der Satzung, etwaiger späterer Neufassungen der vorstehenden Dokumentation, des aktuellen Jahresberichts und -abschlusses der Gesellschaft oder, sofern jüngeren Datums, deren Zwischenbericht und -abschluss können kostenlos beim Geschäftssitz des Schweizer Vertreters bezogen werden. Herausgegeben von Aberdeen Asset Managers Switzerland AG, Schweizergasse 14, 8001 Zurich. Zugelassen durch die Schweizer Finanzmarktaufsicht (FINMA) als Verteiler von kollektiven Kapitalanlagen. Telefonanrufe können aufgezeichnet werden.

In der Regulierungswelle

Von Haig Simonian — Der Beinahe-Untergang der UBS hat den Schweizer Finanzplatz durchgeschüttelt und eine regulatorische Offensive von Finma und Schweizerischer Nationalbank in Gang gesetzt. Wie stabil sind die Schweizer Banken heute im internationalen Vergleich?



Die drei Schlüssel des UBS-Logos stehen für Vertrauen, Sicherheit und Diskretion. Mitten in der Finanzkrise sahen alle drei blass aus. Rasch schwand das Vertrauen angesichts immer neuer Verluste; die Sicherheit für Eigentümer, Bankguthaben und Angestellte wurde immer fraglicher. Selbst die Diskretion bekam beim weltgrössten Vermögensverwalter Kratzer ab, als US-Behörden die Herausgabe vertraulicher Kundendaten verlangten mit der Rechtfertigung, die Bank habe sich mit Steueründern gegen das amerikanische Schatzamt verschworen.

Jetzt, sechs Jahre nach der Kreditklemme, kann man sich kaum noch vorstellen, wie knapp die UBS dem Untergang entronnen ist. Aber für eine ganze Weile musste die Bank – vordem unter ihren Mitbewerbern als Musterknabe an Vorhersehbarkeit und Gewinnmarge geachtet – mehr als 50 Milliarden US-Dollar auf ausfallgefährdete Finanzprodukte abschreiben, und sie litt unter beträchtlichen Umwälzungen im Management. Seit dem Crash erlebte der UBS-Konzern vier operative Chefs, vier Verwaltungsratspräsidenten und fünf Leiter beim Investmentbanking. Da war es kein Wunder, dass selbst angesehene Beobachter den Fortbestand der UBS in Frage stellten.

Die Schieflage der UBS nahm solche Formen an, dass die Schweizer Regierung im Oktober 2008 6 Milliarden Franken für ihre Rettung aufwarf. Gleichzeitig wurden toxische Produkte im Wert von zig Milliarden US-Dollar in eine von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) administrierte «Bad Bank» ausgelagert, um ein weiteres Ausbluten der UBS zu stoppen. An ihrem Tiefpunkt kostete die UBS-Aktie noch Fr. 8.20 – nicht einmal ein Zehntel ihres Vor-Krisen-Wertes.

Internationaler Banken-Friedhof

Glücklicherweise ist diese UBS-Krisen-Saga mittlerweile Geschichte – auch wenn sie sich schmerzhaft ins Bewusstsein der Schweiz eingegraben hat. Die Enthüllungen über die tollkühne Expansion ins Investmentbanking, die mangelnde Einsicht in die eigene Finanzlage trotz komplexer mathematischer Modelle und schliesslich der Mangel an gesundem Menschenverstand inmitten des Hypotheken-Crashes in den USA taugen immer noch als Stoff zum Schauermärchen. Die Fehler beging die UBS nicht allein – viele grosse amerikanische, britische und kontinentaleuropäische Banken gingen mit. Doch die Gefahr war hierzulande akuter, angesichts der überproportionalen Grösse der beiden Grossbanken im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt des Landes sowie angesichts des bis dahin unangreifbaren Prestiges des Finanzplatzes und des politischen Einflusses seiner Oberen.

Die Tatsache, dass die UBS so viel Geld verlor und trotzdem noch besteht, ist vermutlich auf die Schweizer Bankenaufsicht zurückzuführen.

Viele andere Banken schrieben geringere Verluste und gingen dennoch unter: Bear Stearns und Lehman Brothers gibt es nicht mehr, während Merrill Lynch das Überleben einer Übernahme verdankt. Northern Rock war ein frühes britisches Opfer, während die Royal Bank of Scotland und Lloyds nur an Regierungskräcken überlebten. Fortis, die niederländisch-belgische Kreditbank, hat das Zeitliche gesegnet; die deutschen Staatsbanken IKB und Sachsen LB sind untergegangen, und das Wirken der einst mächtigen West LB ist kaum noch wahrnehmbar. Zahllose kleinere Banken und solche, die auf das Hypothekengeschäft spezialisiert sind, haben aufgehört zu existieren.

Auf die Krise antworteten die Schweizer Politik und Regulierung in ähnlicher Weise wie ihre internationalen Kollegen. Es fanden wohl kluge Forschungen statt zur Frage, wie die Banken in derartige Schwierigkeiten geraten konnten und wer dafür die Verantwortung trägt. Zudem gab es mehrere international koordinierte regulatorische Initiativen zur Stärkung der Bankbilanzen, zum Ausbau ihres Eigenkapitals und zur Förderung ihrer finanziellen Stabilität. Dies markiert den Abschied von der weichen Regulierung der vergangenen Jahre. Fast jedes Land, das unter dem Crash zu leiden hatte, hat mittlerweile Untersuchungen angestellt darüber, wie die Banken ihre wichtige volkswirtschaftliche

Die massiven Verluste der Finanzkrise haben für eine neue Bescheidenheit gesorgt.

Aufgabe weiter erfüllen können, während man gleichzeitig ihre problembehafteten Geschäftsfelder zu neutralisieren versucht.

Insbesondere die US-Regierung hat mit dem Dodd-Frank Act rasch und entschlossen gehandelt, um die Wall Street wieder zum Laufen zu bringen. Zusätzliche Reformen hat ein hochrangiges Komitee unter dem früheren Notenbank-Chef Paul Volcker vorgeschlagen. Im Vereinigten Königreich gab es ebenfalls neue Gesetze und Expertenempfehlungen. Bemerkenswert ist, dass ein Komitee unter der Leitung von Sir John Vickers, einem herausragenden Oxford-Akademiker, vorgeschlagen hat, dass die riskantesten Aktivitäten der Banken vom Rest finanziell isoliert werden sollten. So könne das Risiko vermieden werden, dass das Kerngeschäft erneut in einen Abwärtsstrudel gerissen wird.

Blue-Chip-Image der Schweiz

Aus zwei Gründen ist die Schweiz in diesen Anstrengungen weiter gegangen als andere Länder. Zuerst einmal sind die UBS und die Credit Suisse wie erwähnt überproportional gross. Dann ist die Vermögensverwaltung, die

nach wie vor das Rückgrat vieler hiesiger Finanzinstitute bildet, besonders erpicht auf finanzielle Stabilität. Die Schweiz musste also handeln.

Noch in den dunkelsten Tiefen der Krise legten UBS-Manager Wert darauf, dass der internationale Ruf der Bank intakt sei, insbesondere in Asien – unabhängig von den Schlägen, die man zu Hause zu verkraften hatte. Diese Episode zeigt, dass das Blue-Chip-Image der Schweiz als ein unverwüchtlicher Hort der Finanzmarktstabilität tatsächlich dabei geholfen haben dürfte, die Folgen der Finanzkrise für die Schweizer Banken im Gegensatz zu ihren amerikanischen oder britischen Gegenparts abzufedern. Sie zeigt auch, wie entscheidend der Faktor Vertrauen für das Überleben einer Bank ist – und dass die Schweiz es sich nicht leisten konnte, dieses Vertrauen aufs Spiel zu setzen.

Unbegrenzte Spielräume für Finma & Co.

Folglich waren eine hohe Eigenkapitalquote und eine strenge Regulierung hierzulande besonders wichtig. Die Finanzmarktregulatoren haben viel auf sich genommen, um sicherzustellen, dass die Finanzmarktinstitute allerhöchste internationale Standards einhalten. Vor der Finanzkrise hatten dagegen manche UBS-Chefs noch behauptet, ein sogenannter «Swiss Finish» – also bei den Eigenkapitalvorschriften im Vergleich zu den international vereinbarten Standards nochmals einen draufzusetzen – würde die Schweizer Banken im internationalen Wettbewerb behindern.

Die Kritik bezog sich darauf, dass ein solcher «Swiss Finish» die Fähigkeit der UBS einschränken würde, Gewinne für ihre Aktionäre zu erzielen und Aktienrückkaufprogramme zu starten. Theoretisch können Banken mit niedrigeren Eigenkapitalvorschriften mehr Gewinn an ihre Aktionäre ausschütten, was sich in einem höheren Aktienkurs bemerkbar macht. Die höhere Eigenkapitalrendite würde, bei ansonsten unveränderten Bedingungen, dazu führen, dass die internationale Konkurrenz sich zu besseren Konditionen Kapital beschaffen könne – ein unverdienter Wettbewerbsvorteil.

Als die Regulierungswelle anrollte, warnte die Credit Suisse – welche in weit besserer Verfassung als die UBS aus der Krise kam – öffentlich vor einer regulatorischen «Überreaktion» auf die Kreditklemme. Heute wagt es kein Schweizer Banker mehr, sich so zu äussern. Die massiven finanziellen Verluste während der Finanzkrise, die beschädigte Glaubwürdigkeit der Banken und der öffentliche Aufschrei über die Vergütung und insbesondere die Boni haben für eine neue Bescheidenheit gesorgt, welche den Regulatoren fast uneingeschränkte Spielräume verschafft.

Zudem trat in der Schweiz ein international einmaliges Phänomen auf, das die Banker

zum Schweigen veranlasste und die Bankenaufsicht stärkte – nämlich die Untersuchungen über angebliche Beihilfe zur Steuerhinterziehung in den USA. Zunächst stand im Jahr 2008 die UBS im Fokus, doch rasch griffen die Anschuldigungen auf andere Finanzinstitute über. Je mehr Details ans Licht kamen, desto schwächer wurden das moralische Standing der Schweizer Banker und deren Fähigkeit, die politischen Geschehnisse zu beeinflussen. Zwar setzen dem manche Bankiers richtigerweise entgegen, dass sie keine Schweizer Gesetze gebrochen hatten, indem sie Offshore-Konten für US-Kunden einrichteten. Doch die Bereitwilligkeit, mit der raffinierte Strukturen entworfen wurden, um den Eigentümer zu verschleiern, sieht für Washington nach Komplizenschaft aus. Die Verwegenheit mancher Häuser, auch nach dem harten Schlag gegen die UBS deren vertriebene US-Kunden zu übernehmen, sucht ihresgleichen.

Solche Handicaps haben den Widerstandsgest der Banken gegen die Expansion der Regulatoren arg beeinträchtigt. Die harte Hand der Schweizer Aufsichtsbehörden wurde zudem gestärkt durch Kräfteverschiebungen innerhalb der Regulierungsbehörden – ähnlich wie auch im Vereinigten Königreich, wo offenkundiges Versagen der Financial Services Authority (FSA) (des Pendant zur Schweizer Finanz-

marktaufsicht [Finma]) die Rolle der Bank of England (des Pendant zur Schweizerischen Nationalbank [SNB]) aufgewertet haben. Ungefähr dasselbe ist in Helvetien passiert. Die Finma bleibt zwar erste Adresse für die Finanzmarktregulierung, ihre während der Krise offenbar gewordenen Schwächen haben aber das regulatorische Pendel zugunsten der SNB ausschlagen lassen. Deutlich wurde das im Juni 2012, als die SNB die Credit Suisse öffentlich dazu aufforderte, ihr Eigenkapital aufzustocken – eine Zuständigkeit, die früher ausschliesslich bei der Finma gelegen hätte.

Das Bekenntnis der Finma zu ihren Fehlern während der Kreditklemme ist zwar eine unerfreuliche Lektüre, hat der Organisation aber nicht nur geschadet. Ihre polizeiliche Gewalt über die Banken wurde mit mehr Macht und Personal gestärkt. Der moralische Sieger heisst aber SNB. Im Jahr 2010 war der damalige SNB-Vize und heutige Präsident des Direktoriums, Thomas Jordan, eine der einflussreichsten Persönlichkeiten in der Expertengruppe, welche die *too big to fail*-Vorlage ausarbeitete. Zudem war sein früherer

Vorgesetzter, Philipp Hildebrand, Präsident des Financial Stability Board (FSB), einer elitären Gruppe aus internationalen Zentralbankern und Aufsichtsbehörden, welche das regulatorische Umfeld absteckt, in dem sich die grössten Banken der Welt bewegen können.

Das Ergebnis von alledem ist eine merkliche Verbesserung der finanziellen Stabilität der Grossbanken UBS und CS. Beide wurden ermutigt und dazu gedrängt, ihr Eigenkapital im Vergleich zu den internationalen Konkurrenten zu steigern. Zudem müssen sie neuartige Anleihen herausgeben, welche im Krisenfall zuerst als Kapitalpuffer zum Einsatz kommen – die sogenannten CoCo-Bonds. Die Bankbilanzen wurden durch zusätzliche Massnahmen gestärkt, etwa den Rückbau des Investmentbankings und den Rückzug aus den Geschäftsfeldern mit den höchsten Eigenkapitalanforderungen. Die finanziellen Reserven wurden aufgestockt durch Kapitalerhöhungen und tiefere Dividenden. Interessanterweise waren viele kleinere Banken kaum betroffen. Sie wiesen bereits vor der Krise sehr viel Eigenkapital aus und sind auch



Unterwegs lesen.



Jetzt im
iKiosk!



Abonnenten haben unbeschränkten Zugriff auf alle Artikel, Bilder und Grafiken.

DIE WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT

heute noch in den Augen der meisten Analysten überkapitalisiert.

Zurücklehnen kann sich die Schweiz angesichts dieser Erfolge allerdings nicht. Zu den Lehren der Finanzkrise gehört auch, dass die Märkte ständig in Bewegung sind und neue Finanzprodukte entstehen. Die internationale Regulierung ist daher eine dauernde Herausforderung. Die meisten Banken haben ihr Eigenkapital freiwillig viel rascher ausgebaut, als dies durch die neuen Vorschriften des Regelwerks Basel III unbedingt nötig gewesen wäre, das bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel verhandelt wird. Dabei gehörten die UBS und die CS im internationalen Vergleich zu den Spitzenreitern. Ende Juni wies die UBS ein risikogewichtetes Eigenkapital nach den Basel-III-Regeln von 11,2 Prozent aus, die Credit Suisse schaffte 10,4 Prozent.

Scheinsicherheiten?

Doch die regulatorischen Anforderungen entwickeln sich rasch weiter. Im Gespräch sind derzeit beispielsweise strengere Vorschriften für den erlaubten Fremdkapitalanteil an der gesamten Bilanz, die sogenannte Leverage-Ratio. Diese Woche erklärte Stefan Ingves, der schwedische Notenbanker, der das Basel-Komitee zur Bankenaufsicht leitet, gegenüber der *Financial Times*, dass die zukünftige Ban-

kenaufsicht eine grössere Spannweite an Regeln entwickeln werde, als dies heute der Fall sei. Zusätzlich zum bisherigen Fokus auf die Minimalvorschriften beim Eigenkapital würden neu auch die Liquiditätsplanung und die Finanzierungsstruktur insgesamt ins Blickfeld rücken. Auch die Art und Weise, wie die Regeln bei den Banken umgesetzt werden, soll genauer angeschaut werden. Zusätzlich zu den unvermeidlichen neuen Vorschriften werden also auch die bestehenden Standards genau unter die Lupe genommen. Viel Aufmerksamkeit wird beispielsweise auf die Frage verwendet, wie die Banken ihr risikogewichtetes Eigenkapital berechnen. Die Regulierungsbehörden haben festgestellt, dass diese Methoden höchst unterschiedlich angewendet werden.

Trotz all diesen wohlklingenden Massnahmen: Die Tendenz von Banken, auf der Bananenschale auszurutschen, sollte man niemals unterschätzen. Auch während ihrer schmerzhaften Erholung erlitt die UBS teilweise massive Rückschläge. Die Strafzahlung im Vereinigten Königreich für Fehler im dortigen

Private Banking gehört zum Mildereren, was die Bank jüngst erleiden musste. Dasselbe kann man nicht von den 2,3 Milliarden US-Dollar sagen, welche der junge UBS-Börsenhändler Kweku Adoboli in London in den Sand setzte. Ein noch jüngeres Beispiel sind die Bussen aus dem Libor-Skandal, die sich auf 1,5 Milliarden US-Dollar belaufen. Unter anderen hatten sich auch UBS-Leute mit Börsenhändlern weiterer Banken abgesprochen, um diesen Zinssatz zu manipulieren.

Nun war die UBS keineswegs eine Alleintäterin im Libor-Skandal: Viele andere Häuser müssen schmerzhaft Bussen gewärtigen oder haben diese bereits bezahlt. Aber solche Vorkommnisse zeigen, dass die Reputation der Banken ständig bedroht ist und im Extremfall auch ihre Sicherheit – selbst bei immer höheren Eigenkapitalpuffern und dem Argwohn der Regulatoren.



Der Finanzjournalist Haig Simonian schrieb lange für die *Financial Times*. Er lebt in Zürich.
Aus dem Englischen von Florian Schwab



Die Picard Angst Investment Solutions AG arbeitet nach Ihren Massen seit 10 Jahren

Wir begleiten Sie von der Idee bis zur Umsetzung Ihres Strukturierten Produktes und während dessen Lebensdauer.

- Sie erleben eine prompte Umsetzung Ihrer Wünsche und Bedürfnisse
- Die Reaktionszeit bei neuen Situationen und Anforderungen ist kurz
- Vor- und Nachteile von Varianten werden auf die Zielvorstellungen hin evaluiert
- Durch unsere langjährige Erfahrung im Bereich der Strukturierten und Derivativen Produkte unterstützen wir Sie mit unabhängigem Fachwissen und unserem Netzwerk
- Dabei legen wir Wert auf die transparente Darstellung komplexer Produkte
- Die Picard Angst Investment Solutions AG findet für den Anleger den idealen Emittenten und handelt die bestmöglichen Konditionen aus
- In Frage kommen ausschliesslich erstklassige Schuldner als Emittenten
- Wir treten während dieses Prozesses nicht sichtbar in Erscheinung, da wir als unabhängiger Produkteberater tätig sind
- Sie treffen auf attraktive Gebührenstrukturen für das gesamte Dienstleistungsspektrum
- Wir überwachen die gesamte Abwicklung, die direkt zwischen Ihnen und dem Emittenten stattfindet (LGZ)

Nehmen Sie am Markt teil mit unseren massgeschneiderten Strukturierten Produkten.



Picard Angst Investment Solutions AG
Bahnhofstrasse 13-15, CH-8808 Pfäffikon SZ
+41 (0)55 290 55 55 | www.picardangst.ch

Picard Angst Investment Solutions SA
Rue de la Croix-d'Or 7, CH-1204 Genève
+41 (0)22 989 50 00 | www.picardangst.ch

Mein Name: *Thomas*

Mein Beruf: *Unternehmer*

Mein Traum: *Meine Tochter als
neue Geschäftsführerin*

Meine Privatbank: *Julius Bär,
weil sie mich auch
bei der Nachfolgeplanung
erstklassig berät*

Anlageberatung · Vermögensverwaltung · Vorsorgeplanung ·
Steuerplanung · Immobilienfinanzierung

www.juliusbaer.ch

Julius Bär
Your private bank.

Julius Bär ist an 15 Standorten in der Schweiz präsent. Von Ascona, Basel, Bern, Crans-Montana, Genf, Kreuzlingen, Lausanne, Lugano, Luzern, Sion, St. Gallen, St. Moritz, Verbier, Zug bis Zürich (Hauptsitz).

Der letzte Ritter des Liberalismus

Von Philip Plickert — Wer die immer wiederkehrenden Finanzkrisen verstehen will, kommt am österreichischen Ökonomen Ludwig von Mises nicht vorbei. Wenig bekannt ist, dass Mises ein grosser Liebhaber der Schweiz war.

Ja, wer konnte denn die grosse Finanz- und Wirtschaftskrise kommen sehen, die vor fünf Jahren ausbrach? Der Mainstream der Ökonomen war jedenfalls völlig überrascht, als die Finanzblase platzte. Einer der wenigen, die davor gewarnt hatten, war William White, Chefvolkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Als der BIZ-Chefökonom die grossen Zentralbanker der Welt mit seinen Sorgen konfrontierte, erntete er wütende oder hämische Reaktionen. Wie konnte White, ein Kanadier mit Vorliebe für Holzfällerhemden, die Ursachen und Vorzeichen der Krise erkennen? Er stützte sich auf die österreichische Geld- und Konjunkturtheorie, die vor allem Ludwig von Mises (1881 bis 1973) begründet hat.

Ihr Hauptargument: Wenn die Zinsen zu tief gedrückt werden und zu viel Geld über Krediterschöpfung in die Wirtschaft kommt, folgt daraus ein ungesunder Boom. Das billige Geld wird für Investitionen genutzt, die eigentlich unrentabel sind. Wie verrückt wird gebaut und investiert, zudem zieht der Konsum an. Der Boom überhitzt schliesslich, steigende Zinsen lassen die Blase platzen. Viele Projekte entpuppen sich als nicht mehr finanzierbare Fehlinvestitionen. Sie müssen abgebrochen und liquidiert werden. Die Preise fallen, die Blase platzt. Es folgt eine tiefe Rezession.

Dass die vor fünf Jahren geplatzte Immobilienblase in den Vereinigten Staaten, die in die ganze Welt ausstrahlte, mit einer zu langen Phase zu expansiver Geldpolitik unter dem Zentralbankchef Alan Greenspan zu tun hatte, das ist heute eine weithin geteilte Analyse. Die beispiellose Aufblähung der Geldmenge war in den Jahren vor der Krise ignoriert worden. Die Mises-Jünger fordern deshalb eine radikale Lösung: Sie wollen das staatliche Papiergeldmonopol brechen. Dort liegt ihrer Meinung nach der Kern vieler ökonomischer Fehlentwicklungen und der chronischen Inflation.

Ludwig von Mises, geboren 1881 in Lemberg, im damals österreichischen Galizien, und in Wien aufgewachsen, war der konsequenteste und radikalste Wirtschaftsliberale des 20. Jahrhunderts. Sein Biograf Jörg Guido Hülsmann nennt ihn den «letzten Ritter des Liberalismus». Unnachgiebig beharrte er darauf, dass der Staat sich vollständig aus der Wirtschaft heraushalten solle.

Berühmt wurde Mises mit dem Sozialismus-Streit, der im Roten Wien und darüber hinaus in ganz Europa hohe Wellen schlug. Kurz zuvor war in Russland die bolschewistische Revolu-



Grosser Warner: Ökonom von Mises.

tion siegreich, weite Teile der linken Intelligenz Europas begrüßten die Umwälzungen, auch wenn das Land bald mit einem scharfen wirtschaftlichen Einbruch zu kämpfen hatte.

Warum der Kapitalismus effizienter ist

Die falschen Ideen des Sozialismus konnten nur mit besseren Ideen bekämpft werden. Also attackierte Mises in einem Aufsatz das Herzstück der sozialistischen Verheissung: dass nämlich die Wirtschaft nicht nur gerechter, sondern auch effizienter und rationaler geplant werden könne, wenn der «chaotische» oder «anarchische» Kapitalismus überwunden werde, der nur dem Profitstreben gehorche. Lenin schrieb in seinem Büchlein «Staat und Revolution», dass künftig alle Arbeiter und Angestellten in einem gewaltigen Kollektiv zusammengefasst würden. Die Überwachung ihrer Arbeit und die Steuerung der Wirtschaft sei dann «äusserst vereinfacht». Es genüge, dass man «die vier Grundrechenarten beherrscht».

Nichts war falscher als dies, wusste Mises. Er legte dar, dass im Sozialismus eine «rationale Kostenrechnung» nicht möglich sei – schlicht, weil die Planer keine realistischen Preise als Orientierungshilfe hätten. Die sozialistische Wirtschaft sei daher zu Ineffizienz und Niedergang verurteilt. Frühere Sozialismus-Gegner hatten vor allem kritisiert, dass es im Sozialismus zu wenig Leistungs- und Arbeitsanreize gebe, wenn man kein Privateigentum mehr haben dürfe. Mises brachte ein anderes Argument: Ohne Privateigentum und marktwirtschaftlichen Tausch bilden sich keine Preise, welche die relative Knappheit von Gütern anzeigen. Der zentrale Planer tappt im Dunkeln. Anders als in der Marktwirtschaft können die Konsumenten ihre Wünsche nicht über preisliche Nachfrage kommunizieren. Die Planwirtschaft geht mithin am Bedarf vorbei. Sie ist zu geringer Produktivität, Stagnation und letztlich Niedergang verdammt.

In seinem Buch «Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus» (1922) zeigte Mises zudem, dass der Sozialismus auch politisch gefährlich ist, weil er zu einem autoritären Zwangsregime, ja zur Diktatur führt. «Man kann das sozialistische Gemeinwesen in seinem inneren Aufbau am besten mit einer Armee vergleichen», schrieb Mises. Statt freier Bürger in der marktwirtschaftlichen «Verbraucherdemokratie» gebe es im Sozialismus nur noch Untertanen des Beamtenstaates. Sein Freund Friedrich August von Hayek, später mit dem Wirtschaftsnobelpreis geehrt, hat diese Gedanken aufgegriffen und in seinem Buch «Der Weg zur Knechtschaft» (1944) ausgebaut.

Wie eine Bombe schlug Mises' Buch gegen den Sozialismus ein. Seine Attacke gegen die Planwirtschaft erschütterte eine ganze Generation junger Ökonomen. Wilhelm Röpke etwa bekannte: «Ich wäre ein ganz anderer Typ Nationalökonom und Mensch geworden, wenn

ich nicht zufällig auf das Buch «Die Gemeinwirtschaft» gestossen wäre.» Noch zwanzig Jahre später versuchten sich sozialistische Ökonomen an einer Widerlegung von Mises' Argument – letztlich gab ihm die Geschichte recht.

Eine grosse akademische Karriere hat Mises nie gemacht. Mehr als zwanzig Jahre arbeitete er in der Wiener Handelskammer, nebenbei lehrte er an der Universität nur als ausserordentlicher, unbezahlter Professor. Als strikt marktwirtschaftlicher Jude war er ein doppelter Aussenseiter. Im Herbst 1934 nahm er ein Angebot William Rappards an, nach Genf auf eine Professorenstelle ans Institut de hautes études internationales zu wechseln.

An dieser Hochschule vor allem für Diplomaten des Völkerbunds traf Mises auf befreundete liberale Gelehrte wie Röpke. Unterrichtet wurde auf Französisch und Englisch, wobei Mises im Englisch stets einen schweren österreichischen Akzent behielt. Ein gutes Gehalt und wenig Lehrverpflichtungen, dafür aber viel Zeit zum Forschen und Schreiben hatte Mises in dieser Zeit in Genf. Zugleich entdeckte er, gemeinsam mit seiner Frau, einer Schauspielerin, seine Liebe zum Autofahren in den Schweizer Bergen.

«Das waren wohl die glücklichsten Jahre seines Lebens», sagt Biograf Hülsmann – trotz der wachsenden Bedrohung nach dem «Anschluss» Österreichs an NS-Deutschland im März 1938. Mises' Wohnung in Wien wurde aufgebrochen, Gestapo-Männer schleppten seine persönliche Korrespondenz, seine Bibliothek, Silber, Gemälde und auch Wäsche weg. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verschlimmerte die Situation für Mises noch mehr, er fühlte sich umzingelt in der Schweiz.

Im Juli 1940 flüchtete er mit seiner Frau auf abenteuerliche Weise mit dem Bus durch das schon halbbesetzte Frankreich und durch Spanien. Schliesslich bestiegen sie in Lissabon ein Schiff nach Amerika. Dort wurde er Gastprofessor an der New York University, doch sein Gehalt zahlte eine private Stiftung. Sein 1949 erschienenes monumentales Werk «Human Action» erreichte allerdings über die Jahrzehnte eine Auflage von mehreren Hunderttausenden und begeisterte breite Kreise in Amerika.

«Ihr seid doch alles Sozialisten»

Mises, der kompromisslose, oft liebenswürdig-witzige, manchmal auch schroffe Liberale, blieb dennoch am Rande des Wissenschaftsbetriebs – auch wegen seiner rigiden methodologischen Ansichten. Die Mathematisierung der Ökonomie lehnte Mises strikt ab, weil sie relativistischen Ansichten Vorschub leiste. Je nach den Annahmen, die man in die Formeln und Modelle einbaut, kann man praktisch zu jeder Schlussfolgerung kommen. Selbst mit seinen Freunden gab es Konflikte, wenn sie seiner Linie nicht folgten. Legendär ist die Szene, wie Mises bei einer Debatte über den Goldstandard im Kreise der liberalen Mont Pèlerin Society einmal «Ihr

seid doch alles Sozialisten» rief und daraufhin wutentbrannt den Raum verliess.

Unterstützer fand Mises in der kleinen, aber wachsenden radikal-liberalen Szene, in Denkfabriken auf der ganzen Welt. Auch in Europa sind kleinere Think-Tanks aktiv, etwa in Zürich das Liberale Institut; sogar weit in Osteuropa sind nach 1990 Institute gegründet worden, die seine Ideen verbreiten.

Wie sehr Mises die Schweiz geliebt hat, zeigte er in seinem letzten Lebensjahr: Kurz vor seinem Tod 1973 äusserte er den Wunsch, noch einmal die Schweiz zu sehen – nicht Österreich. Seine Frau organisierte den Flug, sie verbrachten ein paar Tage in einem Kurort in den Bergen nahe Luzern. Auf dem Rückflug verschlechterte sich Mises' Zustand. Einen Tag nach seiner Ankunft in New York kam er ins Krankenhaus. Dort starb er am 10. Oktober – vor genau vierzig Jahren.

Mises war ein grosser Warner. Er sei letztlich «Geschichtsschreiber des Niedergangs geworden», schrieb er in seinen Memoiren in den siebziger Jahren. Dabei sah er nicht nur den kommunistischen Ostblock, sondern auch den Westen auf einem verhängnisvollen, staatsinterventionistischen Weg. Dazu muss man sein Konzept der Interventionsspirale verstehen, die immer tiefer alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft erfasst. Greift der Staat an einer Stelle in das Wirtschaftsgeschehen ein und setzt er Preise oder Angebotsmengen fest, so zieht dies nach Mises unweigerlich den nächsten, angeblich korrigierenden Eingriff nach sich. Eine Intervention folgt der nächsten. Am Ende rutscht man über immer mehr Dirigismus in die Planwirtschaft.

Beispiele für Interventionsspiralen gibt es genug. Besonders in der Geldpolitik ist Mises' Warnung vor der Interventionsspirale sehr berechtigt. Der keynesianischen Theorie folgend, wonach tiefe Zinsen die Wirtschaft stimulieren, haben Zentralbanken immer wieder die Leitzinsen niedriger als angemessen angesetzt. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate waren die Leitzinsen oft sogar negativ. Es bildeten sich – von Amerika ausgehend – wandernde Blasen und Verzerrungen. Zu viele sinnlose Finanzprodukte, zu viele Baukapazitäten. Doch statt eine schmerzhaftere Bereinigung und Abschreibungen der Überkapazitäten und Fehlinvestitionen zuzulassen, versuchen die Zentralbanken mittels ultraniedriger Zinsen gegenzusteuern.

Auch heute sind die Leitzinsen wieder negativ, und die Geldpolitik soll noch lange sehr expansiv bleiben. Nicht nur strikte Mises-Anhänger, auch die Ökonomen der BIZ fürchten, dass eine lange Billiggeldflut den Keim für die nächste Krise legt. Doch die grossen Zentralbanken der Welt scheinen die Warnung wieder zu ignorieren.

Philip Plickert ist Wirtschaftsredaktor der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.



Privatisiert das Geld

Finanzkrise, Schuldenkrise, Enteignung: Unser staatsmonopolistisches Geldsystem führt von einer Katastrophe zur nächsten. Eine Privatisierung schafft wieder echtes Geld.

Von Samuel Hofmann

Der Sündenbock war nach Ausbruch der Finanzkrise schnell gefunden. Die meisten Medien und Politiker beschuldigten den angeblich ungezügelter Kapitalismus als Verursacher der Spekulationsblase und der darauffolgenden Rezession. Wie üblich erklang der Ruf nach dem starken Interventionsstaat. Banken wurden gerettet und Unsummen von neuem Geld in die Märkte gepumpt. Die Gefahr scheint vorerst gebannt, und die Börsen boomen wieder. Die wirkliche Krisenursache, die zugleich Basis für den nächsten Crash ist, ging dabei vergessen: das staatliche Geldmonopol.

Beim Geld herrscht keine freie Marktwirtschaft, sondern staatliche Planwirtschaft. Viele Menschen halten Geld für etwas Besonderes und deshalb für eine Staatsaufgabe. Dabei erfüllt echtes Geld alle Kriterien eines normalen Gutes, das von Individuen freiwillig getauscht wird. Da der Naturaltausch offensichtlich sehr unpraktisch ist, besteht ein Bedürfnis nach einem Gut, das man als breit akzeptiertes Tauschmittel einsetzen kann. In der Menschheitsgeschichte haben die verschiedensten Güter wie Weizen, Vieh oder Salz als Geld gedient.

Doch besonders Silber und Gold haben sich im freien Wettbewerb als marktgängiger als andere Güter erwiesen. Edelmetalle sind leicht teilbar, nahezu unzerstörbar, vergleichbar, können nicht beliebig vermehrt werden und bestechen durch ihre Schönheit. Aufgrund der Nachfrage bildete sich mit der Zeit ein Austauschverhältnis zu anderen Gütern: die Preise, ausgedrückt in Gold oder Silber. Preise sind die wichtigste Information über die relative Knappheit eines Gutes. Kein Staat hätte von heute auf morgen ungedecktes Papiergeld einführen können, die Menschen hätten das Papier nicht als Wert in der vom Staat beabsichtigten Höhe anerkannt. Als der für seine sexuellen und finanziellen Eskapaden bekannte persische König Gaichatu im Jahr 1294 die leere Staatskasse durch die Ausgabe von ungedecktem Papiergeld füllen wollte, kam es zum Chaos auf den Basaren, und die Untertanen rebellierten. Das Experiment dauerte nur wenige Monate und endete mit Gaichatus Tod. Über Hunderte von Jahren war Papiergeld lediglich als Quittung für einen wirklichen Wert akzeptiert, sprich als Anspruch auf physisches Gold, welches bei Banken eingelagert war.

Die Geschichte des Geldes war denn auch ein langsamer Ablösungsprozess von den ursprünglich freien Geldgütern über ein feudal kontrolliertes Münzwesen zum staatlichen (Teil-)Goldstandard und schliesslich zur heutigen Zeit der ungedeckten Papierwährungen. Die wesentliche Erkenntnis dabei ist, dass sich Geld ursprünglich spontan am Markt gebildet hat. Das bessere Geld hat sich gegenüber dem schlechteren Geld durchgesetzt.



Realer Wert: Gold.

Diese Regel des freien Wettbewerbes kehrte sich allerdings in ihr Gegenteil um, sobald ein Herrscher auf die Idee kam, nur noch offizielle Münzen zuzulassen und einen gesetzlichen Annahmepflicht für diese einzuführen. Zwecks Kriegs- und Herrschaftsfinanzierung fingen die Machthaber nämlich an, die Reinheit der Edelmetallmünzen zu verfälschen, um mehr Münzen herausgeben zu können. Der Reinheitsgrad und somit der eigentliche Tauschwert nahm laufend ab, der nominelle Wert der Münzen wurde dagegen beibehalten.

Dies hatte zur Folge, dass sich im täglichen Gebrauch die schlechten Münzen durchsetzten, da die reinen Münzen von den Menschen zurückgehalten wurden. Letztendlich stiegen,

wie immer bei einer künstlichen Ausweitung der Geldmenge, die Preise aller anderen Güter.

Mit der Einführung des Papiergeldsystems kann dieser Inflationsmechanismus nun auf die Spitze getrieben werden. Das Geld ist durch nichts mehr gedeckt und die jeweilige staatliche Währung praktisch überall alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Die Ausgabe privater Noten und Münzen ist grundsätzlich verboten (wobei immerhin gewisse Graubereiche existieren). Die Notenbanken sind zwar meist formell unabhängig, ihre Direktorien werden jedoch von den Regierungen ernannt und handeln dementsprechend auch uneingestanden in deren Interesse. Es reicht heute der Knopfdruck eines Notenbankers, um neues Geld in Umlauf zu bringen.

Schöpfung aus dem Nichts

Das ist praktisch für die Regierungen, die sich mit der Ausgabe von ungedecktem Papiergeld leichter verschulden und so die Menschen fast unbemerkt enteignen können, ohne dass sie unbeliebte Steuern erheben müssen. Es lassen sich so Wahlversprechen und aufgeblähte Staatsapparate auf Pump finanzieren. Praktisch ist es auch für die Banken, die das Privileg besitzen, als Erste neugeschaffenes Geld von der Notenbank zu bekommen. Damit können sie zu noch günstigen Konditionen – also bevor die Preise steigen – gewinnbringende Investments tätigen.

Mit Verzögerung folgt auf eine Ausweitung der Geldmenge dann die Preisinflation, zum Nachteil jener, die das neue Geld später erreicht. Da modernes Geld an sich keinen Wert hat, sondern zum Tausch realer Güter und Dienstleistungen dient, schafft eine Erhöhung der Geldmenge keinen realen Wohlstand – wenn dem so wäre, wäre Simbabwe heute die erfolgreichste Volkswirtschaft der Welt –, sondern verteilt ihn lediglich neu. Nämlich von den Bürgern, den Verlierern, zu den der Zentralbank nahestehenden Institutionen, den Gewinnern.

Die Geldschöpfung endet aber nicht bei der Notenbank, sondern fängt danach erst richtig an. Da das monopolisierte Geld alleiniges Zahlungsmittel innerhalb eines Landes ist, müssen sich die Banken dieses Landes nicht vor der Konkurrenz durch besseres Geld fürchten und haben keinen Anreiz an einer Wertstabilisierung ihrer Kundeneinlagen. Sie können es sich daher

leisten – und der Staat erlaubt es ihnen auch explizit als Privileg –, ein Teilreservesystem zu führen. Die privaten Banken verleihen das ihnen anvertraute Geld grösstenteils weiter, auch wenn es sich dabei um Sichteinlagen handelt, welche jederzeit vom Kunden beansprucht werden können und die Bank so eigentlich chronisch insolvent wird. Das verliehene Geld landet erneut bei einer Bank, die es wiederum verleiht, und so weiter. Die Geldmenge wird nochmals um ein Vielfaches erhöht. Bei einer Mindestreserve von beispielsweise 2,5 Prozent hat das Bankensystem die Möglichkeit, aus einer Einlage von 100 Franken neues (Kredit-)Geld in der Höhe von 4000 Franken zu schaffen. Die privaten Banken geniessen somit das Privileg, neues Geld aus dem Nichts zu schöpfen und dabei von den Zinseinnahmen auf das Nichts zu profitieren.

Österreichische Schule

Hinter dem neuen Geld stehen keine real erarbeiteten Ersparnisse mehr. Echte Ersparnisse sind zurückgehaltener Konsum. Mit ihnen lassen sich Investitionen tätigen, welche im Erfolgsfall die Volkswirtschaft mehr benötigte Güter produzieren lassen. Der vor Enteignung sichere Kapitalaufbau ist eine wichtige Voraussetzung für unseren Wohlstand. Wir würden heute noch in Höhlen leben, hätten unsere Vorfahren nie für Investitionen gespart, sondern immer alles gleich konsumiert.

Hingegen stehen die Investitionen, die durch Geldschöpfung aus dem Nichts finanziert werden, auf wackligen Füßen. Denn genauso wie sich die Geldmenge aus dem Nichts ausdehnt, kann sie sich bei aufkommenden Unsicherheiten wieder schlagartig ins Nichts zusammenziehen. Das Geld ist dann buchstäblich weg. Es kommt zu einer Kreditkrise und zu Deflation. Im Gegensatz zu einer natürlich sanften Preisdeflation (die bei einer angenommen gleichbleibenden Geldmenge durch ein erhöhtes

Güterangebot und Produktivitätsfortschritte entstehen würde und die Menschen so am wachsenden Wohlstand partizipieren lässt) ist diese abrupte Deflation infolge der vorausgehenden Inflation höchst schmerzhaft.

Am Anfang des Prozesses stehen eine Geldmengenerhöhung und manipulierte Zinsen der Notenbanken. Zinsen sind der Preis für Kreditgeld und sollten eigentlich dessen relative Knappheit ausdrücken. Künstlich niedrige Zinsen wirken ökonomisch wie ein Höchstpreis: Sie halten Anbieter vom Anbieten ab und regen gleichzeitig Nachfrager zum Nachfragen an – ein permanentes Ungleichgewicht. Selbst der klügste Notenbanker kann die Zinsen nicht so steuern, wie dies ein freier Markt mit realem Angebot und realer Nachfrage machen würde. Die Zinsen können ihre Koordinationsfunktion nicht mehr wahrnehmen.

Die Unternehmer werden durch die Marktverzerrung zu Fehlinvestitionen verleitet, die sich beim unvermeidlichen Anstieg des Preis- und Zinsniveaus als nicht mehr rentabel herausstellen. Die grosse Blase bildet sich meist auf den Immobilien- und Finanzmärkten. In den offiziellen Teuerungststatistiken werden diese Vermögenspreise denn auch nicht ausgewiesen, sondern lediglich die Konsumpreise.

Ökonomen der österreichischen Schule wie Ludwig von Mises oder Friedrich A. von Hayek, welcher die «Entnationalisierung des Geldes» in seinem gleichnamigen Buch forderte, haben die verheerende Wirkung der geldpolitisch erzeugten Blasen früh erkannt. Roland Baader, ein Vertreter dieser Denkrichtung, zeigt in seinem Buch «Geldsozialismus» minutiös auf, wie die inflationäre Geldpolitik des Fed nach dem Platzen der Dotcom-Blase – die Zinsen wurden von 6,5 Prozent auf 1 Prozent gesenkt – hauptverantwortlich für die Finanzkrise seit 2008 ist. Da die notwendigen Anpassungen bei

einer Kreditkrise wie erwähnt schmerzhaft, wenn auch folgerichtig sind, wird die Korrektur mit immer höheren Notenbankinterventionen übertüncht. Auf die Intervention folgt der nächste, noch grössere Crash. Der Brandstifter wird zum Feuerwehrmann wird zum Brandstifter wird zum Feuerwehrmann. Ein instabiles, zwischen Boom und Bust schwankendes, semisozialistisches Wirtschaftssystem.

Wie bei allen Gütern, die Menschen freiwillig miteinander tauschen, schafft der freie Markt auch beim Geld bessere Lösungen als staatliche Orchestrierung. Ein solches System wird als «Free Banking» bezeichnet und darf keine staatlichen Privilegien für Banken beinhalten. Die Menschen hätten wieder die freie Wahl, was sie als Geld akzeptieren und was nicht. Geld, welches ständig an Kaufkraft verliert, wird sich kaum lange im Wettbewerb halten können. Auch heute würde sich in einem freien Markt voraussichtlich goldgedecktes Geld durchsetzen. Doch sind auch jederzeit andere Güter oder Indizes als Alternative denkbar, sollten die Menschen zur Ansicht gelangen, dass diese als Geld geeignet sind. Eine grenzenlose Kreditgeldexpansion mit den Sichteinlagen des Kunden ist ein Betrug an diesem und würde eine Bank ohne staatliche Privilegien vertragsbrüchig, konkurrenzunfähig und insolvent machen.

Kredite müssten aus Termingeldern oder anderen vertraglich vom Kunden der Bank zu diesem Zweck und zu Marktzinsen bereitgestellten Mitteln bestehen. Die schädliche Umverteilung würde wieder einem fairen Wettbewerb weichen. Freies Marktgeld ist die einzige Chance, der staatlichen Interventionsspirale zu entkommen und wieder eine auf Freiheit und Eigentum beruhende Ordnung aufzubauen.

Samuel Hofmann ist Betriebsökonom und leitet den Innendienst der *Weltwoche*.



Erfolgreich in die Zukunft

Florastrasse 44 | CH-8008 Zürich

T 044 420 11 11

F 044 420 11 12

Firma im Bereich Flugzeugelektronik	CH-Firma im Bereich erneuerbare Energien	Spezialist im Bereich Industrie Computer
Reingewinn: CHF 1'200'000.– Preis: CHF 4'000'000.–	Umsatz: CHF 40'000'000.– Preis: CHF 13'800'000.–	Umsatz: CHF 1'176'000.– Preis: CHF 980'000.–
Beratungsfirma mit kapitalkräftigen Kunden	Produktion/Handel in der Glasverarbeitung	E-Shop mit Leader-Positionierung
Umsatz: CHF 262'000.– Preis: CHF 350'000.–	Umsatz: CHF 510'000.– Preis: CHF 780'000.–	Umsatz: CHF 2'000'000.– Preis: CHF 2'050'000.–
Handelsfirma mit Design-Produkten	Fitnesspark mit neuwertiger Infrastruktur	Grosshandel mit italienischen Spezialitäten
Umsatz: CHF 210'000.– Preis: CHF 345'000.–	Umsatz: CHF 777'000.– Preis: CHF 500'000.–	Umsatz: CHF 1'640'000.– Preis: CHF 1'000'000.–
Drogerie mit langjähriger Erfolgsgeschichte	Handelsbetrieb mit attraktiver Ertragslage	30-jähriges Elektrohändlerunternehmen
Umsatz: CHF 1'500'000.– Preis: CHF 690'000.–	Umsatz: CHF 5'000'000.– Preis: CHF 900'000.–	Umsatz: CHF 822'000.– Preis: CHF 650'000.–
www.businessbroker.ch		

Was sind gerechte Steuern?

Von Pierre Bessard — Warum muss der eine 15 Prozent seines Einkommens dem Staat abliefern und der andere fast 50 Prozent? Woher kommt diese Steuerprogression, und ist sie überhaupt gerecht?

Die Suche nach einem «gerechten» Steuersystem begleitet uns seit Jahrhunderten. Vor allem ein Postulat der Aufklärung konnte der traditionellen Willkür der Herrschenden in Steuersachen Grenzen setzen: die unantastbaren Eigentumsrechte des Einzelnen. Dieses Rechtsinstitut war zugleich entscheidend für den einmaligen Aufstieg des Westens, denn keine unternehmerische Initiative, keine Kapitalbildung, keine langfristige Risikobereitschaft wäre möglich gewesen, wenn die Bürger zu jeder Zeit eine Enteignung durch den Steuerstaat hätten befürchten müssen. Die Eigentumsgarantie ist somit auch eine notwendige Grundlage für den rasanten Anstieg des Wohlstands und der Lebenserwartung, den die Menschheit in den letzten 250 Jahren erfahren durfte.

Die Frage des Steuersystems hat in der Zwischenzeit keineswegs an Brisanz eingebüsst. Der Staat als Gewaltmonopolist innerhalb seiner geografischen Grenzen beruht weiterhin auf Zwangsfinanzierung. Um Einnahmen zu erzielen, verletzt er damit unvermeidlich Eigentumsrechte, die er anderweitig schützen soll.

Zuletzt hat sich politisch die Ansicht durchgesetzt, dass ein «gerechtes» Steuersystem graduell steigende Grenzsteuersätze aufweist: Je mehr Einkommen man ausweist, desto höher ist der prozentuale Anteil, den man an den Staat abliefern muss. Diese Eigenschaft des heutigen Steuersystems ist bekannt als Steuerprogression.

Wurzeln im Marxismus

Neu ist die Idee progressiv steigender Steuersätze nicht, denn schon das marxssche «Kommunistische Manifest» forderte «eine starke Progressivsteuer», um das Privateigentum und die private Kapitalbildung zu beeinträchtigen und letztlich zu beseitigen. Auch wenn der Marxismus aus guten Gründen nicht mehr ernst genommen wird, hat der stete Ausbau des Sozialstaats – und damit verbunden der Staatsquote – in unserer Gesellschaft immer weiter zu einer schrittweisen Enteignung geführt. Der heutige Wohlfahrtsstaat könnte tatsächlich ohne die steuerliche Diskriminierung höherer Einkommen gar nicht überleben. Die Schweiz, die häufig gerne als ein freiheitliches



Bollwerk in Europa betrachtet wird, wurde von dieser Entwicklung nicht verschont.

Progressive Steuersätze sind allerdings kein Naturgesetz, sie sind ein Produkt politischer Ideologie. Würden Steuern ganz nüchtern als Preise für staatliche Dienstleistungen betrachtet, gäbe es überhaupt keinen Grund, warum deren Sätze oder Beträge abhängig vom Einkommen (und Vermögen) der Bürger sein sollten. Die Anbieter privater Güter und Dienstleistungen, seien es Lebensmittel, Kleider, Autos oder Immobilien, variieren ihre Preise auch nicht nach den Einkommen und Vermögen der Kunden.

Aus der Ethik des Eigentums und Tausches kann man daher nicht ableiten, dass progressive Steuern gerecht seien. Der überdurchschnittliche Anspruch des Staates auf höhere Einkommen und Vermögen beruht allein auf politischen Umverteilungszielen. Oft wird übersehen: Höhere Einkommen würden ohne die individuelle Begabung und Anstrengung ihrer Bezüger gar nicht existieren. Wenn Einzelne höhere Einkommen auf freien Märkten erzielen, geschieht dies nicht auf Kosten anderer. Im Gegenteil: Höhere Einkommen spiegeln wider, dass die Bedürfnisse und Nachfrage der Mitmenschen insgesamt besser befriedigt werden. Diese Wertschöpfung hindert auch keinen anderen daran, so wohlhabend oder noch wohlhabender als der erfolgreiche Anbieter zu werden. Reich-

tum wird im freien Wettbewerb geschaffen, nicht umverteilt. Diese Realität schliesst in einem Rechtsstaat jeden beliebigen Voranspruch der Allgemeinheit auf das Einkommen Einzelner aus.

Nicht zuletzt stellen progressive Steuern auch eine wirtschaftspolitische Dummheit dar, denn die Steuerprogression schmälert wirtschaftliche Effizienz, genauer: jeden Zugewinn an Effizienz. Jede unternehmerische Innovation, die den Wohlstand durch einen Effizienzgewinn mehrt, wird durch progressive Steuern geschwächt. Die Folge: Das Einkommensniveau, die Kaufkraft, die Investitionssicherheit und weitere wichtige Parameter der Wohlstandsentwicklung wachsen langsamer (oder nehmen sogar ab). Dass die Steuerprogression auch die Spar- und Investitionsanreize produktiver Unter-

nehmer mindert, ist besonders nachteilig für Menschen mit niedrigem Einkommenspotenzial: Anstellungsmöglichkeiten werden so reduziert, das Lohnniveau gesenkt.

Hoch produktive Leistungsträger ziehen das Niveau der ganzen Gesellschaft stetig nach oben, nicht indem sie ihre Einkommen ohne Gegenleistung umverteilen, sondern indem sie Kapitalakkumulation und wirtschaftlichen Fortschritt durch Investitionen und Innovationen anspornen. Dass die progressive Besteuerung den Innovativen und Erfolgreichen etwas nimmt, ist somit richtig. Dass sie den Geringverdienern aber hilft, das kann gestrost bestritten werden.

Wirklich hilfreich ist die Steuerprogression nur in einem Bereich: Sie befriedigt das primitive Gefühl des Neids gegenüber den Erfolgreichen und Gutverdienenden. Eine solche staatlich sanktionierte Diskriminierung sollte jedoch in einem Rechtsstaat keinen Platz haben. Sie ist nicht Gerechtigkeit, sondern Ausdruck von Willkür. Geradezu absurd ist, dass heute behauptet wird, progressive Steuern seien an der «Leistungsfähigkeit» der Zahlenden ausgerichtet. Erstens reduzieren progressive Steuern sowohl die Leistungsfähigkeit wie auch die Leistungsanreize. Sie bestrafen den Aufstieg hin zu mehr Leistungsfähigkeit. Vor allem aber wurde der Grundsatz der Leistungsfähigkeit 1789 in die Menschenrechtscharta aufgenommen, um die Steuerzahler vor exzessiver Besteuerung zu-

gunsten einer parasitären Herrschaftskaste zu schützen. Er sollte die Bürger also vor willkürlicher Besteuerung schützen, nicht willkürliche Besteuerung legitimieren.

Was also sind die Alternativen? Geht man davon aus, dass sich staatliche Dienstleistungen nicht freiwillig finanzieren lassen, dann gibt es nur eine gerechte Lösung: In einem funktionierenden Rechtsstaat würden die Grundaufgaben des Staates (Verwaltung der Justiz, innere Sicherheit, Verteidigung gegen aussen) durch einen fixen Betrag – beispielsweise pro Haushalt – finanziert. Alle anderen öffentlichen Dienstleistungen würden durch diejenigen Personen finanziert, welche sie tatsächlich nutzen.

Fünfzehn Prozent sind genug

In dem heute bestehenden, weit um sich greifenden Staat kommt die proportionale (im Gegensatz zur progressiven) Besteuerung, wie sie im Kanton Obwalden 2008 eingeführt wurde, dem Gebot der Gerechtigkeit nahe. Ein einheitlicher niedriger Steuersatz mit einem grosszügigen Freibetrag, der alle gleich trifft, reduziert zumindest die negativen Effizienz-, Leistungs- und Aufstiegsanreize. Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen legen nahe, dass eine proportionale Steuer in Höhe von zwölf bis fünfzehn Prozent genügend Steuereinnahmen generieren würde, um die Funktion des Staates auf dem Niveau fortschrittlicher westlicher Gesellschaften zu garantieren. Die Folge wären maximale Grenzsteuersätze in den meisten Schweizer Kantonen und Grossstädten, die rund zwei- bis dreimal niedriger wären als heute. Nach aller bisherigen Erfahrung würden die Steuereinnahmen (wie in Obwalden) dadurch sogar steigen, weil die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zunähme. Eine solche Reform würde auch den Weg für eine bessere Politik und einen nachhaltig weniger gefräsigen Staat ebnen. So profitierten Starke und weniger Starke zugleich von einem Steuersystem, das – wenn auch sicher nicht fehlerfrei – zumindest gerechter wäre als das heutige.

Pierre Bessard ist Direktor und Mitglied des Stiftungsrates des Liberalen Instituts in Zürich und Genf, Initiator von dessen Zentrum für Steuerwettbewerb und Fellow des Forschungsinstituts IREF.

Volkswirtschaft

Das Einmaleins der Besteuerung

1 — Wie auch immer eine Steuer benannt wird, sie trifft nicht das Steuerobjekt (zum Beispiel das Grundstück), sondern die dahinterstehenden Individuen. Nur Individuen können Steuern tragen.

2 — Jede Steuer ist eine Konsumsteuer. Was auch immer der Staat besteuert, den Müll, das Benzin oder die Handänderung im Ergebnis müssen die Besteuerten ihren Konsum einschränken.

3 — Bei Unternehmenssteuern trägt die Hoffnung, mit der Besteuerung die reichen Kapitalbesitzer zu treffen. Durch Unternehmenssteuern sinkt zwar die Rendite des Kapitals, Unternehmer investieren weniger. Doch es gehen Arbeitsplätze verloren, das Angebot sinkt, und es steigen die Preise. In der Regel verlieren alle: Kapitalbesitzer, Beschäftigte und Konsumenten.

4 — Mobile Faktoren lassen sich weniger gut besteuern als immobile Faktoren. Griffe der Staat auf mobile Faktoren voll zu, so würden diese als Dirigenten, Opernsänger und andere Gäste gar nicht mehr in die Schweiz kommen. Daher erheben die meisten Kantone eine reduzierte Quellensteuer von nur 15 Prozent. Ebenfalls wegen der Mobilität werden wohlhabende Ausländer in der Schweiz vielerorts pauschal besteuert. Dadurch wird verhindert, dass sie in ausländische Steuerparadiese ausreisen. Diese Logik hat der britische Fiskus eingesehen. Er belastet Expats nach der Aufenthaltsdauer: in den ersten Jahren weniger und dann immer mehr. Je länger sie bleiben, desto höher werden sie besteuert.

5 — Umgekehrt können immobile Faktoren wie Grund und Boden der Besteuerung nicht entgehen. Von der Auswanderung machen zwar die mobilen Faktoren Gebrauch. Doch diese lassen leere Standorte zurück. Es sinken die Grundstückpreise.

Grund und Boden tragen die Last, auch wenn gar keine Grundsteuer erhoben wird.

6 — Die französischen Revolutionäre von 1789 haben es besser verstanden. Sie besteuerten vor Ort Grundstücke, Betriebe und Wohnungen als Preis für die örtliche Infrastruktur. So konnte ein echter Standortwettbewerb entstehen.

7 — Die Verblendung entstand mit der Besteuerung des Einkommens nach dem Wohnsitzprinzip. Diese Besteuerung bringt zunächst mehr ein, weil die weltweiten Einkommen beim Steuerpflichtigen zusammengezählt und dort progressiv belastet werden. Die Staaten bilden eine Art Steuerkartell. Sie verdrängen das mobile Finanzkapital in Nichtkartellstaaten wie bislang die Schweiz. Unter dem Druck des Auslands sieht sich die Schweiz gezwungen, sich dem internationalen Steuerkartell der OECD zu unterwerfen.

8 — In den Euro-Staaten entstehen derzeit 10 bis 25 Prozent des BIP durch Schwarzarbeit. In der Schweiz liegt die Schattenwirtschaft bei etwa 8 Prozent. Die Schweiz braucht sich daher nicht drängen zu lassen, dem Informationsaustausch beizutreten.

9 — Progressive Steuersysteme funktionieren als Versicherung. Das Individuum bezahlt in guten Zeiten hohe Steuern und erhält in schlechten Zeiten Transfers. Darüber kann man sich einigen, solange die Karten des Lebens verdeckt sind. Liegen sie offen, so ist es für eine Versicherung zu spät.

10 — Was kann überhaupt ein Individuum aus seiner Steuerzahlung vom Staat erwarten? Die Antwort lautet: Eigentlich gar nichts. Denn: «Steuern sind gegenleistungslose Abgaben.» *Charles B. Blankart*

Der Autor ist Volkswirtschaftler und Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Universität Luzern.

Geld macht glücklich, wenn man sich auf die Zukunft freuen kann. Informieren Sie sich jetzt über die individuellen Vorsorgelösungen von Swisscanto bei Ihrer Kantonalbank oder auf swisscanto.ch/vorsorge



Einsichten am Rande des Staatshaushalts

Von Hans-Rudolf Merz — Wie erlebt ein Finanzminister das Geld? Er verfolgt die Presse, und er beurteilt täglich seine Kennziffern. Aber genügt das? Die Antwort ist nein, denn Geld ist weit mehr als Spreu und Weizen vor staatlichen Kornkammern.



Gute Lebensführung: alt Bundesrat Merz im Appenzellerland.

Die Höhlenbewohner im Wildkirchli oberhalb von Appenzell funktionierten vor 10 000 Jahren biologisch ähnlich wie wir Heutigen. Sie beschafften sich stetsfort Nahrung, und was über den Hunger ging, wurde für später gesalzen, getrocknet, gefroren oder bevorratet. Die Sippe war nur in geringem Mass zum Tauschhandel um Werkzeuge gezwungen. Mangels staatlicher Strukturen mussten wohl anarchische Verhältnisse geherrscht haben. Geld als Tauschmittel trat Tausende Jahre später zu biblischer Zeit in Erscheinung. Unter Moses' Führung und im Hinblick auf die Sesshaftwerdung am Jordan begannen die Israeliten, Güter durch Geld zu begleichen und Steuern zu erheben. Im Alten Testament wird die erste Flat-Rate-Tax von damals so beschrieben: Vom ganzen Ertrag von dem, was wächst Jahr für Jahr, ist der Zehnte abzugeben. Alle sieben Jahre soll ein Schuldenerlass gewährt werden.

Die Steueramnestie ward somit gleichzeitig erfunden. Jesus hat das Steuerwesen später gewissermassen legitimiert, indem er auf die Frage der Pharisäer, ob es eigentlich Gottes Wille sei, dass man dem römischen Kaiser Steuern zahlen müsse, antwortete: «Gebt dem

Geld war ursprünglich kaum mehr als eine Ware in Form von Scheidemünzen, Silber, Gold.

Kaiser, was ihm zusteht, und gebt Gott, was ihm gehört.»

Seither mäandert das Steuerwesen durch Lande und Jahrhunderte, und die Finanzminister staunen gelegentlich über einzelne Windungen. Als kleines Beispiel möge die fiskalische Behandlung professioneller Eingriffe am menschlichen Körper durch Dritte

dienen, etwa bei Krankheit, Gesundheitspflege, Betreuung, Bergung oder ähnlichen Umständen, wo bezüglich Mehrwertsteuer oder Gebühren heute Leistungen wie Physiotherapien, Organhandel, Helikopterrettungsflüge oder Kuren gänzlich unterschiedlich behandelt werden. Ein weiteres Beispiel sind die bizarren Unterschiede bei der steuerlichen Behandlung von Steinbrüchen, Pistenfahrzeugen, Baggern und Ähnlichem. Wenigstens wurden sowohl die Fenstersteuer als Ausdruck der Grösse des Vermögens als auch die Salzsteuer abgeschafft.

In der Tat: Seit den biblischen Zeiten ist einiges geschehen auf dieser Erde, und heutige Finanzminister können sich nicht mehr mit dem Verhindern goldener Kälber und dem Steuereintreiben bescheiden. Sie sind in der rasenden Entwicklung befangen, die das Geld teils verursacht, teils nachvollzogen hat. Keine

Wissenschaft, keine gesellschaftliche oder kulturelle Hervorbringung hat eine derart schrankenlose Ausuferung erlebt wie das Geldwesen. Wenige Blicke ins Umfeld zeigen dies:

Wert und Preis

Im Spiel von Angebot und Nachfrage stimmen Werte und Preise nicht immer überein. Bei der Preisbildung als Instrument des Wettbewerbs spricht man von Elastizität. Wer zum Beispiel als Sammler Liebhaberobjekte erwirbt, wer umgekehrt sich von etwas trennen möchte, erlebt unter Umständen das Auseinanderklaffen von Wert und Preis. Auktionen sind solche spannenden Ereignisse in kribbelnder Atmosphäre. Aber nicht nur im Nobelbereich raschelt es: Kürzlich war der Tagespresse zu entnehmen, in Venezuela herrsche Mangel an Toilettenpapier, so dass der Staat zur Verhinderung der Preisexplosion eingriff. Auch Inflation kann Wert und Preis spalten. Während der galoppierenden Inflation im Frühjahr 1986 kostete die Übernachtung in einem Hotel an der Copacabana von Rio 1,6 Mio. Cruzeiros; heute bezahlt man im selben Etablissement knapp 300 Euro. Inflation kann den Finanzministern beim Abbau von Schulden ebenso nützlich sein, wie sie ihnen beim Budgetieren oder bei Güterbeschaffungen Ungemach verursacht.

Kult ums Geld

Geld kann zum Subjekt ganz eigener Kulturen werden. Als Beispiel diene das Spielcasino. Angefangen bei spieltechnischen und sozialen Vorschriften, weiterführend über Dresscode und *comment*-mässiges Verhalten bis zum Umgang mit den Troncs, ist eine globale Welt entstanden, deren Kult das Geld ist und deren Spiel eine Vielheit menschlicher Regungen und Absichten wie Spieltrieb, Gier, Lustgewinn enthüllt. In wesensverwandten, eigenen Kulturen finden sich Lotto, Wetten und ähnliche Spekulationen auf Zeit und Zufall. Finanzminister müssen den Mut für die Balance zwischen Abschöpfung und Gewährlassen aufbringen.

Die Rolle des Buchgeldes

Die tiefgreifendste Revolution in der Geldentwicklung ist zweifellos die Erfindung des Buchgeldes. Mit dieser nichtphysischen Zahlungsmethode haben sich die Finanzen vom Tauschhandel sowie von Noten, Münzen und Metall emanzipiert. Gleichzeitig ist damit ein Meer von neuen Geldflüssen entstanden. Das tägliche Bankenclearing in der Schweiz beläuft sich auf einige Dutzend Milliarden Franken. Das Konsum- und Kreditverhalten haben der Wirtschaft und der Gesellschaft dank Buchgeld völlig neue Opportunitäten vorgelegt. Banken und Geldhäuser haben zugegriffen und spielen seither mit Hebelwirkungen. Sie haben etwa Produkte erfunden, um durch

Geld als Mittel zu mehr Geld zu kommen. Buchgeld ist eine effiziente Art, den Güteraus-tausch zu finanzieren, das ist klar. Buchgeld verleitet aber auch zu allerhand Trickserei und Missbrauch. Geldwäscherei, Steuervergehen, Menschen- und Drogenhandel, kriminelle Taten also, welche auch der Finanzminister verurteilt; und sei es als Akteur in der Gesetzesmaschinerie.

Das Hintergründige

Geld war ursprünglich kaum mehr als eine Ware in Form von Scheidemünzen, Silber, Gold und sodann als robuste Papierscheine. In Zeiten von Superinflationen wie in einigen latein-amerikanischen Ländern in den achtziger Jahren wurden gelegentlich auch Perlmutterknöpfe, Telefon- oder Waschmaschinenchips als Ersatz verwendet. Aber den Finanzminister interessiert nicht die Ware, sondern das, was hinter den Beträgen, Zahlen und Ziffern steckt. In unserer Bundesverfassung bestehen zum Beispiel rund dreissig Interventionsrechte und Einflusspflichten. Es sind die Bundesaufgaben, deren Finanzierung zum Handwerk der Fi-



Demokratische Rechtsstaaten sind keine Garanten für kollektive Haushaltsolidität.

finanzminister gehört. Staatstätigkeiten werden unter schmerzhafter Priorisierung in Kosten verwandelt und jene alsdann in den Geldfluss überführt. Die weitherum empfundene Unterscheidung zwischen Eigengeld und Fremdgeld führt dazu, dass in gewissen Ländern die Konten des häuslichen Herdes im Gleichgewicht, jene des Staates dagegen in absturzgefährdeter Schieflage sind. Demokratische Rechtsstaaten sind – wie die Finanzkrise etwa in den USA veranschaulicht – keine Garanten für kollektive Haushaltsolidität.

Freiwilligkeit statt Geld

Öffentliche Dienstleistungen werden zunehmend durch Geld abgegolten; man trachtet danach, sich von Verpflichtungen wie etwa dem Feuerwehrdienst loszukaufen. Umgekehrt sind aber auch Modelle wie die sogenannte Zeitvorsorge auf Basis freiwilliger Hilfe nach dem Milizprinzip im Entstehen. Sie tragen der Tatsache Rechnung, dass der Bedarf namentlich an Betreuungsleistungen für ältere Menschen dramatisch ansteigt und durch Monetarisierung zusätzliche Milliardenkosten verursachen würde. Wer betreut – so das Prinzip –, wird später selber betreut. Die Finanzminister verfolgen diese Zeitbörse als

neue Lastenverteilung mit Wohlwollen, selbst wenn sie mit gewissen Mängeln verbunden sein mag.

Geld in der Gesellschaft

Die Feinheiten der gesellschaftlichen Realitäten lassen sich nicht mehr verlässlich mit Geld erfassen. Wer Geld hat, segelt mit günstigem Wind. Aber nicht jeder Gelddbesitz macht glücklich. Vielleicht – so John Steinbeck – verdirbt Geld sogar den Charakter. Auf keinen Fall aber macht Mangel an Geld ihn besser.

Dagobert Duck, die liebenswürdige, raffgierige, geizige, im Münzenbad schwelgende Comicfigur, liebt den Reichtum, vergöttert das Geld. Nur: Er gibt es nicht aus, und gerade

diese Hemmung macht ihn für die Jugend so sympathisch; er überlässt das Ausgeben, Verwenden, Verprassen von Geld der Träumerei eines jeden, der seine Episoden verfolgt. Das ernsthafte Thema Armut und Reichtum ist jedoch seit Menschengedenken präsent. Eine frühe, sehr pessimistische Aussage stammt im Evangelium des Matthäus von Jesus: «Wenn du vollkommen sein willst, dann verkauf, was du hast, und gib das Geld den Armen. Aber eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in Gottes neue Welt kommt.» Zur Ehrenrettung der Schweizerinnen und Schweizer: In unserem Land ist Spenden weit verbreitet. Drei Viertel der Bevölkerung spenden an gemeinnützige Organisationen jährlich Hunderte von Millionen, vorwiegend Geld für Invalide, Behinderte, Kranke und Arme.

In der Gesellschaft hat Geld oft einen schlechten Ruf: Geld regiert die Welt, und es stinkt nicht. Und in der Ethik ist Geld Werten wie Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Barmherzigkeit sogar unzugänglich. Hohe, vielleicht gar höchste Kunst des Menschen ist das Streben nach dem guten Dasein, der guten Lebensführung. Doch gerade die dazu gelebte Moral kann man mit Geld nicht kaufen, nicht bezahlen. Auf den Finanzminister darf Geld deshalb keinen Eindruck machen. Er muss erkennen, wer und was dahintersteckt.

Hans-Rudolf Merz sass für FDP als Finanzminister von 2003 bis 2010 im Bundesrat.



Gewirbelt, geschwungen, geworfen: Lithografie von Edvard Munch, 1895.

Herren-Vergnügen

Von Daniele Muscionico

Es geht hier nicht um das Bein. Das Bein ist bloss der Lockvogel. Und der soll höchstmöglich in die Lüfte fliegen. Was das gute Stück für die Herren Bürger in der ersten Reihe noch attraktiver macht – ein Flugbein, gewirbelt, geschwungen, geworfen von einer lasziven Flugente. *Le canard*, die Ente, hat dieser Gymnastik den Namen geliehen, dem Cancan, bei welchem hochfliegende Beine dazu dienen, unter den weissen Büschel-Wogen des Unterrockes das Eigentliche zu jagen.

Man schreibt das Jahr 1895, Ort des Vergnügens Berlin, die Friedrichstrasse. «Tingletangle» heisst die Lithografie, doch um welchen Tingeltangel in welchem Etablissement es sich handelt, ist ungesichert. Der Wintergarten? Er war um die Jahrhundertwende das berühmteste Variété Berlins und des Kaiserreiches. Und sein berühmtester Besucher 1895, das war wahrscheinlich der Urheber dieses Bildes – Edvard Munch. Ein aufstrebender 32-jähriger Künstler, der sich in Berlin mit zwei Ausstellungen bereits den Ruf eines Provokateurs eingehandelt hatte.

Bilder von Munch sind Baudelaires «Blumen des Bösen». Bilder von Munch sind die Philosophie von Nietzsche, in das Medium Malerei übersetzt, das Leiden, die Melancholie, die Nachtseiten der Liebe, die dunklen Seiten der Sexualität. So kennen wir ihn – und kennen ihn doch nicht.

Oder, wir entdecken ihn neu. Zum Beispiel in der Munch-Ausstellung im Kunsthaus Zürich, die sich seinem grafischen Werk widmet. Der Künstler hatte in Berlin 1894 mit ersten Radierungen begonnen. Im darauffolgenden Jahr fertigte er von vielen seiner wichtigsten Motive Lithografien an, so die bekannten Sujets «Madonna» und «Vampir» oder dieses hier, «Tingletangle». Toulouse-Lautrec und Manet als Leitsterne. Munch war daran gelegen, mit seiner Kunst ein breites Publikum zu erreichen, deshalb spielten für ihn Vervielfältigungen der Bilder mittels grafischer Verfahren eine zentrale Rolle.

Zentral wiederum ist Zürich für seine Karriere. Das Kunsthaus Zürich besitzt mit zwölf Bildern die grösste Werkgruppe Munchs ausserhalb Norwegens; und dank seines visionären Direktors Wilhelm Wartmann fand hier bereits 1922 die bislang grösste Ausstellung von Munch-Grafiken statt. 150 Jahre alt wäre der Künstler dieses Jahr geworden. Dass er sich nach 1895 nicht nur schönen Beinen widmete in seinem Werk, dafür ist ihm zu danken und zu gratulieren.

Edvard Munch – 150 Grafische Meisterwerke.
Ab 4. Oktober im Kunsthaus Zürich



Top 10

Knorr's Liste

1	Ernest et Célestine Regie: Stéphane Aubier	★★★★☆
2	Vaters Garten Regie: Peter Liechti	★★★★☆
3	What Maisie Knew Regie: Scott McGehee / David Siegel	★★★★☆
4	Elysium Regie: Neill Blomkamp	★★★★☆
5	Now You See Me Regie: Louis Leterrier	★★★★☆
6	2 Guns Regie: Baltasar Kormákur	★★★★☆
7	Disconnect Regie: Henry Alex Rubin	★★★★☆
8	Red 2 Regie: Dean Parisot	★★★★☆
9	Lovely Louise Regie: Bettina Oberli	★★★★☆
10	Jobs Regie: Joshua Michel Stern	★★★★☆

Kinozuschauer

1 (-) 2 Guns	16 753
Regie: Baltasar Kormákur	
2 (1) We're the Millers	11 408
Regie: Rawson Marshall Thurber	
3 (-) The Internship	8 986
Regie: Shawn Levy	
4 (2) Red 2	7 321
Regie: Dean Parisot	
5 (-) S'chline Gspängst	6 893
Regie: Alain Gsponer	
6 (4) White House Down	4 120
Regie: Roland Emmerich	
7 (-) Riddick	3 358
Regie: David Twohy	
8 (7) Lovely Louise	3 001
Regie: Bettina Oberli	
9 (8) Gloria	2 537
Regie: Sebastián Lelio	
10 (5) Planes	2 416
Regie: Klay Hall	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1) Star Trek- Into Darkness (Rainbow)
2 (3) Der grosse Gatsby (Warner)
3 (2) Safe Haven (Ascot Elite)
4 (4) Hänsel und Gretel (Rainbow)
5 (5) Nachtzug nach Lissabon (TBA)
6 (6) Oblivion (Universal)
7 (7) Epic (Fox)
8 (9) Kokowääh 2 (Warner)
9 (8) 3096 Tage (Rainbow)
10 (10) Das Dschungelbuch (Disney)

Quelle: Media Control



Meisterstück: Loki (Jake Gyllenhaal), Keller Dover (Hugh Jackman) in «Prisoners».

Kino

Lodern der Emotionen

Statt wie die tumben Selbstjustiz-Reisser dramatisiert «Prisoners» mit Intelligenz, wohin das führt: In einen Alptraum.

Von Wolfram Knorr

Wie knackt man einen Kindesentführer, der den Mund nicht aufmacht? Der Fall Magnus Gäfgen, der ein Kind gekidnappt hatte und unter Androhung von Folter zum Reden gezwungen wurde, erregte vor Jahren in Deutschland die Gemüter. «Rettungsfolter», ein schauerliches Wort, wurde zum Rechtfertigungsbegriff. Darum geht es auch im Psychothriller «Prisoners», dem mit Sicherheit klügsten Film seit langem. Autor Aaron Guzikowski und Regisseur Denis Villeneuve («Polytechnique») setzen den Zuschauer der Ohnmachtssituation aus, weil alle Massnahmen der Exekutive ins Leere laufen. Die Verdächtigen schweigen, der Ermittler ist ratlos, und ein Vater rastet aus.

In einem öden Provinzkaff Pennsylvanias feiern die Familien Dover und Birch gemeinsam Thanksgiving, als die jüngsten Mädchen beider Familien plötzlich spurlos verschwinden. Keller Dover (Hugh Jackman), ein handfester, im christlichen Glauben fest verankerter Mann, macht sich sofort auf die Suche und misstraut der Polizei, die nach kurzer Zeit den geistig zurückgebliebenen Alex Jones (Paul Dano) in einem versifften Wohnmobil dingfest macht, aber nach 48 Stunden wieder auf freien Fuss setzen muss.

Für Keller ein Skandal, weil die Mädchen am Wohnmobil gesehen wurden und Jones folglich

mit dem Verschwinden etwas zu tun haben muss. Dem verantwortlichen Detektiv Loki (Jake Gyllenhaal) aber sind die Hände gebunden. Es gibt nicht die geringsten Hinweise auf Jones' Täterschaft. In ohnmächtiger Wut beschliesst Keller, den Fall selbst in die Hand zu nehmen, Alex Jones zu entführen und zu foltern.

Villeneuves «Prisoners» ist das rigorose Gegenstück zu den hollywoodschen Selbstjustiz-Reissern. Kellers moralische Rechtfertigung für Folter, die nicht nur die Kinder, sondern auch ihn retten soll, drückt wie der bleierne Himmel, aus dem es nur schüttet oder schneit, auf die handelnden und gehandelten Figuren. Alle sind sie Gefangene unter dem granitharten Firmament: Keller in seinem obsessiven Wahn, mit Folter die Wahrheit zu erfahren; Franklin Birch (Terrence Howard), Freund und Vater des anderen Mädchens, in seiner Panik und Angst, Keller behilflich sein zu müssen; die Mütter in ihren Depressionen und Loki, der düstere, undurchsichtige Detektiv mit den trüben, umwölkten Augen und den Tätowierungen am Hals, der sich in der Hinterwelt hoffnungslos deplatziert fühlt. Da köcheln und lodern die Emotionen.

Mit einem bärtig-kantigen Hugh Jackman und einem stacheldrahtigen Jake Gyllenhaal wird einem die Identifikation nicht leichtgemacht. Regisseur Villeneuve und Autor Guzikowski wollen keine Helden, die sicher durch

die moralischen und rechtlichen Grauzonen navigieren. Kameramann Roger Deakins («Fargo») liefert dazu das passende morsche, sepiabraune Bild. Das ist psychologisches Kino, wie man es immer seltener zu sehen bekommt. Im Vorfeld gab es um die Produktion Querelen. Zunächst war Bryan Singer («X-Men») als Regisseur und Christian Bale («The Dark Knight») in der Rolle Kellers vorgesehen. Auch Leonardo DiCaprio, heisst es, sei involviert gewesen. Wie auch immer, die Lösung mit dem kanadischen Regisseur Villeneuve, mit Hugh Jackman und Jake Gyllenhaal ist in jedem Fall ein Meisterstück. ★★★★★

Weitere Premieren

Gravity — Der mit Abstand verblüffendste Film der Saison. Er hat kaum eine Story und ist dennoch extrem spannend und hoch emotional. Er verschmilzt radikale Gegensätze und gewinnt genau daraus einen erregenden Thrill und enorme visuelle Effekte. Über dem Globus schwebend, muss Dr. Ryan Stone (Sandra Bullock) am Hubble-Teleskop arbeiten, unterstützt vom Space-Shuttle-Chef Matt Kowalski (George Clooney). In der totalen Stille und Schwerelosigkeit gibt es nur die Dialoge über Funk und das artistische Spiel zur Überwindung der Schwerkraft. Dann aber droht Unheil: Houston befiehlt ihnen die sofortige Rückkehr in die Raumstation ISS, weil Welt-



Überwirkliche Kraft: «Gravity» mit G. Clooney.

raumschrott auf sie zurast. Was der gebürtige mexikanische Regisseur und Autor Alfonso Cuarón («Harry Potter and the Prisoner of Azkaban») daraus macht, ist ganz grosses Kino, und Sandra Bullock war noch nie so gut wie hier. Die Bilder sind von delirierender Suggestivität, und – grotesk – in der Weite des Alls findet ein Kammerenspiel statt, zugleich eine Metapher auf Geburt und Menschwerdung! In Luis Buñuels legendärem surrealem Provokationsopus «Un chien andalou» (1929) gibt es die Schockszene, in der ein Auge zersäbelt wird. Cuarón wechselt die Perspektive: Dank seiner 3-D-Version werden dem Zuschauer fast die Augen durch den heranrasenden Schrott aufgeschnitten. Da erreicht das Kino endlich wieder seine überwirkliche Kraft. ★★★★★



Schnecke wird Rennfahrer: «Turbo».

Turbo — Die «Glaub an dich und lass dich nicht unterkriegen»-Ideologie der Amis wirkt hier besonders dämlich, von der Story in den Unsinn potenziert: Eine Schnecke eifert einem Formel-1-Rennfahrer nach. Vielleicht finden das Kinder lustig. ★★★☆☆

Metallica – Through The Never (3-D) — Mit 36 3-D-Kameras wurde das Konzert der berühmtesten Heavy-Metal-Band gedreht und, leider, mit einer obskuren fiktiven Story vermurkst. Man wollte keinen blossen Konzertfilm. Aber nur der ist sehenswert. Der Rest Quatsch. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Kürzlich sah ich «Smokey and the Bandit» mit Burt Reynolds und fand diesen ziemlich beeindruckend, aber als grosser Mime gilt er nicht. Stimmt das? A. W., Zofingen

Der deutsche Titel von «Smokey» lautete «Ein ausgekochtes Schlitzohr» und traf sein Rollenprofil ziemlich perfekt. In zahlreichen



Hillbilly-Filmen war er vor allem in den Siebzigern der Action-Halodri schlechthin. Das prägte sein Image. Dazu passte auch sein hüllenloser Auftritt im *Cosmopolitan* (1972) als Sex-

symbol. Aber Vorsicht! Der Juxbruder war eben nicht nur ein Luftikus. Er konnte, wenn ein Regisseur ihn forderte. Zum Beispiel John Boorman in seinem Hinterwälderdrama «Deliverance» (1972); Ted Kotcheff in der Irrsinnskomödie «Switching Channels» (1988) als zynischen TV-Chef oder Paul Thomas Anderson in «Boogie Nights» (1998) als Porno-Produzenten. Da wuchs er mit seinem Image als Bruder Leichtfuss über sich hinaus. Eine Fähigkeit, die viele Hollywood-Mimen besitzen.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Atomic Mr. Basie's Kammermusik

Von Peter Rüedi

Die Flut der Reeditionen, die auf dem serbelnden Markt den Eindruck verstärken, Jazz sei eine historische Musik geworden, ist auch ein grosser Segen. Nicht so sehr wegen singulärer Leuchttürme und Meilensteine. Die muss man allenfalls neuen Generationen immer wieder neu ans Herz legen, aber das gilt auch für Strawinsky oder Jimi Hendrix. Dankbar sind wir für Wiederausgaben, die nicht gerade die Welt bewegten, sondern einfach ein paar gute Stunden bescherten (und noch bescherten).

Die LP zum Beispiel, die Count Basie 1962, mit den Knallern seines «zweiten Testaments» («Atomic Mr. Basie» etc.) nach dem allgemeinen Schiffbruch der Swing-Big-Bands zurück an Land, mit einer kleinen Formation für Impulse einspielte. Sie hiess «Count Basie and the Kansas City 7» und war damit ein Rückgriff des sparsamsten aller Swing-Meister auf seine Frühzeiten, die Kleinformation zum Beispiel mit den Übergrössen Buck Clayton, Dicky Wells und Lester Young – neben der damals (1939) schon berühmten Big Band das handverlesene Kammerensemble, hauptsächlich zum unbeschränkten Vergnügen der Beteiligten.

War's der Einfall des Produzenten Bob Thiele, wenn Basie nun mit Solisten aus seiner neuen Band eine Art Renaissance versuchte, zum Teil mit identischen Titeln (u.a. «Lady Be Good»)? Die fliegend swingende Rhythmusgruppe der Big Band war dabei, die Saxofonisten Frank Foster und Eric Dixon, Frank Wess an den Flöten und der Trompeter Thad Jones in königlicher Form. Stimmt, ein bisschen viel Flöterei vielleicht, und kompositorisch ist die Musik, wie oft bei Basie, von geringem Gewicht. Aber wie das swingt (ebenso infernalisches wie *understated*). Welche Eleganz in den einfachen Head-Arrangements. Wie vergnüglich die ungewohnt ausführlichen pianistischen Ausflüge des Chefs. Wie einleuchtend und listig vertrackt die Soli von Frank Foster, Eric Dixon und namentlich von Thad Jones. Eine helle Freude.

(Als Bonus gibt's hier eine Kuriosität: ein ganzes vergessenes Album von Basie mit Joe Williams – Basie an der Orgel, der *blues shouter* in der ungewohnten Rolle eines Standards-Interpreten).



Count Basie: Kansas City 7 + Memories Ad Lib. Essential Jazz Classics EJC55590

Jedem seine grosse Stunde

Nachtschwärmer am Zurich Film Festival. Wärmende Finken an der Verleihung des Alternativen Nobelpreises. Von *Hildegard Schwaninger*



Die Stadt platzt vor Attraktivität: Schauspieler Jackman in Zürich.

Wenn das Zurich Film Festival stattfindet, platzt die Stadt vor Aktivitäten. Nicht nur radelt **Hugh Jackman**, der zum «Sexiest Man Alive» gekürte Schauspieler, von dem viele vorher noch nie etwas gehört haben, durch die Stadt; es gibt auch Cocktailpartys rund um die Uhr. Im Hotel «Widder» wirbt **Lea Wyler** für ihre Organisation Rokpa und wird dabei von ZFF-Jurypräsident **Marc Forster** unterstützt, der an einem Presselunch teilnimmt. Lea Wyler gehört ja auch irgendwie zur Branche: Bevor sie ihre Berufung als Armenmutter entdeckte, war sie Schauspielerin. Eine private Cocktailparty für ZFF-Leute gibt es Freitagabend in der Tommy-Hilfiger-Boutique. Ab 23 Uhr. Was wieder einmal zeigt, dass Zürich eine richtige Nachtschwärmerstadt geworden ist. Für VIPs, die vorher im Schauspielhaus das Gastspiel des Wiener Burgtheaters, Ibsens «Gespenster», anschauen, eine Gelegenheit, nachher im Tommy-Hilfiger- und Nadja-Schildknecht-Glamour einen Drink zu nehmen. Am 3. Oktober findet ganz was Grosses statt. «An Evening with **Arthur Cohn**» im Arena-Kino Sihlcity. Gastgeber ist die *Schweizer Illustrierte* (Ringier-CEO **Marc Walder** spricht die Würdigung), es wird der Film «Central Station» gezeigt. Einer der wenigen, für die Arthur Cohn keinen Oscar bekam. Der *apéro riche* wird im «Folium» (alte Sihlpapier-Fabrik) eingenommen, Dresscode ist «Business Casual».

Inèz Scherrer hatte ihre grosse Stunde als Gastgeberin für einen Cocktail anlässlich der Verleihung des Alternativen Nobelpreises. Die Grafologin, Psychologin und immer aufgestellte Ehefrau des pensionierten Orthopäden **Hans Scherrer** wuselte – wie immer aufgebrezelt (Leopardenprint und Schwarz) – in der Galerie **Ivo Kamm** (früher Kunsthandel Jamileh Weber) herum. **Jakob von Uexküll**, der schwedische Philanthrop, war Zentrum der Veranstaltung, zu der sich etwa achtzig Geladene einfanden.



Im Zentrum: Philanthrop von Uexküll.

Uexküll verkaufte 1980 seine Briefmarkensammlung für eine Million schwedische Kronen, um den «Right Livelihood Award» ins Leben zu rufen, einen Preis für besondere Leistungen in Hinblick auf eine bessere Welt. Der

Preis (50 000 Franken) war am Vortag dem Schweizer Agronomen **Hans Herren** übergeben worden. Herren konnte beim Cocktail nicht mehr dabei sein, er war in Sachen Forschung schon wieder irgendwo am anderen Ende des Planeten unterwegs. Dafür sah man ein paar Stützen der Zürcher Gesellschaft: **Oliver Stahel**, den Ex-Baumwollindustriellen, **Daisy Bodmer**, den Mediziner **Hans-Rudolf Schmied-Syz**. Verlag-Mitbesitzerin **Annette Ringier** trug wärmende Finken (aus auberginefarbenem Filz), die in krassem Gegensatz zu **Inèz Scherrers** Killerheels standen. Anwältin **Gitti Hug** war als Stiftungspräsidentin da, glücklich an der Seite von Partner **Martin Bölsterli**.

Tief in die Mottenkiste greift **Claudio Righetti** für seine zweite «Gala de Berne», die am 17. Oktober die Bundeshauptstadt in den Mittelpunkt stellen soll. Zuerst auf der Gästeliste stehen – gleich nach Ehrengast **Fürst Albert II. von Monaco** (Righetti hofft händeringend, dass **Charlène** auch kommt) – **Sir Roger Moore** (war mal James Bond), **Ursula Andress**, Righettis Busenfreundin, die Show-Zwillinge **Alice** und **Ellen Kessler**. Jugendliche Frische soll **Stefanie Heinzmann**, die Pop- und Soulsängerin aus dem Wallis (geboren 1989), bringen. Was sonst an Prominenz erwartet wird: grotesk. Prinzen und Prinzessinnen, die – dank der Monarchieabschaffung – seit Geburt ausser Dienst sind. Righetti



An der «Gala de Berne»: Sängerin Heinzmann.

führt sie auf der Gästeliste immer noch als «Majestät» an. So **S. M. Fouad Farouk II. König von Ägypten**, dann zwei Prinzessinnen aus Jordanien, **II. K.K. HH. Prinz** und **Prinzessin Paul** und **Lia von Rumänien**, **I. K. H. Prinzessin Maria Gabriella von Savoyen**. Wer jetzt irritiert ist: **I. K. H.** bedeutet «Ihre Königliche Hoheit». Dass auf dem Grossanlass für Bern, Hauptstadt einer der ältesten Demokratien der Welt, mit Adelstiteln solcher Mumpitz getrieben wird, macht stutzig. Zum Glück kommen auch Leute aus Fleisch und Blut, die etwas Bodenständiges tun: Bundesrätin **Doris Leuthard** und der Berliner Coiffeur **Udo Walz**.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Einmalig und fabelhaft

Die Direktionsassistentin Valentina Caforio, 27, und der Kundenberater Santo Gallo, 28, haben im August geheiratet. Guter Wein, warme Sonne und viele Tränen gehörten dazu.



«Beinahe unbesiegbar»: Ehepaar Gallo-Caforio.

Santo: Auf die Frage: «Was macht die Liebe so wunderbar?», antworte ich: «Die Liebe schweisst ein Paar zusammen. Man kann zu zweit unbesorgt durch die ganze Welt marschieren und fühlt sich beinahe unbesiegbar.» Die Gewissheit, dass man einem Menschen das Wichtigste auf der Welt ist, finde ich schön.

Valentina: Mein Single-Leben liegt schon so lange zurück, ich kann mich an das Leben ohne Santo gar nicht mehr erinnern. Was ich sagen kann: Ein Paar-Leben erfordert viel Arbeit und Anstrengungen von beiden Seiten, damit es auch klappt. Aber sobald man den Weg gefunden hat, hält es für immer.

Santo: Wir wurden uns vor acht Jahren im Rahmen unserer Ausbildungen vorgestellt, wir besuchten an denselben Tagen die gleiche Berufsschule. Valentina ist wunderschön, das bestreitet niemand. Was mir aber auch gefiel, war ihre ruhige und bescheidene Ausstrahlung. Ihr Wesen schien viele Geheimnisse zu bergen, und dieser Umstand faszinierte mich mehr als alles andere.

Valentina: Mir gefiel vor allem Santos schöner Blick. Und noch heute liebe ich seinen Humor, dass er mich jeden Tag zum Lachen bringt, dass er mir zuhört, wenn mir was am Herzen

liegt. Ich schätze seine lockere und offene Art, die, wie ich weiss, auch anderen Menschen zugute kommt.

Santo: Nach mehreren Monaten, stundenlangen Unterhaltungen im Chat und unzähligen Versuchen, ein Date zu erhalten, war es in einer kalten Winternacht vor bald neun Jahren endlich so weit: ein Date! Ich überlegte mir die Strategie lange hin und her, dann entschied ich mich für den ehrlichen und direkten Weg und teilte Valentina mein Interesse und meine Begeisterung einfach mit. Wenige Tage später waren wir ein sehr glücklich verliebtes Paar. Noch heute fasziniert mich die Ruhe meiner Frau. Sie schreit nicht, sie macht keine Aufstände, und diese Selbstkontrolle finde ich auch in einer langjährigen Partnerschaft einen wichtigen Bestandteil, weil komplett ausartende Streitigkeiten eben doch schlechte Gefühle zurücklassen. Wenn ich Valentina mit zwei Adjektiven umschreiben müsste, würde ich sagen, sie ist einzigartig und bewundernswert.

Valentina: Wir empfehlen, die Hochzeit strukturiert zu organisieren und genügend Zeit einzuplanen. Wenige, aber gute «Helfer» sind sehr wertvoll. Wir hatten tolle Trauzeugen, die uns enorm unterstützten. Für eine reibungslose und «überraschungsarme» Organisation empfehlen wir zudem einen Budgetplan, eine Checkliste, aber vor allem die Auswahl guter Dienstleister, die bereit sind, die eigenen Wünsche umzusetzen.

Santo: Wir feierten mit über 200 Gästen. Guter Wein, warme Sonne, viele Tränen, eine wundervolle Trauung und unbeschreibliche Emotionen machten diesen Tag fabelhaft und einmalig. Wir organisierten ein italienisches Vorspeisenbuffet mit vielen südländischen Spezialitäten, und als Highlight gab es Kalbsmedaillons an Morchelsauce mit Röstikroketten, eine Hochzeitstorte und ein riesiges Dessertbuffet, bestehend aus süditalienischen Spezialitäten wie «Cannoli siciliani» und «Sfogliatelle».

Hochzeitslimousinen: www.stretch.ch
Protokoll: Franziska K. Müller

Platzhirschkäfer

Von *Andreas Thiel* — Was macht man mit der Macht? Und was macht die Macht mit einem?

Thiel: Hallo, Frau Merkel!

Merkel: Guten Tag, sind Sie Herr ...?

Thiel: Unglaublich, diese Fülle trotz der Leere.

Merkel: Wie?

Thiel: Frau Merkel, Sie sind ein Vakuum, das die Macht ausfüllt.

Merkel: Was?

Thiel: Sie sind doch die mächtigste Frau Europas – mal abgesehen von Silvio Berlusconi's Mutter.

Merkel: Berlusconi's Mutter lebt noch?

Thiel: Ja, und sie hat zu Hause die Hosen an. Wie fast alle italienischen Männer wohnt ja auch Berlusconi immer noch zu Hause.

Merkel: Das habe ich nicht gewusst.

Thiel: Tja, so ist es nun mal in dieser Welt. Hinter jeder Dummheit, die ein Mann macht, steckt eine intelligente Frau.

Merkel: Ist das wahr?

Thiel: Nein, aber deswegen ist es ja so lustig, mit Ihnen zu reden. Da kann man sagen, was man will. Sie hören nur zu und übernehmen dann alles, was bei den Wählern ankommt.

Merkel: Also hören Sie mal.

Thiel: Aber Vakuummenschen haben durchaus auch positive Eigenschaften. Sie sind wie Staubsauger. Damit kann man auch saubermachen.

Merkel: Ich bin ein Staubsauger?

Thiel: Der Steinbrück ist da eher ein röhrender Hirschkäfer auf dem Pausenplatz. Sie hingegen sind ein Staubsauger im Wespennest. Aber vielleicht täusche ich mich auch, und Sie sind ein Schmetterling.

Merkel: Ein Schmetterling? Wo?

Thiel: Vor der Metamorphose.

Merkel: Wo bin ich?

Thiel: Im Bundeshaus West. Wen suchen Sie denn?

Merkel: Den Herrn Burkhalter. Ich wollte mich erkundigen, wie diese «1:12»-Idee bei den Wählern ankommt.

Thiel: Sie meinen die Idee, dass derjenige, der am meisten Steuern zahlt, nicht mehr als das Zwölfwache dessen zahlen soll, was derjenige zahlt, der am wenigsten zahlt?

Merkel: Oje, ich bin schon spät dran.

Thiel: Das macht nichts, ich bin auch nie pünktlich, höchstens ein bisschen pointiert.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.



Für die mit der Nase

Von Peter Rüedi



Was haben Parfüms mit Wein zu tun? Vom Geschäft her wenig, wenn wir davon absehen, dass beides, in den distinguierten Segmenten, Luxusprodukte sind. Allerdings spricht beides die Nase an. Unvergesslich ist mir ein Nachmittag mit Roman Kaiser, seinerzeit Chef der Abteilung «Natural Scents» bei Givaudan. Der experimentierte mit Analysen von Duftnoten beim Wein und kam zum Schluss, brauchbare Resultate lieferten nur ein paar Weisse (Gewürztraminer, Muscat). Die Bouquets von Rotweinen seien viel zu komplex, als dass sie im Labor zu quantifizieren wären.

Womit wir beim 2010 Château de Chambrun in Lalande de Pomerol wären, in dessen Nase zwar auch zahllose Noten auszumachen sind, Pflaumen, Cassis und andere dunkle Beeren, nebst etwas Tabak und Gewürzen und einer Spur Vanille vom Holz, dessen Zusammenhang mit Parfüm aber ein anderer ist. Das Gut gehört Silvio Denz, dessen Geschäftsbereich zuerst die Parfümerie war, bevor er zuerst Château Faugères in St-Emilion kaufte, nebst angeschlossenen Unter- und Übergrössen (Cap de Faugères, ein ebenso günstiger wie erstaunlicher Côtes de Castillon, und Péby-Faugères, ein konzentrierter Super-Emil); ferner den Grand Cru Château Rocheyron (zusammen mit Peter Sisseck) und Beteiligungen bei Montepeloso (s. *Weltwoche* Nr. 36/13) und Clos d'Agon an der Costa Brava.

Eh bien, zurück zu Chambrun: Der vom Öno-Superstar Michel Rolland auf Fülle, (Frucht-) Süsse und Alkohol hin vinifizierte fast reine Merlot (ein paar Prozent Cabernet Franc) ist nicht jedermanns Sache, zweifellos aber in seiner Klasse (wir reden nicht von der Luxusausgabe Chambrun «Le Bourg») eine Überbesetzung. Will sagen: das, was angelsächsische Weinzeitschriften *a smart buy* nennen. Eine Frucht-Wucht (das Holz ist dahinter schon kaum mehr spürbar), die dem geneigten Trinker nur zwei Reaktionen lässt: Entweder er verweigert den ersten Schluck, oder er kapituliert. Bedingungslos.

Château de Chambrun Lalande de Pomerol 2010.
15%. Les Grands Vins Wermuth. Fr. 32.–.
www.wermuth.ch

Bei Wasser und Brot

Von Jürg Zbinden



1

1 — Andreas Caminada: ein Name wie eine Sinfonie, dreifach Michelin-besternt, neunzehn Gault-Millau-Punkte, und das bereits im Alter von 33 Jahren. Da könnte man vor Neid zum Messer greifen. Der Konjunktiv ist bald Geschichte, denn Güde und der führende Schweizer Koch haben sich zusammengesetzt, zwei Klingen von Caminada sind das Resultat: «Das Basismesser in neu interpretierter Messerform ist dem beliebten japanischen Santoku angelehnt. Etwas dünner ausgeschliffen und mit mehr Schwung in der Klingenföhrung, eignet es sich daher optimal zum Wiegen; das Brotmesser habe ich für Schnittgut mit heiklen Strukturen konzipiert.» Auch die Messerpflege war ihm ein wichtiges Anliegen. So bietet eine Messerscheide aus Walnussholz passgerechten Schutz für die Klinge, die bei Bedarf mit dem Naturschleifstein «Belgischer Brocken» nachgeschliffen werden kann. Abgerundet wird die Kollektion des Meisterkochs durch einen magnetischen Walnuss-Messerblock und -Hackblock. Basismesser Fr. 189.–, Brotmesser Fr. 199.–, Messerblock Fr. 799.–. Ab Mitte Oktober im gehobenen Fachhandel, bei www.andreascaminada.com oder www.weltdermesser.ch.



2



3

2 — WMF Vitalis Aroma: Dieses digitale Kochsystem aus Edelstahl gart Speisen ganz von selbst. Ob Fisch, Fleisch, Gemüse – trotz unterschiedlich langen Garzeiten gelingt jede einzelne Zutat genau so, wie sie werden soll. Al dente oder gaumenzart ist nur noch eine Frage der persönlichen Einstellung. Die Zutaten einfach in der App auswählen. Der Softwareunterstützte Kochassistent sorgt während der gesamten Garzeit für Entspannung. Auf Perfektion programmiert, meldet er zuverlässig an das Smartphone, wenn weitere Zutaten in den Dampfgarer zu legen sind. Und natürlich, wenn alles perfekt ist. Volumen: 6,5 Liter. Fr. 399.–. Bei www.galaxus.ch.

3 — Vasen gehören zu den Deko-Elementen, von denen man nie genug haben kann. Immer wieder neue Dekorationsfreude und Kreativität wecken die «Drunken Bottles» von Rosenthal. Die bunten Glasvasen in Flaschenform, die aussehen, als würden sie die Hüften schwingen, verbreiten in jedem Raum gute Laune und sind genau die richtigen Accessoires für unkonventionelle Deko-Ideen. Farben: Grau, Grün, Rot, Türkis und Lila. Grössen und Preise: 24 cm Fr. 50.–; 31 cm Fr. 60.–; 38 cm Fr. 65.–. Erhältlich sind die Vasen unter www.tabula-rosa.ch.



Auto

Ein Hauch von Drama

Mit dem mächtigen Wraith kommt ein Rolls-Royce mit Sinn für den theatralischen Moment auf die Strasse. *Von David Schnapp*

In Wien stellte Rolls-Royce kürzlich den Medien den Wraith vor, das mächtige Coupé auf Basis des Ghost. Wraith spricht man «Reyth» aus, das Wort aus dem Schottischen bezeichnet einen sichtbaren Geist, und er fügt sich neben dem erwähnten Ghost und dem Phantom nahtlos ins Programm der britischen Luxusmarke ein. Richard Carter, der distinguierte Kommunikationschef von Rolls-Royce, charakterisierte das neue Modell als «with a hint of the noir», mit einem Hauch von Drama.

Wer dann vor dem Wagen steht, ahnt, was der Mann meint. Es ist ein sehr grosses Auto, wie der Schild eines Ritters ragt der verchromte Kühlergrill vor einem auf, elegant verläuft die Dachlinie des Coupés, und theatralisch öffnen sich die beiden Portaltüren in der Länge eines ganzen Smart nach hinten und ermöglichen den Herrschaften einen standesgemässen Auftritt, wo immer sie gerade vorfahren mögen.

Mit einem fernen, heiseren Husten startet der Motor. Der Zwölfzylinder wird mit zwei Turboladern aufgerüstet und leistet dergestalt 632 PS und – entscheidender – 800 Nm Drehmoment, das schon ab 1500 Umdrehungen zur

Verfügung steht. Das ist die Leistungscharakteristik eines grossen Dieselmotors, und sie ermöglicht das typische Rolls-Royce-Gefühl: Nicht enden wollende Kraft soll «müheless» abgerufen werden können. Auf keinen Fall darf dieses Auto angestrengt wirken.

Bitte nicht rasen

Der Fahrer wird nicht mit Informationen oder technischen Details belästigt, er soll bloss fahren. Das Achtganggetriebe schaltet ultradiskret und federweich. Es analysiert sogar GPS-Daten und das Verhalten des Fahrers, so dass der Wraith «weiss», was als Nächstes auf ihn zukommt (zum Beispiel ein paar schöne Kurven auf einer Bergstrecke in der Steiermark). Entsprechend schaltet die Automatik rechtzeitig hoch oder runter.

So weich wie das freizügig verarbeitete Leder, das in Verbindung mit grossflächigen Holzintarsien den Innenraum des Wagens auskleidet, fühlt sich der Rolls-Royce auf der Strasse an. Die Luftfederung bringt selbst grösste Unreinheiten im Bodenbelag zum Verschwinden, ermöglicht einem aber gleichzeitig erstaunlich zügige Kurven. Man sollte es allerdings mit Verstand und Haltung angehen. Das ist kein Sportwagen, sondern der Wraith, grosses Theater auf vier Rädern. Damit rast man nicht, das Dramatische an dem Auto ist seine Erscheinung und ja nicht der Fahrstil seines Besitzers.

Rolls-Royce Wraith

Leistung: 632 PS, Hubraum: 6592 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: ab Fr. 352 000.–

Zu Tisch

«Pflege deine Neugier»

Von David Schnapp



Silvio Nickol ist einer der besten Köche Österreichs und ein interessanter Vertreter des avantgardistischen Kochstils. Geboren 1975 und aufgewachsen in Hoyerswerda in der ehemaligen DDR, besuchte der grossgewachsene Nickol später als Schwimmer dieselbe Sportschule, auf der auch die spätere Welt- und Europameisterin Franziska van Almsick ausgebildet wurde. Nickol hingegen machte eine Kochlehre, arbeitete bei deutschen Legenden wie Harald Wohlfahrt und Heinz Winkler und landete 2011 schliesslich im imposanten Stadthotelschloss «Palais Coburg» in Wien, wo er sich sehr bald zwei Michelin-Sterne erkochte.

«Pflege deine Neugier...!», hat Silvio Nickol handschriftlich in die Menükarte geschrieben, die ich nach einem famosen Essen als Erinnerung nach Hause mitnehme. Ein wichtiger, wahrer Satz für einen Koch – aber auch für den Gast. Im besten Fall, und dieser trifft hier zu, ist ein abendfüllendes Essen überraschend, unterhaltsam und spannend. Nickol und sein Kreativchef Fabian Günzel ergänzen klassische, edle Produkte wie Entenleber oder Jakobsmuschel mit Blumen, Kräutern, Früchten. Der schlichte Buchweizen wird kombiniert mit Miso, der vergorenen japanischen Sojapaste. Oder es gibt einen perfekten, glasigen Kabeljau, klassisch mit Zitrone, Kapern, Zitrone, Schnittlauch und Knoblauch, wobei hier die Kunst gelingt, keines der zu Dominanz neigenden Aromen überhandnehmen zu lassen.

Und die Kunst der kulinarischen Unterhaltung wird bis zum Schluss gepflegt: Nach einem etwas süssen Vordessert aus Gurke und Kokosnuss wird mir eine längs halbierte Cola-Glasflasche aufgetischt. Darin liegen echte und falsche Kirschen, knusprige Schokolade und ein Eis mit Coca-Cola-Geschmack. Vanille und Basilikum ergänzen das «Cherry Coke»-Dessert. Das ist optisch toll und geschmacklich spannend. Und ich verlasse diesen Ort der kulinarisch gepflegten Neugierde bestens unterhalten und sehr gut gelaunt.

Restaurant Silvio Nickol: Palais Coburg, Coburgbastei 4, 1010 Wien. Tel. +43 1 518 18 800. Sonntags und montags geschlossen. 2 Michelin-Sterne, 18 Gault-Millau-Punkte. Ausführliche Beschreibung des Menüs mit Bildern auf www.dasfilet.ch



«Einen Augenblick, der ist ja alt»: Schriftsteller Sedaris, 56.

MvH trifft

David Sedaris

Von Mark van Huissing — Gibt es einen besseren Gesprächspartner als einen lustigen Bestsellerautor?

Ich habe Ihren Auftritt gesehen in «The Daily Show» mit Jon Stewart. Es macht Ihnen nichts, wenn der Interviewer keine Frage stellt zu Ihrem Buch, nicht wahr?» – «Nein, ich erwarte das nicht mehr. Ich denke, speziell wenn man ins Fernsehen geht, ist der Job, sich selber zu verkaufen. Und wenn ich sagen würde: «Wie ich in meinem Buch schreibe . . .», wäre das schrecklich.» – «Was ich schrecklicher finde, ist, wenn ein Journalist sagt: «Leider habe ich Ihr Buch noch nicht fertiggelesen – möchten Sie etwas darüber sagen?» – «Möchte ich etwas darüber sagen? Im Frühjahr trat ich in Amerika in 61 Städten auf, danach kam ich zurück [er lebt in London] und las in sechs Städten in England, danach in Dublin, dann in Italien, dann war ich am Edinburgh Festival für eine Woche . . . Und als ich heute hierherkam, öffnete ich das Buch und dachte: «Es gibt nichts darin, was ich lesen möchte.» – «Weshalb?» – «Irgendwie hatte ich die Geschichten

anders in Erinnerung. Ich denke, wenn es ein Buch gäbe mit den besten Texten, die ich geschrieben habe, wären vielleicht sechs Geschichten aus diesem Buch drin [«Sprechen wir über Eulen – und Diabetes», sein aktuelles] und nichts aus meinen älteren Büchern. Als diese erschienen, war ich begeistert, aber nachdem zehn, zwanzig Jahre vergangen sind, erträgt man es fast nicht mehr. Einmal sehen, ob das aktuelle Buch der Zeit widersteht. Im Augenblick finde ich es ein viel traurigeres Buch als jedes, das ich bis jetzt geschrieben habe. Das fiel mir nicht auf, als ich es schrieb.»

«David Sedaris ist einer der komischsten Autoren unserer Zeit», stand im *Tages-Anzeiger*. Und, «Es gibt kein besseres Mittel gegen schlechte Laune als die Komik von David Sedaris», steht in der Presseinformation des Blessing-Verlags zu «Sprechen wir über Eulen – und Diabetes», in dem 26 Geschichten und ein Gedicht versammelt sind. Ich finde die Geschich-

ten des 56-jährigen Amerikaners, die in den vergangenen fünf Jahren oder so im *New Yorker* erschienen und von denen einige in dem Buch sind, ebenfalls lustig (Sedaris sagte, wenn der verantwortliche Redaktor des *New Yorker* eine Geschichte bringe, wisse er, sie sei gut). Der Haftungsausschluss: Ein paar Geschichten eignen sich weniger gut zur Übersetzung, weil der Schriftsteller mit seinen Worten spielt.

Geldverdien-Periode

«Sie klagen, dass Leute schlecht gekleidet an Ihre Lesungen kämen . . .» – «Sie geben fünfzig oder sechzig Dollar aus für eine Karte, wie wenn man ins Theater geht; für mich ist das ein Anlass, sich feinzumachen. Aber manche Leute haben T-Shirts an, Jogginghosen und Flip-Flops – was ist für die wohl ein Sich-Feinmach-Anlass? Ich war einmal an einem Mordprozess, die Mutter des Mörders trug abgeschnittene Shorts und ein «Ghostbusters»-T-Shirt . . . Ich dachte: «Wann machst du dich wohl fein, wenn nicht für den Mordprozess deines Sohns?»» (Für *Time Magazine* ist er der «Humorist des Jahres».) «Wie ziehen sich Besucher in Europa an?» – «In Berlin, kürzlich, war das Publikum sehr jung. Und, sagen wir, mit Absicht gekleidet. Die Leute haben Aufwand betrieben. Vielleicht nicht, wie es einer wohlhabenden siebzigjährigen Frau gefallen hätte, aber sie haben sich was überlegt und sahen nicht aus, als würden sie in einen Walmart gehen.» – «Wie holt man junge Menschen an Lesungen?» – «In Amerika sind Texte von mir in Schulbüchern für Colleges und High-Schools. Das ist der Weg. Aber ich denke, an Lesungen sagen Schüler und Studenten: «Einen Augenblick, der ist ja alt.»»

«Wenn Sie signieren, gibt es ein Schild, auf dem steht: «No photos» – irgendwie sind Sie recht streng mit Ihren Lesern.» – «Im Frühjahr signierte ich in einem Buchladen während neuneinhalb Stunden. Wenn Sie neuneinhalb Stunden signieren und Fotografieren erlauben, dauert es zwölf Stunden.» – «Bei meinen Lesungen, winzige Angelegenheiten im Vergleich, gibt es ein Schild: «Buch mit Signatur: 19 Franken, ohne Signatur: 24 Franken.» Ein Witz, den nicht jeder versteht.» – «Gute Strategie. Auf einer Lesetour stellte ich einen Trinkgeld-Topf auf – und nahm 4000 Dollar ein. Aber wie du richtig Geld verdienst: Sagen wir, es gibt 600 Leute, die ihr Buch signieren lassen wollen. Ich gehe dann, fünf Minuten bevor ich beginne, nach hinten, wo die Warteschlange anfängt, und sage: «Ich signiere Ihr Buch gleich jetzt – für fünf Dollar.» Und wenn einer sagt, ich verlangte Geld fürs Signieren, sage ich: «Ich habe keine Zeit, das zu erklären, nicht in meiner Geldverdien-Periode.»»

Sein liebstes Restaurant: «Es gibt dort Kuchen, und die Stücke sind gross wie Ausfahrtrampen.» – «Sweet Sensations», Bake Shop & Fast Food, 31861 Alvarado Boulevard, San Francisco, Telefon +1 510 489 58 90.



Breguet
Depuis 1775



Breguet, créateur.

Die handguillochierten Zifferblätter, 1786

Um 1786 kreierte Breguet völlig neuartige Zifferblätter aus guillochiertem Gold oder Silber. Diese von Hand ausgeführten Guillochen sind auch heute noch eines der Erkennungszeichen einer Breguet-Uhr. Das illustriert diese Classique 7337BR mit ihrem Zifferblatt aus versilbertem Gold, geschmückt mit fünf unterschiedlichen, fein von Hand guillochierten Motiven. Wir schreiben die Geschichte fort...

